



# **Anträge**

**zum Landesparteitag  
der SPD Baden-Württemberg  
am 19. November 2022  
in Friedrichshafen**

## Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Arbeitsprogramm	Daniela Harsch René Repasi
Arbeit und Soziales	Daniela Harsch Tim Strobel
Außen- und Sicherheitspolitik	Kevin Leiser Lina Seitzl
Bildung	Viviane Sigg Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Dominique Odar Florian Wahl
Innen und Recht	Leon Köpfle Andreas Woerlein
Sonstiges	René Repasi
Umwelt und Verkehr	Lukas Hornung Viviane Sigg
Initiativanträge	René Repasi Lina Seitzl

## Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Heike Baehrens	Stephanie Bernickel
Daniel Born	Lars Castellucci	Jakob Dongus
N.N.	Daniela Harsch	Lukas Hornung
Wolfgang Katzmarek	Birte Könnecke	Leon Köpfle
Kevin Leiser	Judith Marvi	Katja Mast
Dominique Odar	René Repasi	Sarah Schlösser
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Tim Strobel	Huyhn Trong An Tang	Florian Wahl
Jonas Weber	Sebastian Weigle	Boris Weirauch
Annalena Wirth	Andreas Woerlein	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

## Impressum

### Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

## **Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg**

### **§ 1**

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

### **§ 2**

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

### **§ 3**

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

### **§ 4**

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

### **§ 5**

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### Arb - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Arb 01	Motiviert, geschlossen und die Menschen im Land im Blick – Auf dieses starke Fundament bauen wir Landesvorstand <i>Annahme</i>	9

## AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AS 01	<b>Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg</b> Landesvorstand <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	15
AS 02	<b>Solidarisch durch den Winter – Wirkungsvolle Entlastungen jetzt!</b> Jusos Baden-Württemberg <i>Empfehlung erfolgt mündlich</i>	36
AS 03	<b>Sozialer Aufbruch – jetzt erst recht! Die Zeit ist reif!</b> AfA Baden-Württemberg <i>erledigt durch Annahme von AS 01 in der Fassung der Antragskommission und durch Beschluslage</i>	43
AS 04	<b>Gaspreis deckeln – Gasumlage stoppen – Gerechte Lastenverteilung!</b> AfA Baden-Württemberg <i>Empfehlung erfolgt mündlich</i>	50
AS 05	<b>Schwerbehindertenausweis umbenennen</b> KV Ulm <i>Annahme</i>	52

## AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AUS 01	<b>Stabilität und Frieden durch Entwicklungszusammenarbeit</b> Landesvorstand <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	53
AUS 02	<b>Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik</b> Jusos Baden-Württemberg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	56
AUS 03	<b>Stärkung der Zivilen Krisenprävention und Friedensarbeit“</b> KV Karlsruhe-Stadt, KV Lörrach <i>erledigt durch Annahme von AUS 02 in der Fassung der Antragskommission</i>	68
AUS 04	<b>Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde</b> KV Emmendingen <i>Überweisung an den Parteivorstand</i>	71
AUS 05	<b>Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde</b> KV Freiburg <i>Überweisung an den Parteivorstand</i>	74
AUS 06	<b>Kosovo gehört zu Europa! Mit Visafreiheit fängt es an.</b> KV Rhein-Neckar <i>Annahme</i>	76

## B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B 01	<b>Bildungsrückstände nach Corona abbauen - Mehr Chancengleichheit durch Unterstützung Benachteiligter und Lehrender</b> KV Ravensburg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	77
B 02	<b>Vorschulische Bildung aller Kinder sichern</b> KV Ravensburg <i>erledigt durch Beschlusslage</i>	78
B 03	<b>Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas</b> OV Rheinfeldern, KV Lörrach <i>Empfehlung erfolgt mündlich</i>	80
B 04	<b>"Runden Tisch" zur Stärkung der beruflichen Orientierung und Bildung einrichten</b> KV Waldshut <i>Annahme</i>	82
B 05	<b>Schwimmen in Baden-Württemberg sichern - energieeffizient und klimaneutral</b> KV Konstanz, KV Rastatt/Baden-Badeb, KV Tübingen <i>Annahme</i>	83
B 06	<b>Studierende unterstützen - Psychische Gesundheit ernst nehmen</b> Jusos Baden-Württemberg <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	86
B 07	<b>Mind the (Digital) Gap - Für eine stärkere Verankerung der Bildungsgerechtigkeit in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen</b> KV Ortenau <i>Annahme</i>	89
B 08	<b>Qualifizierung muss Spaß machen!</b> AfA Baden-Württemberg <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	93

## G - Gesundheit und Pflege

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G 01	Gute Gesundheitsvorsorge im Ländlichen Raum langfristig sichern KV Ravensburg <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	95
G 02	Erhalt und Verbesserung der ärztlichen Versorgung im außerstädtischen Bereich des Landkreis Ravensburg KV Ravensburg <i>zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>	97
G 03	Evaluierung und die Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit der eventuell zukünftigen Maßnahmen bei Pandemien OV Dornstetten-Waldachtal <i>Ablehnung</i>	98
G 04	Endometriose den Kampf ansagen Jusos Baden-Württemberg <i>erledigt durch parlamentarisches Handeln</i>	100
G 05	Keine Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung und die Beihilfe für Beamt:innen KV Böblingen, KV Mannheim, KV Tübingen <i>Annahme</i>	102
G 06	Finanzierung der Gesetzlichen Krankversicherung sichern! AfA Baden-Württemberg <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	104
G 07	Mental Health ernst nehmen – für eine bessere Versorgungslage in der Psychotherapie KV Heidelberg <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	106
G 08	Entlastungsbetrag für pflegende Angehörige KV Main-Tauber <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	110
G 09	Landesmittel für Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Wasser- und Bergrettungseinrichtungen massiv erhöhen KV Ulm <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	112



## IR - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
IR 01	<b>Chancen für junge Architekt:innen und kleine Architekturbüros – Gerechter Zugang zu öffentlichen Planungsleistungen</b> KV Stuttgart <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Z. 27-29: Annahme, Rest: Begründung)</i>	114
IR 02	<b>Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für verfolgte queere Menschen!</b> KV Ravensburg <i>Annahme</i>	116
IR 03	<b>Wohnungsnot verhindern - Mehr Wohnraum durch Nutzung leerstehender Immobilien schaffen!</b> KV Ravensburg <i>zur Beschlussfassung nicht geeignet (Z. 4-11), Z. 12-14: Ablehnung</i>	117
IR 04	<b>Asylrecht reformieren – Rechtskreiswechsel zügig ermöglichen</b> KV Ravensburg <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	118
IR 05	<b>Für ein menschliches Asyl- und Aufenthaltsrecht – Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte</b> KV Heidelberg <i>Annahme</i>	120
IR 06	<b>Abschiebestopp Iran</b> KV Schwarzwald-Baar <i>Annahme</i>	124
IR 07	<b>Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen</b> KV Rottweil <i>Annahme</i>	126
IR 08	<b>Änderung des Urhebergesetzes</b> KV Mannheim <i>Überweisung an die Bundestagsfraktion</i>	128
IR 09	<b>Subsidiarität</b> KV Rems-Murr <i>zur Beschlussfassung nicht geeignet</i>	130
IR 10	<b>Wahlordnung im Digitalzeitalter - Gleiche Chancen für Alle</b> AfA Baden-Württemberg <i>Annahme</i>	132
IR 11	<b>Kommunen in Baden-Württemberg digitalisieren</b> KV Sigmaringen <i>Annahme</i>	133
IR 12	<b>Rückkehr zum Doppelbestrafungsverbot</b> KV Neckar-Odenwald <i>Annahme</i>	135

## Son - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Son 01	Fußballweltmeisterschaft 2022 KV Freiburg <i>Empfehlung erfolgt mündlich</i>	138

## UV - Umwelt und Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
UV 01	<b>Seniorenticket für Baden-Württemberg</b> 60 plus Baden-Württemberg <i>erledigt durch Beschlusslage</i>	140
UV 02	<b>Öffentlichen Personennahverkehr stärken - 9 €-Ticket zu einem 365 Euro-Ticket weiterentwickeln</b> AfA Baden-Württemberg <i>erledigt durch Beschlusslage</i>	142
UV 03	<b>Antrag zum Erhalt und Ausbau der Gleisanschlüsse in Baden-Württemberg</b> KV Ravensburg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	144
UV 04	<b>Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes in Baden-Württemberg</b> KV Karlsruhe-Stadt, KV Lörrach, KV Schwäbisch Hall, KV Sigmaringen <i>Annahme</i>	145
UV 05	<b>Oberschwaben – Biosphärenland</b> KV Ravensburg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	147
UV 06	<b>Barrierefreiheit vor Denkmalschutz</b> Selbst Aktiv Baden-Württemberg <i>Überweisung an die Landtagsfraktion</i>	148
UV 07	<b>Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln</b> Selbst Aktiv Baden-Württemberg <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Z. 18-26: Annahme, Rest: Begründung)</i>	149

## Antrag Arb 01: Motiviert, geschlossen und die Menschen im Land im Blick – Auf dieses starke Fundament bauen wir

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

1 **Motiviert, geschlossen und die Menschen im Land im Blick – Auf dieses starke**  
2 **Fundament bauen wir**

3 Die SPD Baden-Württemberg leitet ein Ziel: Wir wollen Politik gestalten, um das Leben  
4 der Menschen in diesem Land jeden Tag ein Stück besser zu machen. Wir haben große  
5 Ziele und bereiten unsere Organisation darauf vor. Mit allen was wir machen wollen  
6 wir noch mehr die Menschen im Land in den Blick nehmen. Darauf richten wir unsere  
7 Parteiarbeit aus. Wir sind motiviert und geschlossen – und können damit die  
8 bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, um uns erfolgreich für die nächste  
9 Landtagswahl aufzustellen. Wir wissen, dass Wahlerfolge aus langer, intensiver  
10 Vorbereitung entstehen. Diese Vorbereitung begann bereits mit der externen Analyse  
11 der Landtagswahl. In den wahlkampffreien Jahren 2022 und 2023 bauen wir gemeinsam ein  
12 starkes Fundament auf – inhaltlich, strukturell und organisatorisch, auf das wir bei  
13 den anstehenden Wahlen bauen können. Im Arbeitsjahr 2022/2023 wollen wir uns diesen  
14 Aufgaben widmen:

15 **ZUKUNFTSTHEMEN SETZEN**

16 Im Jahr 2021 haben wir uns auf eine sozialpolitische Reise gemacht und in  
17 wesentlichen Fragen wieder ein klares Profil erlangt. In den Feldern  
18 Armutsbekämpfung, Gesundheit, Pflege, Integration, Inklusion, Gleichstellung und  
19 Vielfalt sowie Kinder-, Jugend- und Familienpolitik haben wir Anstöße für eine neue  
20 Sozialpolitik formuliert. Für dieses Arbeitsjahr planen wir einen breiten  
21 Beteiligungs- und Diskussionsprozess innerhalb und außerhalb der Landespartei, um  
22 tiefer in Fragen der Landessozialpolitik einzusteigen. Dazu gehören Überlegungen für  
23 eine sozialpolitische Digitalisierungsstrategie für Baden-Württemberg. Zudem werden  
24 wir bis zum Landesparteitag 2023 ein Konzept für eine sozialdemokratische  
25 Landesarbeitsmarktpolitik entwerfen.

26 Die weiteren inhaltlichen Schwerpunkte sollen vom neu gewählten Landesvorstand  
27 erarbeitet werden.

28 Unser Selbstverständnis ist es, den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen  
29 Wandel im Land voller Tatkraft voranzutreiben. Um neue Ideen zu entwickeln und  
30 fortschrittlichen Inhalten eine Plattform zu bieten, wollen wir ab 2023 einen  
31 jährlichen Zukunftskongress veranstalten. Dabei sollen Expert:innen Schwerpunktthemen  
32 bearbeiten und präsentieren. Frische Ideen sollen diskutiert und umgesetzt und unsere

33 Partei als Gestalterin der Zukunft weiter etabliert werden.

34 **IM FOKUS: KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL 2024**

35 **Kommunalwahl 2024**

36 Die Kommunalwahl im Mai 2024 ist für uns eine große Herausforderung, aber auch eine  
37 Chance. Wir sind die Partei, die ganz konkret in den Gemeinden unseres Landes  
38 mitgestaltet. Diese große Präsenz in Städten, Dörfern und Gemeinden müssen wir  
39 aufrechterhalten. Sie ist unsere Visitenkarte vor Ort.

40 Der Landesverband unterstützt mit einer zentralen Kampagnen- und Gestaltungslinie die  
41 Gliederungen mit einheitlichem und vor allem funktionalem Wahlkampfmaterial, welches  
42 die Anforderungen vor Ort abbildet. In Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen  
43 Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) unterstützen wir die Gliederungen bei  
44 rechtlichen Fragestellungen und bieten Seminare für die Personen an, die ehrenamtlich  
45 im Wahlkampf Verantwortung tragen. Im Frühjahr 2023 wollen wir zusätzlich zum  
46 (jährlichen) Landesparteitag auch wieder eine Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz  
47 durchführen und dort den inhaltlichen und organisatorischen Auftakt für die intensive  
48 Vorbereitungsphase der Kommunalwahl setzen.

49 Die Chancen der voraussichtlichen Absenkung des passiven Wahlrechts auf 16 Jahre  
50 wollen wir gemeinsam mit den Jusos und der SGK nutzen.

51 **(Ober-)Bürgermeister:innenwahlen**

52 In den letzten Jahren hat die SPD Baden-Württemberg eine ganze Reihe von oft jungen  
53 Kandidat:innen hervorgebracht, die bei Bürgermeister- und  
54 Oberbürgermeister:innenwahlen erfolgreich waren. Um unserem Ziel, die  
55 Gestaltungsmöglichkeit in den Rathäusern unseres Landes zu nutzen, weiter näher zu  
56 kommen, werden wir das beschlossene Konzept „Mehr Rote Rathäuser“ mit Leben füllen.  
57 Durch den regelmäßigen Austausch auf Ebene der Regierungsbezirke werden wir Potential  
58 identifizieren und das innerparteiliche Kandidat:innenpotential erschließen. Einen  
59 besonderen Fokus legen wir dabei auf die Gewinnung von weiblichen Bewerberinnen, denn  
60 Gleichstellung ist nicht nur ein Thema für Landtags- und Bundestagswahlen. Wir werden  
61 Kandidaturen weiterhin hauptamtlich und finanziell unterstützen.

62 **Europawahl 2024**

63 Die gleichzeitig mit den Kommunalwahlen stattfindende Europawahl im Frühjahr 2024 ist  
64 für uns von herausragender Bedeutung. Die Klimakatastrophe, die Corona-Pandemie und  
65 der Ukrainekrieg zeigen erneut, wie wichtig ein handlungsfähiges Europa ist. Deshalb  
66 werden wir unseren Kontinent nicht den Rechtspopulist:innen und Europafeind:innen  
67 überlassen. Wir stehen für ein mutiges, weltoffenes und vereintes Europa und werden  
68 einen engagierten Wahlkampf mit unserer/ unserem baden-württembergischen  
69 Spitzenkandidat:in führen. Die Aufstellung unserer Landesliste für die Europawahl  
70 2024 soll bei einer Landesdelegiertenkonferenz 2023 - im Anschluss an den  
71 Landesparteitag - durchgeführt werden.

72 **EINE ORGANISATION VOLLER LEBEN – IM HAUPT- UND EHRENAMT**

73 **Handlungs- und Kampagnenfähigkeit stärken**

74 Unsere Partei ist kein Selbstzweck, sondern ein Ort, an dem Ideen entstehen, die wir  
75 mit den Menschen im Land umsetzen werden. Eine flächendeckende Kampagne in kurzer  
76 Reaktionszeit organisieren und umsetzen, politische Entwicklungen aufnehmen und dafür  
77 auch spannende Diskussions- und Entscheidungsprozesse ermöglichen – für all das hat  
78 die Organisationspolitische Kommission im vergangenen Arbeitsjahr Empfehlungen  
79 erarbeitet. Die folgenden Empfehlungen der Organisationspolitischen Kommission wollen  
80 wir im kommenden Arbeitsjahr umsetzen. Die Organisationspolitische Kommission soll  
81 auch über das Jahr 2022 hinaus tätig sein und die Umsetzung der beschlossenen  
82 Vorschläge begleiten.

83 Die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der Ortsvereine und Kreisverbände steht vor  
84 großen Herausforderungen. Hierzu werden die Kreisverbände beginnend ab dem 4. Quartal  
85 2022 jährlich mit Unterstützung der Regionalzentren und auf Grundlage der  
86 Empfehlungen der Organisationspolitischen Kommission Kreisentwicklungskonferenzen  
87 durchführen. Mit einer qualitativen Befragung der Kreisvorsitzenden im Jahr 2023 wird  
88 die Organisationspolitische Konferenz die Kreisentwicklungskonferenzen begleiten.

89 Die Arbeitsgemeinschaften stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie die übrigen  
90 Gliederungen der Partei. Gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften wird eine engere  
91 Verzahnung der Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften mit der des Landesvorstands  
92 erarbeitet, um die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der Partei insgesamt zu stärken.  
93 Grundlage dafür soll unter anderem ein Arbeitsprogramm der Arbeitsgemeinschaften  
94 sein, über das der Landesvorstand informiert wird. Darüber hinaus prüft der  
95 Landesvorstand die Einrichtung eines Fonds für besondere Projekte zur Stärkung der  
96 Kampagnenfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften.

97 Im Hauptamt des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg ist eine  
98 Organisationsentwicklung notwendig, um Prozesse zu optimieren und mehr Ressourcen für  
99 die direkte Kampagnenfähigkeit der Partei freizumachen. Dies betrifft sowohl die  
100 Regionalzentren als auch die Landesgeschäftsstelle. In dem Prozess sollen die  
101 Strukturen der Regionalzentren und der Landesgeschäftsstelle, das Verhältnis von  
102 Hauptamt und Ehrenamt sowie die Organisation insgesamt weiterentwickelt werden.

### 103 **Bessere Verzahnung auf Arbeitsebene**

104 In den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Landtags- und  
105 Bundestagsfraktion und Kommunen kontinuierlich intensiviert. Auf allen Ebenen finden  
106 regelmäßige Treffen statt, um die Parteilarbeit besser und vor allem schneller  
107 miteinander abzustimmen. Wir verstehen uns zunehmend als Einheit und bündeln unsere  
108 Potentiale, auch wenn die verschiedenen Ebenen aufgrund gesetzlicher Vorgaben  
109 getrennt sind. Aber nicht nur die politische Führung muss sich weiter besser  
110 verzahnen, sondern auch die Arbeitsebene. Dafür soll im Jahr 2023 eine Tagung mit  
111 allen Mitarbeitenden der verschiedenen Ebenen stattfinden, um Abläufe und Prozesse  
112 gemeinsam zu erarbeiten.

### 113 **Durch Qualifizierung zum Erfolg**

114 Für den Erfolg jeder Organisationsentwicklung ist die Entwicklung von  
115 Qualifizierungsangeboten von zentraler Bedeutung. Wir wollen die schon bestehenden  
116 Fortbildungsangebote (FES, Parteischule, Arbeitsgemeinschaften, Landesverband,

117 Regionalzentren) besser vernetzen und bekannt machen. Eine attraktiveres und  
118 erweitertes Qualifizierungsangebot der Landespartei kann jedoch nur gelingen, wenn  
119 wir verbindliche Angebotsstrukturen schaffen und dafür engagierte Hauptamtliche und  
120 Fachleute aus dem Ehrenamt gewinnen. Dazu ist eine zusätzliche hauptamtliche  
121 Koordinierung und Betreuung in der Landesgeschäftsstelle erforderlich. Im kommenden  
122 Arbeitsjahr soll ein eigenes Qualifizierungskonzept durch den Landesvorstand  
123 erarbeitet werden.

#### 124 **Frauen nachhaltig fördern und stärken**

125 Wir werden weiterhin größten Wert auf die Förderung von Frauen legen. Die Arbeit der  
126 Arbeitsgruppe des Landesvorstands soll daher auch im kommenden Arbeitsjahr  
127 fortgeführt werden. Die Arbeitsgruppe wird dem Landesvorstand im Herbst 2022 konkrete  
128 Umsetzungsschritte vorschlagen, um hinderliche Strukturen für Frauen abzubauen und  
129 gezielt junge Frauen nachhaltig zu fördern. Hierzu wird ein Mentoring-Programm  
130 entwickelt.

#### 131 **BEZIEHUNGEN INTENSIVIEREN**

##### 132 **Kontakte wiederbeleben**

133 Überall dort, wo Menschen sich für andere Menschen einsetzen, wollen wir verlässliche  
134 Ansprechperson sein. Es lohnt sich, unsere Kontakte zu Vor- und Umfeld-Organisationen  
135 wieder zu intensivieren und für themenbezogene Bündnisse zu nutzen. Dazu wollen wir  
136 regelmäßig Repräsentant:innen dieser Organisationen zu Gremiensitzungen einladen, um  
137 uns themenbezogen mit ihnen auszutauschen. Entscheidend ist aber auch, dass wir aktiv  
138 auf potenzielle Unterstützer:innen und Sympathisant:innen zugehen und dort Präsenz  
139 zeigen, wo Menschen zusammenkommen und Diskurse vorantreiben. Außerdem werden wir  
140 weiterhin das Gespräch und den Austausch mit den Betriebs- und Personalrät:innen  
141 fortsetzen. In welchem Format wir dies im kommenden Jahr tun werden, erarbeiten wir  
142 gemeinsam mit der AfA.

##### 143 **Zielgruppenarbeit ausbauen**

144 Bei der kommenden Landtagswahl wollen wir verlorene Wähler:innengruppen, z.B. Frauen  
145 und Jungwähler:innen, wiedergewinnen. Da es in Baden-Württemberg nicht die klassische  
146 Zielgruppe der „Arbeiter:innen“ gibt, sondern vielmehr eine stark fregmetierte  
147 Arbeiter:innenschaft, müssen wir unsere Zielgruppen ausbauen, z.B. im Mittelstand  
148 oder um Personen mit hohem Ausbindungsstand oder überdurchschnittlichem Einkommen.  
149 Wenn wir erfolgreich Politik machen wollen, müssen wir ein klareres Profil erlangen,  
150 neue Themen entwickeln und diese stärker als bisher an die Zielgruppen  
151 transportieren. Aufbauend auf den Ergebnissen der Organisationspolitischen Kommission  
152 wollen wir das Zusammenspiel von Arbeitsgemeinschaften und den verschiedenen Ebenen  
153 unserer Partei bei unserer Zielgruppenarbeit weiter professionalisieren.

##### 154 **KLARES PROFIL ENTWICKELN**

155 Neben inhaltlichen Positionen ist ein klares Profil für die SPD Baden-Württemberg  
156 wichtig. Damit ist ein Bild gemeint, das beschreibt, *wie* wir Politik machen. Durch  
157 das Profil wissen Menschen nicht nur, wofür wir stehen. Sie erhalten auch eine  
158 Vorstellung davon, mit welchem Stil wir unsere Ziele umsetzen wollen. Das Bild, das

159 die Menschen von uns haben, ist zwar nicht vollständig durch uns gestaltbar – doch  
160 vieles liegt in unserer Hand.

161 In den letzten Jahren sind wir als geschlossene Partei aufgetreten. Dieser Weg muss  
162 weiterverfolgt werden. Das Miteinander soll nach außen im Vordergrund stehen und nach  
163 innen gelebt werden. Wir wollen den Menschen in Baden-Württemberg zeigen, wer wir  
164 wirklich sind. Dazu wollen wir auch den inhaltlichen und personellen Aufbruch in  
165 Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesgruppe sowie Kreisverbänden und Ortsvereinen  
166 besser sichtbar machen. Dieses Profil gilt es weiterzuentwickeln und die Erkenntnisse  
167 der letzten zwei Wahlen einfließen zu lassen.

#### 168 **GUTE KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG**

169 Entscheidend für eine positive Entwicklung der SPD in Baden-Württemberg sind eine  
170 erfolgreiche Kommunikationsstrategie in der Oppositionsrolle, eine aktive Community  
171 Arbeit und eine effektive interne Verzahnung. Die in den letzten Jahren begonnenen  
172 Ansätze in der digitalen Arbeit, Social Media, dem Community Management und der  
173 internen Kommunikation müssen weiter gefestigt werden.

#### 174 **Community-Arbeit intensivieren**

175 Viele Nachrichten, Informationen und weite Teile des öffentlichen  
176 Meinungsbildungsprozesses finden inzwischen weit ab von klassischen Medien, wie  
177 Zeitungen oder Fernsehen, statt. Eine effektive interne Community-Arbeit und  
178 gleichzeitige Verzahnung der Kommunikationsziele sind entscheidend dafür, sich in der  
179 Oppositionsrolle bemerkbar zu machen und mit der eigenen Community diesem Trend  
180 entgegenzuwirken. Positive Erfahrungen im Wahlkampf haben gezeigt, dass die SPD alles  
181 andere als machtlos ist, wenn es um die Verteidigung sozialdemokratischer Werte im  
182 Netz geht, denn eine große Volkspartei wie die SPD kann durch die Verknüpfung  
183 digital-analog durch Mitglieder und Sympathisant:innen einen kompetitiven Vorteil  
184 vorweisen, wenn diese Strukturen sinnvoll gebündelt werden, Mikroinfluencer:innen  
185 genutzt und unsere Mitglieder im Netz nicht allein gelassen werden.

#### 186 **Interne Kommunikation ausbauen**

187 Wir wollen nach außen geschlossen und kraftvoll auftreten – die Basis dafür schaffen  
188 wir mit unserer internen Kommunikation. Mit unserer internen Kommunikation wollen wir  
189 unsere Mitglieder nicht nur schnell und offen informieren, sondern Wissensmanagement  
190 fördern und Motivation bewirken. Wir wollen mit unseren Mitgliedern möglichst viel  
191 darüber sprechen, was wir tun und warum wir es tun. Dadurch wollen wir die  
192 Identifikation mit der Partei stärken und unsere Mitglieder motivieren, sich noch  
193 mehr zu engagieren und unsere Botschaften zu verbreiten. Dabei ist einer klaren  
194 konzeptionellen Linie in der Planung und Durchführung zu folgen. Nachdem im letzten  
195 Arbeitsjahr die bestehenden internen Kommunikationskanäle analysiert und Ziele  
196 formuliert wurden, wollen wir in diesem Arbeitsjahr das Instrumentarium festlegen,  
197 konkrete Maßnahmen entwickeln und realisieren.

#### 198 **NEUE MITGLIEDER GEWINNEN UND BESTEHENDE MITGLIEDER BINDEN**

199 Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer politischen Arbeit. Sie sind die  
200 Schnittstelle zu den Menschen vor Ort, engagieren sich in unseren Parteistrukturen



201 und übernehmen Verantwortung, indem sie sich in politischen Ämtern auf  
202 unterschiedlichen Ebenen für die Gesellschaft und unsere Politik engagieren. In den  
203 vergangenen Jahren ging die Zahl unserer Mitglieder, wie auch bei anderen Parteien,  
204 immer weiter zurück. Dieser Trend erfordert eine Weiterentwicklung unserer  
205 Mitgliederorganisation, um unsere Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit in der Fläche  
206 Baden-Württembergs zu erhalten.

207 Um dem etwas entgegenzusetzen, wird der Landesvorstand eine Strategie entwickeln, die  
208 unsere Mitgliederpolitik professionalisieren und stärken soll. Sie soll die  
209 Bedürfnisse potenzieller und bestehender Mitglieder in mehreren Phasen beleuchten und  
210 für die jeweilige Zielgruppe entsprechende Angebote und Ansprachekonzepte entwickeln.  
211 Das Ziel ist eine ganzheitliche Strategie zur Gewinnung, Entwicklung und Bindung von  
212 Mitgliedern in der SPD Baden-Württemberg. Hierzu wollen wir uns mit befreundeten  
213 Organisationen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, austauschen.

#### 214 **JUNGE TALENTE FÖRDERN UND EINBEZIEHEN**

215 Personalentwicklung ist ein wichtiger Baustein für die Erneuerung der Partei in  
216 Baden-Württemberg. Unser Nachwuchsprogramm „Talentwerkstatt – 10 unter 35“ ist 2020  
217 gestartet, konnte corona-bedingt jedoch nicht wie gewünscht zu Ende gebracht werden.  
218 Aufgrund des enormen Potentials der Talentwerkstatt zur Personalentwicklung und der  
219 überwiegend positiven Rückmeldungen, wollen wir das Projekt im Jahr 2023 in  
220 Zusammenarbeit mit den Jusos weiterführen und das geplante Alumni-Netzwerk aufbauen.

221 Mehr denn je ist die junge Generation mit den Konsequenzen heutiger Entscheidungen  
222 konfrontiert. Deshalb wollen wir mit Vertreter:innen der nachfolgenden Generationen  
223 im Gespräch bleiben, die Sichtweise junger Menschen in unsere politischen  
224 Entscheidungen einbeziehen und diesen mehr Gehör verschaffen. Dafür kann der in der  
225 Analyse der Landtagswahl vorgeschlagene „ZukunftsJugendRat“ eine Möglichkeit bieten.

226

## Antrag AS 01: Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 10: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 21: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 77: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 231: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 249: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 294 - 299: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 312 - 313: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 314 - 315: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 332: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 350: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 355 - 356: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 457: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 469: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 513 - 514: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 530 - 531: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 532 - 534: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 575 - 576: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 577 - 584: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 626 - 632: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 666 - 669: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

### 1 Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg

- 2 Wir wollen den Sozialen Aufbruch für Baden-Württemberg. Es ist die Überzeugung der  
3 Sozialdemokratie, dass die sozialen Umstände, in denen wir leben, nicht  
4 schicksalsgegeben sind. Sie sind nicht allein die Angelegenheit von Einzelpersonen,  
5 sondern betreffen die Gesellschaft als Ganze. Diese sozialen Umstände sind unter  
6 anderem Folge von Politik und davon, wie eine Gesellschaft ihr Zusammenleben  
7 organisiert und nach welchen Werten sie lebt. Wir wollen eine Politik in Baden-  
8 Württemberg, die soziale Ungleichheiten überwindet und gleiche Lebensverhältnisse in  
9 Baden-Württemberg schafft, und die all ihre Maßnahmen und Entscheidungen stets auf  
10 dieses Ziel hin überprüft. Jedem Menschen soll eine solche **Landes**Politik gerechte  
11 Chancen in dieser Gesellschaft ermöglichen. Solidarität, Zusammenhalt,  
12 Menschlichkeit, Respekt, Freiheit – das sind die Grundsätze für unsere Sozialpolitik.  
13 Der Anspruch einer diskriminierungsfreien Gesellschaft reicht uns als SPD Baden-  
14 Württemberg nicht aus, da dieser lediglich die Abwesenheit von Benachteiligung und  
15 Menschenfeindlichkeit beschreibt.
- 16 Unser Ziel ist die angstfreie Gesellschaft. Unsere sozialdemokratischen Grundwerte  
17 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Voraussetzung für eine angstfreie

18 Gesellschaft und können nur in ihr verwirklicht werden. Unser Freiheitsbegriff steht  
19 dabei im Zentrum unserer Sozialpolitik. Wir wollen, dass alle Menschen die Freiheit  
20 haben, im Leben erreichen zu können, was sie sich erträumen, wofür sie arbeiten,  
21 lernen, ~~studieren~~ und sich bemühen - und zwar in sozialer Sicherheit. Freiheit  
22 bedeutet, das Lebenskonzept bzw. Lebensmodell entwerfen und verfolgen zu können, das  
23 den eigenen, individuellen Talenten und Potentialen entspricht. Dieser  
24 Freiheitsbegriff beinhaltet ausdrücklich auch, frei zu sein von Armut, sozialem  
25 Abstieg, sozialer Isolation und Einsamkeit. Das schließt die Freiheit vor Gewalt,  
26 Erniedrigung, Demütigung und Ausgrenzung mit ein. Wir verstehen den Staat,  
27 eingebettet in eine aktive Zivilgesellschaft, als Garanten dieser Freiheiten. Unser  
28 Staatsverständnis ist ein Positives. Wir wollen einen Staat, der an der Seite der  
29 Menschen steht, Chancen ermöglicht und bei Härten im Leben unterstützt. Dieser Staat  
30 funktioniert jedoch nur in einer starken, selbstbewussten, hörbaren und  
31 diskussionsbejahenden Zivilgesellschaft. Unsere Sozialpolitik soll mit darauf  
32 hinwirken und dazu einladen, dass sich möglichst alle Menschen im Land, unabhängig  
33 von ihrem persönlichen Hintergrund, als Teil dieser Zivilgesellschaft sehen und sich  
34 aktiv in diese einbringen. Leitprinzip unseres Sozialstaats ist ein Ansatz, der die  
35 individuelle Lebenslage der Bürger:innen in den Blick nimmt.

36 Um diesen sozialen Aufbruch für Baden-Württemberg zu gestalten, bedarf es Mut und  
37 eines Konzeptes. Seit 2016 merken wir, wie in Baden-Württemberg auf Probleme oftmals  
38 nur mit notdürftigen Korrekturen reagiert oder diese gar gleich gänzlich ignoriert  
39 werden. Symptom dessen ist die ausufernde Modellpolitik des grüingeführten  
40 Sozialministeriums: Anstatt Strukturen nachhaltig weiterzuentwickeln, werden vermehrt  
41 einzelne Modellprojekte finanziert. Dabei entstehen zwar zeitlich befristete  
42 Leuchttürme, letztendlich wird in der Fläche des Landes aber schlicht der Status Quo  
43 zementiert. Mit dem sozialen Aufbruch formulieren wir ein Zielbild, das umfangreiche  
44 Finanzierungs- und haushaltspolitische Veränderungen voraussetzt. Wir sind überzeugt,  
45 dass die hier vorgeschlagenen Reformen unter grundsätzlichen Erwägungen solider  
46 Finanzpolitik entsprechen. Dazu gehört das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen  
47 als Schwache etwa in Form einer Vermögensabgabe. Dazu gehört aber auch der Grundsatz,  
48 dass kluge und frühe Investitionen späte Armut und sozialpolitische Kosten vermeiden.  
49 Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Konnexität im Bewusstsein der vielfältigen  
50 Aufgaben und haushaltspolitischen Belange der Kommunen.

51 In einem offenen Beteiligungsprozess hat der SPD-Landesvorstand mit externen  
52 Expert:innen und Fachleuten aus dem ganzen Land ein umfassendes Konzept erarbeitet,  
53 das unseren sozialpolitischen Anspruch für die 20er Jahre definiert. Dieses soll  
54 einer SPD-geführten Landesregierung als inhaltliche Grundlage dienen.

55 Wir verstehen den Sozialen Aufbruch als fortlaufenden Prozess. Der vorliegende Antrag  
56 soll dabei den Startpunkt legen und sozialpolitische Grundsatzentscheidungen der SPD  
57 Baden-Württemberg in den Bereichen Armutsbekämpfung, Gesundheit, Pflege, Integration,  
58 Inklusion, sowie Gleichstellung und Vielfalt herbeiführen. Für den Bereich Kinder-,  
59 Jugend- und Familienpolitik wurde bereits auf dem SPD-Landesparteitag im Frühjahr  
60 2022 ein Leitantrag verabschiedet. Diesen verstehen wir als Teil unseres Sozialen  
61 Aufbruchs für Baden-Württemberg.

62 Im Anschluss an diesen Grundsatzbeschluss ist für das Jahr 2023 ein breiter  
63 Beteiligungs- und Diskussionsprozess innerhalb und außerhalb der Landespartei  
64 vorgesehen. Dazu gehören Überlegungen für eine sozialpolitische  
65 Digitalisierungsstrategie für Baden-Württemberg. Zudem werden wir bis zum  
66 Landesparteitag 2023 ein Konzept für eine sozialdemokratische  
67 Landesarbeitsmarktpolitik entwerfen.

### 68 **1. Armut bekämpfen**

69 Ein aktiver fürsorgender Sozialstaat muss Wege und Perspektiven aus der Armut  
70 ermöglichen. Er muss Präventionsarbeit leisten, um Menschen vor Armut zu bewahren.  
71 Von Armut Betroffene sind dabei nicht ausschließlich Empfänger:innen von staatlicher  
72 Hilfe, sondern genauso auch selbst aktiv Handelnde. Die Befähigung zur Selbsthilfe  
73 wollen wir deshalb bewusst stärken.

74 Wir wollen Strukturen von Armutsbekämpfung entwickeln, die eine aktive Beteiligung  
75 von Betroffenen ermöglichen. Dreh- und Angelpunkt sozialdemokratischer  
76 Armutsbekämpfung muss daher eine aktive und aufsuchende Sozialarbeit sein, die  
77 quartiersnahe und serviceorientierte Anlaufstellen und Hilfsangebote bietet.  
78 Betroffene sollen aus einer Hand Hilfe für ihre diversen und oftmals  
79 zusammenhängenden Anliegen erhalten. Die bereits existierenden Strukturen und  
80 Angebote müssen stärker koordiniert werden. Um Armut in Baden-Württemberg zu  
81 überwinden, müssen gesellschaftliche, politische und soziale Akteur:innen enger  
82 zusammenarbeiten. Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Partner für  
83 sozialdemokratische Armutsbekämpfung. Der Schuldnerberatung muss eine wichtige Rolle  
84 in quartiersnaher Beratung zukommen. Insbesondere bei der Bekämpfung von  
85 Wohnungslosigkeit ist Entschuldung ein zentraler Ansatz. Deshalb wollen wir  
86 präventive und vernetzte Beratungsangebote zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit  
87 ausbauen und unterstützen. Behördenunabhängige und staatliche Beratung,  
88 beispielsweise in Jobcentern – muss in Baden-Württemberg besser austariert werden.  
89 Beratungsstrukturen müssen mit staatlichen Verwaltungsstellen gut zusammenarbeiten,  
90 damit die nötige Verbindlichkeit garantiert ist und Servicestellen zum Beispiel in  
91 akuten Notlagen in Vorleistung gehen können. Dabei müssen Beratungs- und  
92 Hilfsangebote für Betroffene gestaltet werden, also unbürokratisch, verlässlich,  
93 niederschwellig, empathisch und bürgernah. Der Mensch, nicht der Staat, steht im  
94 Mittelpunkt aller Bemühungen zur Armutsbekämpfung.

95 Die SPD Baden-Württemberg will

- 96 • die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes wieder aufnehmen und in  
97 regelmäßigen Abständen verbindlich fortschreiben.
- 98 • landesweit ein System hauptamtlicher Koordinator:innen für die Quartiersarbeit  
99 etablieren, die Maßnahmen aller Ebenen besser miteinander zu verzahnen.
- 100 • sich für Familienzentren mit einem sozialraumorientierten Ansatz einsetzen, um  
101 benachteiligte Kinder und Familien gezielt in ihrem jeweiligen Lebensraum zu  
102 unterstützen.
- 103 • Beratungs- und Hilfsangebote aufsuchend und niederschwellig organisieren und

- 104 barrierefrei, in leichter Sprache, und mehrsprachig auf Angebote aufmerksam  
105 machen.
- 106 • Mechanismen, die automatisch greifen, wenn Notlagen eintreten, und einen  
107 schnellen Direktausgleich ermöglichen (wie z.B. die aktuellen Einmalzahlungen  
108 zur Entlastung bei Energiekosten). Notfonds können hier zu stärkerer  
109 individueller und gesellschaftlicher Resilienz beitragen.
  - 110 • bei Bedarf die Arbeit der Tafelläden unterstützen und gesetzliche Regelungen  
111 fordern, damit Supermärkte noch haltbare Lebensmittel einfacher den Tafeln zur  
112 Verfügung stellen können. Wir richten einen Notfallfonds ein, damit die Tafeln  
113 auch in Krisenzeiten ihre Arbeit fortsetzen können.
  - 114 • mehr genossenschaftliches Bauen und mehr geförderten Wohnraum. Die Politik muss  
115 stärker mit freien Trägern zusammenarbeiten, um Sozialwohnungen längerfristig  
116 dem spekulativen Markt zu entziehen. Ein Landesprogramm „Wohnen“ analog dem  
117 Bundesprogramm „Soziale Stadt“ soll Kommunen unterstützen, mehr soziale  
118 Wohnraumversorgung zu realisieren. Wir fordern eine  
119 Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung um auf  
120 Landesflächen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
  - 121 • dass Armut nicht weiterhin Grund für Ungerechtigkeiten in unserem Justizsystem  
122 bleiben darf. Wer sich keinen Rechtsbeistand leisten kann, muss schneller und  
123 unmittelbarer eine Pflichtverteidigung zur Verfügung gestellt bekommen. Unser  
124 Ziel ist es außerdem, den Anteil von Ersatzfreiheitsstrafen erheblich zu  
125 reduzieren. Im Gefängnis sollte nur sitzen, wer zu einer Freiheitsstrafe  
126 verurteilt wurde. Als SPD Baden-Württemberg setzen wir uns zudem dafür ein,  
127 Straftaten, die häufig in engem Zusammenhang mit Armut stehen, wie  
128 beispielsweise das Schwarzfahren, als Tatbestand aus dem Strafgesetzbuch zu  
129 streichen.

## 130 **2. Ein Gesundheitssystem für alle**

131 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Eine qualitative und wohnortnahe  
132 Gesundheitsversorgung in ganz Baden-Württemberg – unabhängig von Wohnort, Herkunft,  
133 Alter, sozialer Lebenssituation, sexueller Orientierung und geschlechtlicher  
134 Identität – verstehen wir als Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.  
135 Gesundheit betrifft die gesamte Gesellschaft und ist Voraussetzung für soziale,  
136 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Gesundheitsversorgung ist Teil der  
137 öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Finanzierung und Gestaltung ist demnach eine  
138 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Primat hierfür liegt bei der Politik. Gute  
139 Gesundheitsversorgung muss sich am Gemeinwohl ausrichten – nicht an Fragen der  
140 Wirtschaftlichkeit und schon gar nicht an den Renditeinteressen einzelner Unternehmen  
141 oder gar privater Equity Investoren. Wir stellen uns entschieden gegen Monopol- und  
142 Oligopolbildung im Gesundheitswesen. Wir werden entsprechende Maßnahmen im Land  
143 ergreifen, um deren weitere Verbreitung zu begrenzen. Um dem Anspruch der  
144 öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht zu werden, müssen Bund, Länder und Kommunen  
145 ihrer jeweiligen Verantwortung nachkommen. Wir bekennen uns zum Korporatismus im  
146 Gesundheitswesen.

147 *Kliniklandschaft in Baden-Württemberg*

148 In Baden-Württemberg ist ein signifikanter Umbau der stationären  
149 Versorgungsstrukturen im Gange. An die 50 Prozent der Kliniken im Land sind  
150 defizitär.

151 Die SPD Baden-Württemberg will

- 152 • auch in Zukunft eine duale Krankenhausfinanzierung durch Krankenkassen und das  
153 Land.
- 154 • eine umfassende, nachvollziehbare und an objektiven Kriterien messbare  
155 Krankenhausplanung mit einer maximalen PKW-Fahrzeit von 30 Minuten für die  
156 Bevölkerung zum nächsten Krankenhaus. Die Sicherstellung der flächendeckenden,  
157 stationären, wohnortnahen Basis- und Notfallversorgung schließt – wo möglich –  
158 auch die Erhaltung von Geburtshilfestationen und Pädiatrien mit ein. Bei der  
159 Planung wollen wir auch Faktoren wie die Patient:innensicherheit, eine bestimmte  
160 Mindestanzahl an Geburten und die Qualitätssicherung berücksichtigen.
- 161 • dass die Krankenhausschließungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung ab  
162 sofort ausgesetzt wird, bis ein neues Konzept für die Krankenhausplanung  
163 vorliegt.
- 164 • die Krankenhausfinanzierung grundlegend reformieren. Die bisherigen jährlichen  
165 Landesmittel für Krankenhausinvestitionen von etwa 450 Millionen Euro wollen wir  
166 auf 750 Millionen Euro erhöhen.
- 167 • die Einrichtung eines Notfallfonds, der mit jährlich 100 Millionen Euro die  
168 Versorgung wichtiger Krankenhäuser in wirtschaftlichen Notlagen in Baden-  
169 Württemberg für einen begrenzten Zeitraum von maximal fünf Jahren unterstützt.
- 170 • Wenn durch Schließungen kleinerer Krankenhäuser längere Wege entstehen und eine  
171 Unterversorgung droht, wollen wir Primärversorgungszentren (PVZ) gründen, die  
172 eine Erstversorgung organisieren. PVZs haben dieselbe Funktion wie  
173 Aufnahmeeinheiten in großen Krankenhäusern, d.h. dass dort eine Erstdiagnostik  
174 vor Ort sowie eine Basisnotfallversorgung durchgeführt werden kann.
- 175 • Bei den Universitätskliniken sorgen wir für eine ausreichende Finanzierung der  
176 nötigen Neubauten, Sanierungen und Ersatzanschaffungen. Dabei haben wir den  
177 Anspruch, dass Unikliniken auch als Arbeitgeber spitze sein sollen, nicht nur in  
178 Forschung und Versorgung.

179 *Die ambulante Versorgung*

180 Auch die ambulante Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge und ist damit eine  
181 wesentliche Aufgabe des Landes.

182 Die SPD Baden-Württemberg will

- 183 • medizinische Versorgungszentren weiter ausbauen und Bestrebungen hin zu  
184 kooperativen Versorgungsstrukturen wie beispielsweise  
185 Berufsausübungsgemeinschaften intensivieren.
- 186 • kommunales Mitberatungsrecht in den Zulassungsausschüssen vorsehen.
- 187 • eine Stärkung von Selektivverträgen der Krankenkassen.

- 188 • die sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung ausbauen und fördern sowie für  
189 eine sinnvolle Verzahnung, z.B. in der Notfallbehandlung oder der Radiologie,  
190 sorgen.

191 Im ambulanten Bereich sind die Kassenärztlichen sowie Kassenzahnärztlichen  
192 Vereinigungen (KVBW/KZV BW) für die Sicherstellung der Versorgung, d.h. für die  
193 Besetzung mit niedergelassenen Ärzt:innen, zuständig. Wir bekennen uns zur Erfüllung  
194 des Sicherstellungsauftrages durch die Selbstverwaltung. Gleichzeitig erwarten wir  
195 aber von den Körperschaften der Selbstverwaltung, dass sie zukünftig ihrem Anspruch,  
196 die Profession der Ärzt:innen und Zahnärzt:innen bzw. der Psychotherapeut:innen in  
197 der Breite zu vertreten, gerecht werden.

198 Die SPD Baden-Württemberg will

- 199 • eine verbindliche Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für die Vorstände  
200 der Kammern und die KVBW bzw. die KZV BW bis zum Jahr 2026.
- 201 • eine verbindliche Zielvereinbarung zum Thema Frauenförderstrategie zwischen der  
202 Landesregierung und den Körperschaften.
- 203 • nicht zulassen, dass künftig weiterhin mancherorts eine solche Diskrepanz  
204 zwischen der Versorgungsrealität der Bevölkerung und den offiziell ausgewiesenen  
205 Versorgungsgraden durch die KVBW und die KZV BW besteht.
- 206 • in Gespräche über verbindliche Zielvereinbarungen mit den Leistungserbringern  
207 eintreten, um dem Abhilfe zu schaffen und eine bessere Verteilung von  
208 Ärzt:innensitzen innerhalb eines Planungsbereichs zu erreichen. Wir werden alle  
209 rechtlichen und politischen Möglichkeiten prüfen, um auf eine gute und  
210 flächendeckende Erfüllung des Sicherstellungsauftrages durch KVBW und KZV BW  
211 hinzuwirken. Dazu gehört auch die Entwicklung alternativer Modelle und die  
212 Berücksichtigung des zunehmenden Wunsches nach Teilzeitarbeit, Beschäftigungen  
213 in Angestelltenverhältnissen bzw. der Förderung von  
214 Berufsausübungsgemeinschaften.
- 215 • als Instrument zur zusätzlichen Personalgewinnung den sektorenübergreifenden  
216 Landesausschuss weiterentwickeln.
- 217 • das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken und die Versorgungssicherheit bei  
218 Schwangerschaftsabbrüchen herstellen. Sie sollen Teil der ärztlichen Aus- und  
219 Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen  
220 gehört zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten  
221 Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegner:innen treten wir wirksam entgegen.
- 222 • die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicherstellen, die  
223 zukünftig auch online möglich sein soll.
- 224 • die grundlegende Reform des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg. Lage, Anzahl  
225 und Kapazitäten der Rettungswachen sowie der Notärzt:innenstandorte sind  
226 sinnvoll zu verteilen, sodass eine flächendeckende Versorgung wieder  
227 gewährleistet und die Vorgaben zu Rettungszeiten im Land wieder eingehalten  
228 werden können.

229 *Psychische Gesundheit*

230 Die Corona-Pandemie hat die Defizite im Umgang mit und bei der Behandlung von  
231 psychischen Erkrankungen schonungslos offengelegt: ~~So nahm~~ Bereits von 2011 bis 2021  
232 nahm die Zahl  
233 der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen um 41 Prozent zu. Im gleichen Zeitraum  
234 stieg der Krankenstand insgesamt nur um zwei Prozent.

234 Die SPD Baden-Württemberg will

- 235 • zur Sicherung der Qualität der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung  
236 bedarfsgerechte und den Leitlinien entsprechende Behandlung über alle  
237 Versorgungsbereiche hinweg.
- 238 • dass die Personalausstattung in der stationären psychiatrischen und  
239 psychosomatischen Versorgung für medizinische, pflegerische, therapeutische und  
240 soziale Berufe gesetzlich geregelt wird. Dabei sollen die genannten  
241 Berufsgruppen ausschließlich bei der Einrichtung beschäftigt werden, die den  
242 Versorgungsauftrag hat.
- 243 • dass im ambulanten psychiatrischen-psychotherapeutischen Bereich eine  
244 realistische Bedarfsplanung gewährleistet wird.
- 245 • die Pflicht ambulant tätiger Psychotherapeut:innen, einen Antrag auf Behandlung  
246 zu stellen, bevor die Patient:innen behandelt werden, abschaffen.
- 247 • wohnortnahe Angebote auskömmlich finanzieren. Außerdem stärken wir die  
248 bestehenden gemeindepsychiatrischen Strukturen.
- 249 • ~~telemedizinische Behandlungsformen stärken.~~
- 250 • eine ausreichende personelle Ausstattung psychiatrischer und psychosomatischer  
251 Institutsambulanzen für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen  
252 sicherstellen.
- 253 • sektorenübergreifende Ansätze stärken.
- 254 • den ambulanten Wechsel von Kinder- und Jugendpsychiater:innen zu  
255 Erwachsenenpsychiater:innen zielgenauer gestalten.
- 256 • den Schutz vor psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt und die Prävention in  
257 den Lebenswelten ausbauen.

258 *Gesundheitliche Aufklärung*

259 Wir wollen das Wissen der Menschen über ihren Körper und ihre Gesundheit vermehren.  
260 Dafür fordern wir niederschwellige präventive Angebote, die es allen Menschen  
261 ermöglichen, mehr auf sich selbst und die eigene Gesundheit zu achten.

262 Die SPD Baden-Württemberg will

- 263 • dass Gesundheitslots:innen eingesetzt werden, die Betroffene und Angehörige bei  
264 Fragen der Gesundheitsförderung und -prävention begleiten und bei Fragen der  
265 häuslichen, stationären und sozialen Versorgung beraten.
- 266 • in Ballungsräumen barrierefreie „Gesundheits-Kioske“ einrichten und damit  
267 sicherstellen, dass es ein leicht zugängliches und barrierefreies Angebot vor  
268 Ort gibt, bei dem Menschen in Fragen von Gesundheitsförderung, Krankheit und



269 Pflege Informationen und Unterstützung bekommen.

- 270 • umfassende ärztliche Beratungsstrukturen vor Ort in den Schulen und Kitas
- 271 verankern z.B. durch die flächendeckende Etablierung von Ersthelfer:innen an
- 272 Schulen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) soll diese Maßnahmen
- 273 koordinieren.
- 274 • die sozialpolitische Dimension der Gesundheitsförderung und Prävention in den
- 275 Fokus rücken – auch bei Erwachsenen.
- 276 • mehr Personal und eine grundsätzliche Neuorientierung für den ÖGD. Dazu gehört
- 277 es, einen health-in-all-policies-Ansatz zu verfolgen.
- 278 • einen Tarifvertrag für beim ÖGD beschäftigte Personengruppen, der den Abstand zu
- 279 Vergütungsregelungen in ähnlichen Tätigkeitsfeldern überwindet.
- 280 • den ÖGD als Anlaufstelle für Präventionsarbeit weiterentwickeln und dabei den
- 281 Agentur- und Dienstleistungscharakter stärken.

282 *Digitalisierung im Gesundheitswesen*

283 Die SPD Baden-Württemberg will

- 284 • auf Telemedizin als wirksames Instrument zur Erfüllung des
- 285 Sicherstellungsauftrags der KVBW und der KZV BW setzen – gerade in ländlichen
- 286 Gebieten. Dabei werden wir die Barrierefreiheit telemedizinischer Angebote
- 287 berücksichtigen.
- 288 • für eine gelungene Digitalisierung durchgängige Schnittstellen zwischen den
- 289 Akteur:innen im Gesundheitswesen gewährleisten, die eine sichere Datenweitergabe
- 290 automatisieren bzw. verbessern.
- 291 • die flächendeckende Einführung und Umsetzung der beschlossenen elektronischen
- 292 Patient:innenakte.

293 *Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen*

294 ~~Noch vor einigen Jahren war es üblich, dass Ärzt:innen ganz selbstverständlich 50-~~  
295 ~~Stunden oder mehr in der Woche arbeiteten, sowohl in der Klinik als auch im~~  
296 ~~niedergelassenen Bereich. Das ändert sich zunehmend~~ Eine weitere Verbesserung der  
297 Arbeitsbedingungen ist nur erreichbar, indem ~~immer mehr Ärzt:innen-~~  
298 ~~Dadurch stehen im Gesundheitssystem de facto weniger Arbeitsstunden~~ mehr Menschen für  
299 ~~dieselbe-~~ Anzahl von Köpfen zur Verfügung als früher das Gesundheitswesen als Arbeitnehmer:innen  
300 gewonnen werden.

300 Die SPD Baden-Württemberg will

- 301 • die Zahl der Medizinstudienplätze signifikant erhöhen und deren
- 302 Zugangsbeschränkungen überarbeiten.
- 303 • dass zukünftig wieder gilt: Ein Krankenhaus – eine Belegschaft – ein
- 304 Tarifvertrag.
- 305 • die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen im Gesundheitswesen

- 306 vereinfachen und entbürokratisieren.
- 307 • verbindliche Vorgaben für ausreichend Personal einführen und die Maßnahmen der  
308 „Konzertierten Aktion Pflege“ auf Landesebene umsetzen. Dazu gehört die  
309 Aufstockung des Personals in den Kliniken, u.a. durch die Einführung eines neuen  
310 Personalbemessungsverfahrens, das den gesetzlichen Rahmen für eine ausreichende  
311 Personalausstattung festlegen soll.
- 312 • ~~eine bessere Vergütung von Pflegekräften sowie~~ ein Flächentarifvertrag Pflege  
für alle Berufsgruppen, insbesondere auch in der Langzeitpflege
- 313 • die Steigerung der  
Auszubildendenzahlen.
- 314 • mehr eigenständige Verantwortung für Pflegekräfte und dass Aufgaben, die bisher  
ausschließlich in der Verantwortung von Ärzt:innen ~~an~~  
315 ~~Pflegekräfte delegiert~~ liegen, auch selbständig von dafür ausgebildeten  
Pflegekräften übernommen werden können. Dies gilt auch für weiteres  
medizinisches Personal.
- 316 • eine Umstellung auf digitale Dokumentation sowie die Einführung der  
317 elektronischen Patient:innenakte zur Entlastung des Pflegepersonals.

### 318 3. Gute Pflege geht uns alle an

319 Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb muss das Land Pflege  
320 gemeinwohlorientiert finanzieren und gestalten. Um diesem Auftrag gerecht zu werden,  
321 müssen Bund, Länder und Kommunen ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht werden.  
322 Sozialdemokratische Pflegepolitik rückt dabei den Menschen in den Mittelpunkt – seien  
323 es Patient:innen, Gepflegte, pflegende Angehörige oder pflegerisches Personal. Gute  
324 Pflege braucht nicht nur professionelles und gut ausgebildetes Personal, sondern ist  
325 eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie  
326 solidarisch unsere Gesellschaft sein kann.

327 Die SPD Baden-Württemberg will

- 328 • die Nachbarschaftsnetzwerke und Hilfsstrukturen, die während der Pandemie  
329 entstanden sind, stärken.
- 330 • Pflegestrukturen, die ein würdiges Altern ermöglichen und attraktive  
331 Rahmenbedingungen für Pflegekräfte gewährleisten.
- 332 • die stationäre ~~Altenp~~ Pflege menschenwürdig weiterentwickeln und die medizinische  
333 und pflegerische Versorgung nicht nur älterer Menschen sicherstellen.
- 334 • passgenaue Lösungen vor Ort ermöglichen und Pflegekräfte, Angehörige, stationäre  
335 Einrichtungen, ambulante Leistungserbringer:innen, Apotheken und  
336 Heilmittelerbringer:innen stärker vernetzen.
- 337 • pflegende Angehörige besser unterstützen, z.B. indem wir die Kurzzeit- und  
338 Tagespflege weiter ausbauen.
- 339 • bei der Rund-um-die-Uhr-Betreuung gute und sichere Arbeit für Betreuungskräfte  
340 und eine bestmögliche Versorgung für Pflegebedürftige ermöglichen.

341 • die ambulante Pflege weiter ausbauen und eine entsprechende Quartiersentwicklung  
342 durch die Kommunen vorantreiben.

343 • ambulant betreute Wohngemeinschaften ausbauen.

344 *Solidarische Kostenverteilung in der Pflege*

345 Die SPD Baden-Württemberg will

346 • einen Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung, um  
347 Lasten fair zu verteilen. Diesen verstehen wir als Zwischenschritt auf dem Weg  
348 zu einer Pflegebürger:innenversicherung. Die Pflegeversicherung soll alle  
349 pflegebedingten Kosten übernehmen.

350 • den Eigenanteil bei den Kosten in der stationären ~~Alten~~Pflege deckeln.

351 • dass die Gesetzliche Krankenversicherung die medizinische Behandlungspflege bei  
352 stationärer Pflege systemgerecht vollständig übernimmt. Im Gegenzug übernimmt  
353 die Pflegeversicherung nach dem Grundsatz Reha vor Pflege die Aufwendungen für  
354 geriatrische Rehabilitation.

355 • ~~die Übernahme pflegebedingter Kosten beispielsweise für sogenannte Caring-~~  
356 ~~Communities staatlich fördern.~~

357 • dass Baden-Württemberg – zusammen mit den Kommunen – wieder Verantwortung für  
358 Investitionskosten übernimmt.

359 • dass Pflegekassen und Einrichtungsträger die Möglichkeit haben, Verträge über  
360 sektorenübergreifende, integrative pflegerische Versorgungsangebote  
361 abzuschließen.

362 • dass die Mittel der Pflegeversicherung umgeschichtet werden, hin zu einer  
363 stärkeren aufsuchenden Beratung, wie sie zum Beispiel in Pflegestützpunkten  
364 erfolgt. Den Abschluss der oben genannten Verträge könnte man in die  
365 Pflegestützpunkte integrieren. Die Finanzverantwortung bleibt bei der  
366 Pflegeversicherung.

367 • betreutes Wohnen bzw. WGs angemessen finanziell unterstützen.

368 • eine Investitionsförderung für Pflegeheime durch das Land. Gemeinsam mit den  
369 Kommunen wollen wir eine zu zwei Dritteln vom Land und zu einem Drittel von den  
370 Kommunen finanzierte Investitionsförderung einführen. In einem ersten Schritt  
371 soll der Kostenrichtwert angehoben werden. Ziel ist es, das Investitionsbudget  
372 bedarfsgerecht einzusetzen und sinnvoll mit der Pflegeplanung zu verzahnen.

373 *Bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege*

374 Die SPD Baden-Württemberg will

375 • Maßnahmen aus der Konzertierte(n) Aktion Pflege konsequent umsetzen.

376 • Personal aufstocken, beispielsweise durch die Einführung eines  
377 Personalbemessungsverfahrens, das den gesetzlichen Rahmen für eine ausreichende  
378 Personalausstattung festlegen soll.

379 • Maßnahmen ergreifen, um mehr Auszubildende zu gewinnen. Außerdem wollen wir  
380 ärztliche Vorbehaltsaufgaben hinterfragen und Pflegefachpersonen mehr

381 Entscheidungsfreiheit geben.

- 382 • die Umstellung auf digitale Dokumentation sowie die Einführung der
- 383 elektronischen Patient:innenakten zur Entlastung des Pflegepersonals.
- 384 • die Ausbildung zur Pflegeassistenz reformieren, um sie mit der generalistischen
- 385 Pflegeausbildung zu verzahnen. Der Zugang zu einer fast zweijährigen
- 386 Pflegeassistentenausbildung soll niedrigschwellig bleiben und gleichzeitig zu
- 387 einem vollwertigen beruflichen Abschluss weiterentwickelt werden. Zentral ist
- 388 dabei, dass der Übergang in eine verkürzte generalistische Pflegeausbildung
- 389 ermöglicht wird. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt vor.

390 *Rundum gute Pflege - rundum gute Versorgung*

391 Die SPD Baden-Württemberg will

- 392 • nach dem Vorbild des Modells „Gemeindeschwester“ in Rheinland-Pfalz
- 393 flächendeckend sogenannte Community Health Nurses für Hausbesuche bei älteren
- 394 Menschen etablieren. Diese Community Health Nurses sollen Teil eines kommunalen
- 395 Gesundheitsförderungskonzepts in den Landkreisen werden.
- 396 • ambulante Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Die Qualität
- 397 ambulanter Pflege, auch bei der Betreuung und bei haushaltsnahen
- 398 Dienstleistungen, muss gewährleistet sein.
- 399 • den qualitativen und quantitativen Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, um das
- 400 häusliche Pflegesetting zu stärken. Wir wollen die Tages- und Kurzzeitpflege an
- 401 den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren und entsprechend
- 402 weiterentwickeln.
- 403 • die aufsuchende Beratung ausbauen und die Pflegestützpunkte weiterentwickeln.
- 404 • den Weg des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes konsequent weiter gehen.
- 405 • die Mitwirkungsmöglichkeiten in den Einrichtungen auch bei Pflegebedürftigkeit
- 406 oder Behinderung im Sinne von mehr Teilhabe stärken.
- 407 • in der stationären Langzeitpflege Plätze ausbauen, vor allem im städtischen
- 408 Bereich.
- 409 • Erfolgsmodell der Pflegestützpunkte weiter ausbauen und mit einer aufsuchenden
- 410 Beratung kombinieren.
- 411 • den Ausbau lokaler und regionaler Pflegeplanung, auch in Form von kommunalen
- 412 Pflegekonferenzen.
- 413 • eine qualitative Bedarfsausrichtung einführen.

414 *Digitalisierung als Chance für die Pflege*

415 Die SPD Baden-Württemberg will

- 416 • rechtliche Rahmenbedingungen für die durchgängige digitale Leistungserbringung,
- 417 -dokumentation und daraus resultierender Abrechnung schaffen, alle Handelnden
- 418 entlasten und die Qualität der Versorgung verbessern.
- 419 • dass das Land im Rahmen seiner Investitionen in die Digitalisierung auch in die
- 420 Pflege investiert. Dies gilt insbesondere für einheitliches

421 Dokumentationssystem, das Pflegekräfte entlastet.

#### 422 **4. Teilhabe ermöglichen durch Inklusion**

423 Selbstbestimmt Leben, eigenständig mit dem ÖPNV fahren, in der eigenen Wohnung leben,  
424 den Lebensunterhalt selbstständig bestreiten oder einmal unabhängig verreisen – für  
425 zu viele Menschen mit Behinderung sind das noch immer unerfüllbare Träume. Aus der in  
426 Deutschland 2009 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention ergibt sich ein  
427 klarer Auftrag für die Inklusionspolitik: Menschen mit und ohne Behinderungen sollen  
428 gleichberechtigt gemeinsam leben können.

429 In fast allen Belangen der Inklusion sind wir sowohl im bundesdeutschen als auch im  
430 internationalen Vergleich deutlich abgeschlagen. Inklusion ist eine  
431 gesamtgesellschaftliche und sektorenübergreifende Aufgabe. Unser Ziel sind  
432 bedarfsgerechte gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderung in  
433 allen Kommunen des Landes. Gleichberechtigte Teilhabe unabhängig vom Wohn- und  
434 Lebensort, personenzentrierte Bedarfsbemessung sowie die wirksame Umsetzung der UN-  
435 Behindertenrechtskonvention. Der momentane Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX ist  
436 ungenügend und wird nicht ordentlich umgesetzt.

437 Die SPD Baden-Württemberg will

- 438 • einen landesweit einheitlichen Rahmen für die Leistungs- und  
439 Vergütungssystematik, der in ganz Baden-Württemberg gleichwertige  
440 Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung garantiert. Dafür muss zwischen  
441 Trägern, Betroffenen und Land eine Datengrundlage für Wirksamkeits- und  
442 Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Anfang an vereinbart werden. Es gilt zu  
443 vermeiden, dass die Umsetzung des BTHG in Form der Umstellung der einzelnen  
444 Angebote in der Eingliederungshilfe zu Unklarheiten bei der fairen  
445 Kostenverteilung zwischen Trägern der Eingliederungshilfe und dem Land führt.  
446 Für Menschen mit Behinderung dürfen die neuen Leistungen nicht zu bürokratischem  
447 Mehraufwand führen.
- 448 • eine klare Entbürokratisierung des Persönlichen Budgets, mit dem sich Menschen  
449 mit Behinderung selbst Leistungen zur Teilhabe einkaufen können.
- 450 • das aktive und passive Wahlrecht von Menschen mit Behinderung durch Aufklärung,  
451 Information und Ermutigung stärken. Barrierefreie Wahllokale und ausgebildete  
452 Begleitpersonen sollen allen Menschen das aktive Wahlrecht sichern.
- 453 • eine landesweite Struktur für die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung  
454 (EUTB), die Vernetzung sowie Fort- und Weiterbildung organisiert, finanziell  
455 unterstützen und absichern.
- 456 • dass der Erfolg der EUTB nicht dazu führen darf, dass bewährte  
457 • Beratungsinfrastruktur abgebaut wird. Es muss ein gleichberechtigtes,  
458 koordiniertes Mit-  
459 und Nebeneinander der Beratungssysteme geben.
- 459 • die grundlegende Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts auch auf  
460 Landesebene konsequent umsetzen. Notwendiges Personal muss rasch rekrutiert und  
461 qualifiziert werden, um zum gesetzlich vorgegebenen Zeitpunkt 1. Januar 2023 zum

462 Wohle der Betroffenen eingesetzt werden zu können. Alle Beteiligten brauchen  
463 ausreichend Ressourcen, um den Bedarfen und Anliegen im Einzelfall gerecht zu  
464 werden und das Selbstbestimmungsrecht und Autonomie zu stärken.

- 465 • die Angebote der „Offenen Hilfen“ auskömmlich und dauerhaft finanzieren, um  
466 Familien mit Kindern oder Angehörigen mit Behinderung zu unterstützen.  
467 Tagespflege, Naherholung, Ferienbetreuungsangebote und Nachbarschaftshilfe  
468 stehen zu oft nicht oder nicht barrierefrei zur Verfügung.
- 469 • die zeitnahe Wiederbeleb~~e~~einsetzung des Landesinklusionspreises.
- 470 • die Fördersumme für das Programm Impulse Inklusion anheben.

#### 471 *Bildung inklusiv gestalten*

472 In Regelschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen wollen wir Teilhabe und gelebte  
473 Inklusion sichern. Wir wollen, dass der Inklusionsgedanken als pädagogische  
474 Grundhaltung, statt als Sonderaufgabe einzelner Standorte und Lehrkräfte, verankert  
475 wird. Eine zentrale Herausforderung für inklusive Bildung ist der Mangel an  
476 Sonderpädagog:innen.

477 Die SPD Baden-Württemberg will

- 478 • Anreize für Kita-Träger schaffen, Personal für Begleitung und Betreuung von  
479 Kindern mit Behinderung fortzubilden. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte aller  
480 Schulformen bauen wir aus.
- 481 • vorschulische Kinderbetreuung so unterstützen, dass Schulkindergärten als  
482 Spezialform der Betreuung mittelfristig auslaufen können. Mittelfristig müssen  
483 alle Schularten einen inklusiven Bildungsansatz adaptieren und diesen mithilfe  
484 von individuellen Inklusionsentwicklungsplänen umsetzen.
- 485 • angesichts vielschichtiger Herausforderungen an den Schulen und  
486 unterschiedlicher Unterstützungsbedarfe mehr Lehrkräfte einstellen und den  
487 Aufbau multiprofessioneller Teams fördern. Den multiprofessionellen Ansatz  
488 wollen wir zunächst in Form eines Modellversuchs an allgemeinen Schulen  
489 erproben.
- 490 • eine landesweit einheitliche Koordination zur Feststellung des  
491 sonderpädagogischen Förderbedarfs, Fristen für die Schulwegekonzferenzen und  
492 Beratung der Eltern.
- 493 • dass der Qualitätsrahmen Inklusion auch die SBBZ umfasst. Wir fordern eine  
494 deutliche Entlastung der Schulleitungen an SBBZ.
- 495 • die Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagog:innen deutlich erhöhen.
- 496 • die Wahlfreiheit der Eltern wohnortnah sicherstellen. In dem Maße, wie sich das  
497 Konzept des individualisierten Unterrichts an den Regelschulen umsetzen lässt,  
498 sollte auf die so genannte Förderschule verzichtet werden.
- 499 • inklusiven Sport fördern, beispielsweise durch die Errichtung von barrierefreien  
500 Sportstätten, Vereinsförderung und die Finanzierung von Sportgeräten für  
501 Menschen mit Behinderung.
- 502 • eine klare Definition des Aufgabenprofils von Schulbegleitungen und entsprechend

503 standardisierte Qualifizierungsanforderungen.

504 *Inklusion am Arbeitsplatz*

505 Unser inklusionspolitisches Ziel ist es, so viele Menschen mit Behinderung wie  
506 möglich in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Dafür wollen wir Unternehmen, die  
507 inklusive Arbeitsplätze schaffen wollen, gezielt unterstützen und beraten. Inklusion  
508 kann Teil der Lösung für den grassierenden Fachkräftemangel in vielen Branchen sein.  
509 Wir begrüßen das politische Ziel der Bundesregierung, eine vierte Stufe bei der  
510 Ausgleichsabgabe einzuführen, die Betriebe entrichten müssen, wenn sie ihrer Pflicht  
511 zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nicht nachkommen.

512 Die SPD Baden-Württemberg will

- 513 • ~~auch für jugendliche Menschen mit Behinderung~~ eine Ausbildungsplatzgarantie  
514 einführen, die auch Jugendliche mit Behinderung erfasst.
- 515 • dass die Landesverwaltung mehr Menschen mit Behinderung einstellt. Dafür sehen  
516 wir Informationskampagnen und eine Änderung der Verwaltungsvorschrift des  
517 Kultusministeriums über die Einstellung von Lehramtsbewerber:innen vor. Zudem  
518 wollen wir, dass das Land künftig Strafzahlungen für das Verfehlen von  
519 Beschäftigungsquoten an Träger der Inklusionsarbeit zahlt, anstatt an sich  
520 selbst.
- 521 • flächendeckend Vernetzung und Beratung der Frauenbeauftragten in Werkstätten für  
522 Menschen mit Behinderung. Für Schutzkonzepte in Werkstätten wollen wir  
523 landesweite Qualitätsstandards einführen.
- 524 • durch einen Aktionsplan in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Arbeitsagenturen und  
525 weiteren Stakeholdern endlich eine Trendwende schaffen, damit Werkstätten für  
526 Menschen mit Behinderung wieder stärker als Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt  
527 fungieren.

528 *Wohnen, Barrierefreiheit*

529 Die SPD Baden-Württemberg will

- 530 • ~~eine dezentrale und heimatnahe Unterbringung von~~ dass Menschen mit Behinderung  
531 ~~erreichen und sogenannte Komplexeinrichtungen aufbauen~~ dort leben, wo sie leben  
532 wollen.
- 532 • einen Landesaktionsplan für flächendeckenden ganzheitlich barrierefreiem ÖPNV.  
533 Um Barrierefreiheit im ÖPNV schnell umzusetzen, sind im ersten Schritt einfache  
534 Lösungen wie  
535 Rampen und Taxigutscheine ein guter Weg.
- 535 • verstärkt ambulante, inklusive Wohnprojekte fördern. Grundsätzlich müssen  
536 Förderbedingungen auf die Realität der Wohnungswirtschaft angepasst werden. Nach  
537 rheinland-pfälzischem Vorbild wollen wir, dass öffentliche Räume und Neubauten  
538 barrierefrei werden. Öffentlich geförderte Bauvorhaben müssen barrierefrei  
539 gebaut werden.
- 540 • digitale Barrierefreiheit vorantreiben. Wir wollen den Aufgabenbereich des/der  
541 Landesbehindertenbeauftragten um eine jährliche Evaluation der Bemühungen der

542 Landesregierung in diesen Bereichen erweitern.

543 **5. Integration als Gestaltungsaufgabe der ganzen Gesellschaft**

544 Für uns bedeutet Integration, die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse  
545 anzuerkennen und die gesamte Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Dabei nehmen wir  
546 auch Antirassismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ernst.

547 Wir streben ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Baden-Württemberg an. Im Kern  
548 geht es um gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen für alle – unabhängig  
549 von der Herkunft. Der Rechtsstaat muss so handlungsfähig ausgestattet sein, dass er  
550 die gemeinsamen Spielregeln durchsetzen kann. Die beste Integrationspolitik ist  
551 daher, Politik für alle Menschen zu machen, Recht für alle Menschen durchzusetzen und  
552 das gute Zusammenleben mit allen Menschen einzuüben. Deshalb wollen wir gemeinsam als  
553 treibende Kraft der Gesellschaft auch allen Tendenzen kraftvoll entgegentreten, die  
554 die unveräußerlichen Menschenrechte in Frage stellen, auch innerhalb migrantischer  
555 Communities. Wir wollen Migration nicht in Phasen denken, sondern als Normalität.  
556 Integration ist eine Gestaltungsaufgabe auf Dauer. Wir müssen von Projektförderungen  
557 wegkommen und mehr dauerhafte Finanzierung von Integrationsprogrammen sicherstellen.  
558 Wo Migrant:innenselbstorganisationen im Bereich der Sozial- und Wohlfahrtspflege  
559 tätig werden, brauchen sie eine institutionelle Grundfinanzierung und Förderung.

560 *Geflüchtete willkommen heißen*

561 Die SPD Baden-Württemberg will

- 562 • die entsprechende Infrastruktur bereitstellen, damit Integrations- und  
563 Beteiligungsangebote wahrgenommen werden können. Hierbei müssen insbesondere  
564 Frauen speziell angesprochen und gefördert werden.
- 565 • dass sich Flüchtlingssozialarbeit in Baden-Württemberg zukünftig an den Bedarfen  
566 und Bedürfnissen der Klient:innen statt an den Vorgaben des mehrstufigen Systems  
567 orientiert. Wir fordern gültige Standards für Beratung, Betreuung, Unterbringung  
568 und Gewaltschutz im ganzen Land. Perspektivisch wollen wir aber noch weitergehen  
569 und ein einstufiges Integrationsverfahren mit integrierter Sozialberatung  
570 einführen, in dem alle Leistungen aus einer Hand kommen. Sozialverbände können  
571 so eine Betreuung ohne Lücken, die über verschiedene Ebenen und Abläufe  
572 verstetigt und verzahnt ist, sicherstellen.
- 573 • dass mehr Geflüchtete Zugang zu Integrations- und Sprachkursen bekommen, und  
574 dass flächendeckend berufsspezifische Sprachkurse entwickelt werden.
- 575 • ~~für zugewanderte Menschen, die schon lange hier leben, schnellere und leichtere~~  
576 ~~Einbürgerungsverfahren ermöglichen.~~
- 577 • dass Menschen, die einen Antrag auf Asyl oder internationalen Schutz stellen, in  
578 Ankunftscentren alle notwendige Unterstützung möglichst unter einem Dach  
579 vorfinden. Ankunftscentren sind Unterbringungsmöglichkeiten, die den Ankommenden  
580 auch ein Mindestmaß an Privatsphäre sowie Gesundheitschecks bieten. In den  
581 Ankunftscentren sollen in der Regel nicht mehr als 500 Personen untergebracht  
sein. Diese
- 582 Zentren müssen die Rechte von besonders schutzbedürftigen Personen (z.B. Frauen,



- 583 Kindern, Jugendlichen oder queeren Menschen) berücksichtigen und brauchen die  
584 dafür nötige Infrastruktur.
- 585 • dass Geflüchtete in der Regel nur drei Monate und generell nicht länger als  
586 maximal sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben sollen. Das gilt auch  
587 für Menschen, die direkt aus der Erstaufnahme rückgeführt werden sollen. Wer  
588 nicht zeitnah rückgeführt werden kann, sollte daher ebenfalls in die Stadt- und  
589 Landkreise verlegt werden und dadurch eine bessere Wohnsituation sowie die  
590 Möglichkeit zu qualifizierten Sprachkursen und Ausbildung bzw. einer  
591 Erwerbstätigkeit erhalten.
  - 592 • verbindliche Standards für alle Formen von Unterkünften für Geflüchtete. Die von  
593 der Liga der freien Wohlfahrtspflege erarbeiteten Rahmenbedingungen und  
594 Qualitätsstandards halten wir für die richtigen Zielvorgaben.
  - 595 • Spielräume beim Bleiberecht nutzen: Wer sich vor Ort um Integration bemüht, muss  
596 die Chance auf einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel bekommen. Wenn über die  
597 berufliche Integration hinausgehende Integrationsleistungen wie Spracherwerb,  
598 Bildungserfolge, Qualifizierung und Weiterbildung sowie ehrenamtliches  
599 Engagement an den Tag gelegt werden, sollten diese Bemühungen anerkannt werden  
600 und zu kürzeren Voraufenthaltszeiten und einem Aufenthaltstitel nach § 25a/25B  
601 Aufenthaltsgesetz führen. Die Kompetenz zur Gewährung rechtmäßiger  
602 Aufenthaltstitel sollte von den Regierungspräsidien an die lokalen  
603 Ausländerbehörden übertragen werden, die konkrete Fälle meist besser kennen.
  - 604 • die Verwaltungsvorschriften für den Familiennachzug von anerkannten Flüchtlingen  
605 und Menschen mit subsidiärem Schutz vereinfachen und beschleunigen. Die  
606 Ausländerbehörden des Landes sollten Geflüchtete dabei unterstützen, ihre  
607 Familienangehörigen nachzuholen. Dafür sollte das Vorliegen der gesetzlichen  
608 Voraussetzungen wohlwollend vorgeprüft und Vorabzustimmungen erteilt werden, um  
609 Visumserteilungen zu beschleunigen. Anforderungen dürfen nicht unerfüllbar sein  
610 und Integrationsbemühungen müssen konsequent belohnt werden.
  - 611 • ein Landeserstaufnahmeprogramm ermöglichen, sobald gesetzliche Regelungen (§ 23  
612 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz) die notwendige Rechtssicherheit bieten.
  - 613 • dass die „freiwillige“ Rückkehr in Würde stets Vorrang vor einer Abschiebung  
614 hat. Dafür braucht es eine adäquate Rückkehrberatung in allen Stadt- und  
615 Landkreisen. Wir wollen transparente Standards für die Rückkehr- und  
616 Abschiebungspraxis etablieren. Es darf nicht zu Rückführungen kommen, während  
617 noch behördliche Prüfungen laufen. Abschiebehaft darf nie etwas anderes als  
618 Ultima Ratio sein.
- 619 *Fachkräftezuwanderung vereinfachen*
- 620 Angesichts unserer alternden Gesellschaft und des Fachkräftemangels sind Deutschland  
621 und Baden-Württemberg auf Zuwanderung angewiesen. Dabei dürfen wir Max Frischs  
622 vielzitierten Satz „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen“ nicht aus den  
623 Augen verlieren. Alle Menschen, ob sie nun zuwandern oder bereits in Baden-  
624 Württemberg leben, verdienen gleichberechtigte Teilhabe.

625 Die SPD Baden-Württemberg will

626 • Abschlüsse unbürokratisch anerkennen: Wir ändern das Landesanererkennungsgesetz  
627 und wollen Schluss machen mit der Willkür bei Anerkennungen basierend auf der  
628 Herkunft. Gebühren für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Baden-  
629 Württemberg sind zu hoch. Die anerkennenden Stellen müssen ausreichend  
630 ausgestattet werden, um die gesetzlich vorgesehene Bearbeitungsfrist von drei  
631 Monaten einzuhalten. Außerdem braucht es eine landesweit zuständige  
Anerkennungsbehörde, die  
632 für alle Anerkennungsfragen zuständig ist.

633 • die vorhandenen Strukturen der Welcome Center stärken und ausreichend  
634 finanzielle Ressourcen bereitstellen.

635 *Sprache, Bildung, kulturelle Vielfalt, Integrationsmanagement*

636 Sprache ist ein zentraler Schlüssel für Integration, und Muttersprache ist  
637 kulturelles Menschenrecht. Gelebte Mehrsprachigkeit ist Realität in Baden-  
638 Württemberg. Das Integrationsmanagement in Baden-Württemberg hat sich bewährt, muss  
639 aber den steigenden Anforderungen an Sozialarbeit gerecht werden.

640 Die SPD Baden-Württemberg will

641 • herkunftssprachlichen Unterricht in baden-württembergischen Schulen ermöglichen.  
642 Dabei werden wir das Konsultatsmodell überwinden.

643 • ein einheitliches Fallmanagement, um die Schüler:innen ohne deutsche  
644 Sprachkenntnisse oder mit nur geringen deutschen Sprachkenntnissen an der  
645 passenden Schule anzudocken.

646 • Angebote für Geflüchtete oder Jugendliche, die ohne Deutschkenntnisse zu uns  
647 kommen, die eine Behinderung, psychische Erkrankung oder kognitive  
648 Schwierigkeiten haben.

649 • die Finanzierung des Integrationsmanagements verstetigen und weiterentwickeln.  
650 Es muss als Form der Sozialen Arbeit anerkannt werden, damit seine  
651 sozialanwaltschaftlichen Tätigkeiten den entsprechenden Schutz erfahren.  
652 Kommunal angestellte Integrationsmanager:innen müssen davor geschützt werden, in  
653 Interessenkonflikte zwischen Verwaltung und Klient:innen verwickelt zu werden.  
654 Wir wollen das Integrationsmanagement in Zukunft auch für Menschen mit einem  
655 Duldungsstatus öffnen und regelmäßige und dezentral angebotene Gelegenheiten zur  
656 Weiterbildung für Integrationsmanager:innen ermöglichen. Dies soll einerseits  
657 der fachlichen Weiterbildung, beispielsweise im Asyl- und Aufenthaltsrecht,  
658 andererseits aber auch der Supervision und dem Austausch dienen.

659 • den Betreuungsschlüssel beim Integrationsmanagement von momentan 1:110 auf 1:80  
660 senken.

661 • mehr Angebote der islamischen Seelsorge in Gefängnissen. Dabei leistet Seelsorge  
662 in Gefängnissen einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung und kann  
663 Radikalisierung verhindern. Nach rheinland-pfälzischem Vorbild wollen wir  
664 islamische Seelsorger:innen als Landesbedienstete mit akademisch-theologischer  
665 Ausbildung einführen.

- 666 • dass die Eintragung von Unionsbürger:innen ins Wählerverzeichnis automatisch mit  
667 der Anmeldung des Wohnsitzes erfolgt. Wir fordern zudem gleiche Pflichten und  
668 Rechte für alle rechtmäßig in den Kommunen lebenden Menschen und damit  
669 kommunales Wahlrecht für Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit.
- für zugewanderte Menschen, die schon lange hier leben, schnellere und leichtere Einbürgerungsverfahren ermöglichen.

## 670 **6. Gleichstellung und Diversität**

671 Baden-Württemberg ist bunt und vielfältig. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für  
672 unsere Gesellschaft. Unser Ziel ist eine diskriminierungs- und angstfreie  
673 Gesellschaft, in der alle Menschen so sein und leben können, wie sie sind. Niemand  
674 darf aus rassistischen, sexistischen, queerfeindlichen, ableistischen oder  
675 klassistischen Motiven Nachteile erfahren. Sozialdemokratische Politik ist eine  
676 Politik der Chancengleichheit! Aber nach wie vor bestehen Hürden und Barrieren,  
677 die Menschen strukturell benachteiligen und von gleichberechtigter Teilhabe  
678 ausschließen. Diese Barrieren wollen wir abbauen. Eine diskriminierungsfreie  
679 Gesellschaft des gegenseitigen Respekts und der Chancengleichheit ist nicht nur für  
680 die persönliche Entwicklung jedes Menschen zentral, sondern auch eine wichtige  
681 Voraussetzung für eine gute, erfolgreiche und krisenfeste Zukunft für Baden-  
682 Württemberg.

683 *Echte Gleichstellung zwischen den Geschlechtern*

684 Die SPD Baden-Württemberg will

- 685 • partnerschaftliche Verantwortung für die Care-Arbeit stärken.
- 686 • neue Modelle in der Organisation von Lohnarbeitszeit.
- 687 • Mechanismen, die eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung von Arbeits-,  
688 Pflege-, Erziehungs- und Freizeit zwischen Partner:innen ermöglicht.
- 689 • die Etablierung von Langzeitkonten, die eine flexiblere Gestaltung von  
690 Arbeitszeit über das Erwerbsleben hinweg ermöglichen.
- 691 • Entwicklung von Modellen, die Arbeitnehmer:innen mehr Zeitsouveränität einräumen  
692 und temporäre Arbeitszeitreduzierungen finanziell besser und verlässlicher  
693 absichern.
- 694 • eine Reduzierung der Vollarbeitszeit sowie eine Erhöhung des Frauenanteils,  
695 insbesondere in Führungspositionen.
- 696 • die Weiterentwicklung des Chancengleichheitsgesetzes.
- 697 • ein Gleichstellungsinstitut in Baden-Württemberg einrichten, das  
698 Landesministerien fachlich berät, die Verwaltung bei der Integration  
699 gleichstellungspolitischer Aspekte in ihren Kernaufgaben unterstützt,  
700 Regierungsarbeit kritisch begleitet und durch öffentliche Stellungnahmen auf  
701 gleichstellungspolitische Missstände hinweist.
- 702 • das Instrument des Gender-Budgeting fördern und auf weitere Diversitätsbereiche  
703 ausweiten.

704 *Unterstützungsstrukturen in der Fläche verbessern*

705 Die SPD Baden-Württemberg will

- 706 • den Gewaltschutz und die Antidiskriminierungsstellen im Land besser ausstatten  
707 und sicher finanzieren. Dazu gehört der Ausbau des Platzangebots in  
708 Frauenschutzhäusern.
- 709 • dass Anlaufstellen wie Frauenhäuser, Mädchenzentren und Gesundheitsberatungen  
710 auch in der Fläche gut ausgebaut sind, damit der Zugang zu Unterstützung bei  
711 Bedarf schnell, niederschwellig und unkompliziert möglich ist. Auch die Bedarfe  
712 besonders vulnerabler Gruppen, wie geflüchteter Frauen, Frauen mit Behinderungen  
713 oder queerer Menschen wollen wir bewusst berücksichtigen.
- 714 • Queere Orte in Form von Beratungsstellen und kulturellen sowie sozialen  
715 Anlaufpunkten landesweit stärken, aufbauen, vernetzen und koordinieren. Das  
716 betrifft insbesondere den ländlichen Raum. Wir begreifen die Bereitstellung  
717 queerer Infrastruktur als Landesaufgabe.
- 718 • bestehende Strukturen, die als überregionale Anlaufstellen fungieren, durch  
719 verstetigte Landesmittel fördern.
- 720 • konkret die Vielfalt queeren Lebens in Baden-Württemberg auch außerhalb der  
721 Städte fördern. Anlaufstellen für queere Jugendliche müssen überall im Land gut  
722 mit dem ÖPNV erreichbar sein.

723

724 *Strategiedialog Gleichstellung und Diversität in der Arbeitswelt*

725 Die SPD Baden-Württemberg will

- 726 • Einrichtung eines Strategiedialogs Gleichstellung und Diversität. Dieser soll  
727 sich mit den unterschiedlichen Formen von Diskriminierung in Arbeitskontexten  
728 beschäftigen, beispielsweise dem Gender-Pay-Gap, den schlechteren beruflichen  
729 Aufstiegschancen von Frauen, Diskriminierung von queeren Menschen oder  
730 Benachteiligung von Menschen of Colour sowie Menschen, die keinen deutschen  
731 Namen tragen. Im Strategiedialog Gleichstellung und Diversität sollen  
732 Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, IHKs und weitere  
733 Akteure vertreten sein und gemeinsam Positionen, Ziele und Instrumente zu  
734 Gleichstellung und Diversität erarbeiten.
- 735 • dass anonymisierte Bewerbungsverfahren im Öffentlichen Dienst verpflichtend  
736 werden.
- 737 • den Anteil von Menschen, deren Eltern keine Akademiker:innen sind, sowie den von  
738 Menschen of Colour in Führungspositionen erhöhen. Dazu sollen spezielle  
739 Empowerment- und Förderprogramme aufgelegt werden. Auch die Einführung von  
740 Quoten soll eine denkbare Möglichkeit sein.

741 *Repräsentation und Sichtbarkeit fördern*

742 Die SPD Baden-Württemberg will

- 743 • die Sichtbarkeit unterschiedlicher Menschen, Identitäten und Zugehörigkeiten  
744 erhöhen und fördern.
- 745 • eine vielfältigere Zusammensetzung des SWR-Rundfunkrates anstreben, sodass

- 746 zukünftig insbesondere auch queere Organisationen dort vertreten sind.
- 747 • dass Diversität und Vielfalt bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln immer  
748 mitgedacht werden. Die Vergabepaxis in öffentlichen Ausschreibungen soll an die  
749 Berücksichtigung von Menschenrechten und diskriminierungsfreiem Handeln gebunden  
750 werden. Auch die Lieferketten sollen dabei mitbedacht werden.
- 751 • dass Schul- und Lehrmaterialien die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und  
752 über diese aufklären. nicht nur das gesellschaftliche Bewusstsein für  
753 Intersektionalität als Vielfaltsphänomen stärken, sondern auch neue  
754 sozialpolitische Rahmenbedingungen schaffen, die proaktiv gestalten.
- 755 • dass in einer Ehe zweier Frauen, in die ein Kind geboren wird, beide  
756 Partnerinnen automatisch den rechtlichen Status der Mutter bekommen (Co-  
757 Mutterschaft). Daher unterstützen wir die entsprechenden Pläne der Ampel-  
758 Koalition.
- 759 • den 2013-2015 im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, damals unter Führung  
760 der SPD, entwickelten Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte zu  
761 stabilisieren und zügig umzusetzen.
- 762 • eine rasche Umsetzung des neuen Selbstbestimmungsgesetzes, das auch von  
763 landesweiten Informationskampagnen getragen und begleitet werden muss.

#### 764 *Antirassistische Politik*

765 Menschen, die als „nicht Deutsch“ gelesen werden, sehen sich häufig Ressentiments und  
766 Nachteilen ausgesetzt. Dies gilt selbst für Menschen, die seit Jahrzehnten in  
767 Deutschland leben. Wir wollen die Vorstellung, Menschen ließen sich in rassifizierte  
768 Gruppen unterteilen, endgültig überwinden und stellen uns dieser entschieden  
769 entgegen.

770 Die SPD Baden-Württemberg will

- 771 • Unrecht, das durch staatliche Stellen in der Vergangenheit beispielsweise  
772 „Gastarbeiter:innen“ angetan wurde, aufarbeiten. Dazu soll eine Kommission  
773 eingerichtet werden, die die Geschichte rassistischer Diskriminierung in Baden-  
774 Württemberg historisch aufarbeitet.

#### 775 *Landesgewaltschutzkonzept*

776 Wir setzen uns für eine gewaltfreie Gesellschaft ein, besonders dann, wenn Gewalt aus  
777 einer strukturellen Machtposition heraus oder aus menschenverachtenden Motiven  
778 begangen wird. Wir wollen wirksame präventive und repressive Vorkehrungen treffen, um  
779 dieser Gewalt zu begegnen.

780 Die SPD Baden-Württemberg will

- 781 • ein Landesgewaltschutzkonzept, das Gewalt umfassend in den Blick nimmt. Im  
782 Zentrum steht dabei die Verhinderung misogynen, rassistischer, antisemitischer,  
783 antimuslimischer, queerfeindlicher und ableistischer Gewalt
- 784 • bestehende Strukturen, insbesondere Frauenschutzhäuser, ausbauen und absichern  
785 und in Bereichen, in denen bisher keine Strukturen bestehen, neue schaffen.
- 786 • flächendeckend unabhängige Beschwerde- und Evaluationsstellen für hoheitliches

787 Handeln einrichten.

- 788 • dass Menschen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, verpflichtend  
789 Schulungen und Fortbildungen zu gewaltfreiem und antidiskriminierendem Handeln  
790 absolvieren.

791 *Landesantidiskriminierungsgesetz*

792 Die SPD Baden-Württemberg will

- 793 • ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen, das effektive  
794 Mechanismen beinhaltet, durch die diskriminierendem Verhalten konsequent  
795 begegnet werden kann. Das Landesantidiskriminierungsgesetz soll es ermöglichen,  
796 hoheitliches Handeln umfassend auf diskriminierendes Handeln zu überprüfen.  
797 Menschen, die durch Behörden Diskriminierung erfahren haben, sollen einen  
798 Anspruch auf Schmerzensgeld bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch das  
799 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz überarbeitet wird, damit ein lückenloser  
800 Schutz durch das Zusammenspiel von Bundes- und Landesgesetz gewährleistet wird.

801

802

803

804

## Antrag AS 02: Solidarisch durch den Winter – Wirkungsvolle Entlastungen jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Empfehlung erfolgt mündlich
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### 1 **Solidarisch durch den Winter – Wirkungsvolle Entlastungen jetzt!**

2 Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen stellen  
3 viele Menschen vor große Herausforderungen. Steigende Preise belasten  
4 Privathaushalte, Unternehmen und auch den Staatshaushalt. Wir Jusos sind davon  
5 überzeugt, dass es in solchen Zeiten einen aktiven Staat braucht. Die Bundesregierung  
6 unter Führung der SPD muss die Weichen dafür stellen, dass alle Menschen durch diese  
7 Krise kommen.

8 Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung betrachten wir mit gemischten  
9 Gefühlen. Als Jusos legen wir in der Krise ein besonderes Hauptaugenmerk auf  
10 Haushalte ohne und mit niedrigem Einkommen. Denn sie sind es, die besonders durch die  
11 Inflation getroffen und bis an den Rand ihrer Existenz gedrängt werden, wenn sie  
12 keine wirkungsvolle Unterstützung erhalten. Hier ist ein deutlicher Schwerpunkt des  
13 Entlastungspakets erkennbar.

14 Vermögende und Gutverdiener:innen, die sich auch ohne staatliche Unterstützung über  
15 Wasser halten können, brauchen jedoch keine speziellen Entlastungen. Der Staat wird  
16 nicht jede Belastung für alle komplett ausgleichen können. Einige Maßnahmen des  
17 Entlastungspakets, wie beispielsweise der Ausgleich der kalten Progression, kommen  
18 vor allem Gutverdiener:innen zugute. Die hier eingeplanten Gelder sollten besser für  
19 Menschen genutzt werden, die jetzt tatsächlich Entlastungen benötigen. Das kommende  
20 Entlastungspaket muss so ausgestaltet werden, dass alle Menschen gut durch die Krise  
21 kommen. Hierzu sind noch einige Ergänzungen und Konkretisierungen notwendig.  
22 Entscheidend ist auch, dass die Bundesregierung die angekündigten Entlastungen  
23 schnell auf den Weg bringt. Niemand soll im Winter aufgrund von steigenden  
24 Energiepreisen frieren müssen. Die aktuellen Entlastungsmaßnahmen müssen ständig  
25 beobachtet und ausgewertet und bei neuen Belastungen zügig angepasst werden. Hier  
26 nehmen wir vor allem die SPD als soziale Kraft in der Ampel-Koalition in die Pflicht.

### 27 **Krisengewinne besteuern, Gaspreise deckeln**

28 Die gestiegenen Energiepreise bereiten vielen Menschen im Land große Sorgen. Die  
29 Gasumlage, welche ab der ersten verbrauchten Kilowattstunde Gas aufgeschlagen wird  
30 und somit nochmals eine weitere Preiserhöhung darstellt, verschärft die Angst vor der  
31 kommenden Gasabrechnung nochmals deutlich. Wir lehnen das Instrument der Gasumlage,  
32 wie es von der Bundesregierung ursprünglich vorgeschlagen, ab. Wir befürworten eine

33 Abkehr von der Gasumlage, wie von der Bundesregierung angekündigt. Es ist gut, wenn  
34 die Regierung in einer Krisensituation die Kraft hat, begangene Fehler zu  
35 korrigieren.

36 Die Energieversorgung muss unter allen Umständen im Winter sichergestellt bleiben.  
37 Deshalb befürworten wir Staatsbeteiligungen an Energieversorgungsunternehmen wie  
38 beispielsweise Uniper. Die Sicherung der Energieversorgung wird mit hohen Kosten  
39 verbunden sein, für die der Staat auch bereit sein muss, kurzfristig Schulden  
40 aufzunehmen. Denn die Kosten können nicht nur auf die:den Einzelne:n abgewälzt  
41 werden, vor allem wenn in Zeiten der Krise einige Energiekonzerne Rekordgewinne  
42 einfahren.

43 Es ist daher eine Frage der Gerechtigkeit, ob sich Profiteur:innen der aktuellen Lage  
44 an den Kosten für die Sicherung der Energieversorgung beteiligen oder die Gewinne für  
45 sich einstreichen dürfen. Deshalb fordern wir eine Übergewinnsteuer, die Gewinne von  
46 Unternehmen, die allein aus der Krise resultieren, besteuert. Diese soll nicht nur,  
47 wie von der Bundesregierung bereits angekündigt, Übergewinne von Energieunternehmen,  
48 sondern auch von Ölkonzernen abschöpfen.

49 Europäische Nachbarstaaten haben gezeigt, dass Übergewinnsteuern funktionieren können  
50 und nicht zu Abwanderung betroffener Firmen führen. Die Übergewinnsteuer muss eine  
51 rechtssichere Definition von „Übergewinn“ beinhalten und gleichzeitig Mehreinnahmen  
52 generieren, die der Staat in der aktuellen Situation zur Entlastung der Bürger:innen  
53 weiterreichen kann.. Sie ist für uns ein zentrales Instrument, um diese Krise  
54 solidarisch zu meistern.

55 Die Ankündigung der Bundesregierung einer Strompreisbremse begrüßen wir. Diese muss  
56 zügig auf den Weg gebracht werden und einen großzügig bemessenen Basisverbrauch  
57 beinhalten.

58 Ein Deckel allein für Strompreise greift allerdings zu kurz: Um Privathaushalte in  
59 Anbetracht der gestiegenen Gaspreise zu entlasten, fordern wir einen Gaspreisdeckel,  
60 welcher teilweise durch eine Übergewinnsteuer finanziert werden soll. Bis zu einem  
61 Verbrauch von 12.800 KWh (entspricht 80 Prozent des durchschnittlichen Verbrauchs  
62 eines Haushalts mit 100 qm Wohnfläche) soll der Gaspreis bei 7,5 Cent pro KWh  
63 gedeckelt werden. Damit wird garantiert, dass eine Grundversorgung an Gas auch für  
64 Haushalte mit niedrigem Einkommen bezahlbar bleibt. Für den Verbrauch, der die vom  
65 Gaspreisdeckel betroffene Gasmenge übersteigt, wird der reguläre Preis fällig. Somit  
66 bleibt auch weiterhin ein Anreiz zum Energiesparen erhalten. Die Gasversorger:innen  
67 erhalten für die Verluste, die ihnen aus dem Gaspreisdeckel entstehen, einen  
68 finanziellen Ausgleich.

#### 69 **Reform des Strommarktes**

70 Die steigenden Gaspreise stellen eine enorme Belastung für die Menschen dar. Der  
71 Preisanstieg lässt nicht nur unmittelbar die Heizkosten in die Höhe schnellen. Der  
72 Gaspreis beeinflusst mittelbar auch die Preise für elektrischen Strom und belastet  
73 dadurch alle Haushalte. Auch solche ohne Gasheizung. Dies liegt vor allem am Design  
74 und der Funktionsweise des Strommarktes.



75 Der deutsche Strommarkt wurde 1998 liberalisiert. Da Strom als wirtschaftliches Gut  
76 nicht bevorratet werden kann, sondern unmittelbar und nur in der Menge in das  
77 Stromnetz eingespeist wird, die aktuell auch verbraucht wird, richtet sich der  
78 Marktpreis nicht nach dem Durchschnitt aller Angebotspreise, sondern bildet sich durch  
79 das sogenannte Merit-Order-Verfahren.

80 Am Strommarkt kommen zuerst die Stromproduzent:innen zum Zuge, die zu den niedrigsten  
81 Kosten produzieren und damit zu günstigen Preisen einspeisen können. Dies betrifft  
82 vor allem Strom aus erneuerbaren Energien, da Wind und Sonne – anders als Kohle und  
83 Gas – nicht erst eingekauft werden müssen. Es folgen der Reihe nach die teureren  
84 Produzent:innen, bis die Nachfrage gedeckt ist. Da stets die gesamte Nachfrage  
85 gedeckt sein muss, damit nirgendwo das Licht ausgeht, richtet sich der Marktpreis  
86 immer nach dem teuersten Kraftwerk, das gerade noch benötigt wird, um den Strombedarf  
87 zu bedienen. Da die günstigen erneuerbaren Energien noch nicht ausreichen, um den  
88 Bedarf stabil zu decken, bestimmt sich der Preis aktuell durch den Strom, der durch  
89 Gaskraftwerke produziert wird. Die Kosten dafür sind in den letzten Monaten durch die  
90 Gaspreise exorbitant gestiegen.

91 Dieses Marktdesign führt dazu, dass die große Menge Strom aus erneuerbaren Energien,  
92 für deren Ausbau die Bürger:innen lange die EEG-Umlage bezahlt haben, nicht den  
93 Menschen zugutekommt, sondern hohe Preise für eigentlich günstig produzierten Strom  
94 bezahlt werden müssen.

95 Dieser Markt bildete sich nicht durch Naturgesetze, sondern durch politische  
96 Entscheidungen, deren negative Folgen immer häufiger zum Vorschein treten. Wir wollen  
97 deshalb den Strommarkt reformieren und der Bevölkerung den Strom zu Preisen zukommen  
98 lassen, die sich an den tatsächlichen Produktionskosten orientieren. Strompreise  
99 dürfen nicht durch ein Marktkonstrukt entstehen, das dazu führt, dass der Preis, den  
100 Verbraucher:innen bezahlen müssen, teilweise 80 bis 90 Prozent Gewinnmargen für die  
101 jeweiligen Unternehmen beinhaltet.

102 Wir fordern deshalb, dass der Strommarkt zu einem Kapazitätsmarkt umgebaut wird: Eine  
103 staatliche Stelle, bspw. die Bundesnetzagentur, legt zentral den rechnerischen  
104 Gesamtbedarf an Kapazität fest. Diese Kapazität wird in Auktionen ausgeschrieben. Die  
105 Betreiber:innen von Erzeugungsanlagen bieten Erzeugungsleistung auf diesem  
106 Kapazitätsmarkt an. Bei einem Zuschlag erhalten sie eine Vergütung für die angebotene  
107 Leistung in Form einer einheitlichen Leistungszahlung. Zugleich können  
108 Betreiber:innen von Erzeugungsanlagen ihren erzeugten Strom am Strommarkt an andere  
109 Marktteilnehmer:innen verkaufen, wodurch auf dem Markt selbst stets der günstigste  
110 Strom gehandelt und dieser letztlich eingespeist wird. Diese Marktstätigkeit schlägt  
111 jedoch nicht auf den Preis durch, da dieser bereits zuvor durch die  
112 Leistungszahlungen fixiert ist. Die Leistungszahlung verpflichtet die  
113 Kraftwerksbetreiber:innen, ihre Erzeugungskapazität grundsätzlich technisch verfügbar  
114 zu halten. Steigt der Börsenpreis über einen zuvor definierten Auslösepreis, zahlen  
115 die Kraftwerksbetreiber:innen die Differenz aus aktuellem Börsenpreis und  
116 Auslösepreis an die staatliche Stelle. In der Verantwortung der Regulierungsbehörde  
117 liegt es, die Einhaltung der Marktregeln sicherzustellen und die  
118 Kapazitätsentwicklung durch ein kontinuierliches Monitoring zu begleiten.

119 Der Kapazitätsmarkt kann nach Produktionsart selektiert werden. Langfristig sollte  
120 der Markt dahingehend aufgespalten werden, dass auf dem Hauptmarkt hauptsächlich die  
121 erneuerbaren Energien gehandelt werden und dabei ein entsprechend günstigerer Preises  
122 zustande kommt. Da dabei die Gefahr besteht, dass die Produktion durch die  
123 natürlichen Verhältnisse (kein Wind bei Nacht etc.) schwankt und der Bedarf zeitweise  
124 nicht gedeckt werden kann, bedarf es eines Reservemarktes, auf dem das Bereithalten  
125 von Kapazitäten durch kurzfristig einsetzbare Kraftwerke vergütet wird. Diese sollten  
126 nicht die Regelkapazitäten abdecken, da dies den Ausbau der erneuerbaren Energien  
127 hemmt. Bestenfalls sind Reservekraftwerke langfristig ebenso klimafreundlich, indem  
128 die Reservekapazität bspw. durch Pumpspeicherkraftwerke abgedeckt wird.

129 **Inflationsausgleich für geringe und mittlere Einkommen – keine Steuervorteile für**  
130 **Gutverdienende**

131 Die Pläne von Bundesfinanzminister Christian Lindner zur sogenannten  
132 Inflationsanpassung bei der Einkommenssteuer lehnen wir – in der vorgeschlagenen Form  
133 – ab.

134 Die Erhöhung der Grenzbeträge, ab denen der jeweils höhere Steuersatz fällig wird,  
135 befürworten wir im niedrigen und mittleren Einkommensbereich bis zu einem zu  
136 versteuernden Einkommen von 58.596 Euro (entspricht der aktuellen Obergrenze der  
137 dritten Steuersatzstufe). Lohnsteigerungen für Menschen mit kleineren und mittleren  
138 Einkommen, müssen gänzlich bei den Menschen ankommen und dürfen nicht vom Fiskus  
139 durch höhere Steuersätze abgegriffen werden. Würden die Grenzbeträge nicht angehoben,  
140 träte für Millionen Steuerzahler:innen die Situation ein, dass sie zwar eine Brutto-  
141 Gehaltserhöhung erhielten, jedoch weniger Netto-Einkommen bei ihnen ankäme, wenn sie  
142 durch die Gehaltserhöhung in die nächste Steuersatzstufe gelangen und ihnen dadurch  
143 eine erheblich höhere Einkommenssteuerschuld entsteht. Deshalb halten wir die  
144 Anpassungen in diesem unteren und mittleren Einkommensbereich für geeignet und  
145 erforderlich, um die breite Masse der Bevölkerung nicht zusätzlich zu belasten und  
146 fordern die rasche Umsetzung; soweit möglich auch rückwirkend für das gesamte Jahr  
147 2022.

148 Zusätzlich muss insbesondere der Grundfreibetrag erhöht werden, da Menschen mit einem  
149 Einkommen knapp über 10.000 Euro, ab dem grundsätzlich Steuern zu entrichten sind,  
150 bei den aktuellen Preisentwicklungen nicht auch noch Abgaben an den Fiskus zahlen  
151 können, ohne dass dies ihre Lebensführung beeinträchtigt. Die Einkommen steigen  
152 infolge der Inflation erst mit Zeitverzug. Preise und damit auch die Höhe der  
153 Werbungskosten steigen unmittelbar. Der Werbungskostenpauschbetrag, der aktuell bei  
154 1.200 Euro liegt, muss spürbar erhöht werden. Zwar können Werbungskosten, die über  
155 diesem Betrag liegen, abgesetzt werden. Dies begünstigt in der Regel jedoch hohe  
156 Einkommen, da mit diesen auch entsprechend hohe Anschaffungen und sonstige absetzbare  
157 Ausgaben getätigt werden können. Die Erhöhung des Pauschbetrags entlastet deshalb  
158 geringe Einkommen proportional stärker und kommt damit den Menschen zugute, die  
159 Entlastungen brauchen.

160 Die Entlastung für hohe und Spitzeneinkommen, wie sie im Vorschlag des  
161 Finanzministers geplant sind, halten wir nicht für erforderlich. Die Ausgaben des

162 Staates werden in den nächsten Monaten und Jahren steigen. Diese Lasten müssen  
163 solidarisch und damit entsprechend von breiteren und leistungsfähigen Schultern  
164 verstärkt getragen werden.

165 Steuerbegünstigung von zusätzlichen Zahlungen durch Arbeitgeber:innen Wir begrüßen  
166 die Ankündigung, dass zusätzliche Zahlungen dort, wo sie durch Gewerkschaften und  
167 Arbeitgeber:innen vereinbart werden, steuer- und abgabenfrei gestellt werden.  
168 Einmalzahlungen durch Arbeitgeber:innen können in der aktuellen Zeit ein gutes Mittel  
169 sein, ergänzend zu Lohnerhöhungen Arbeitnehmer:innen kurzfristig Liquidität zukommen  
170 zu lassen. Trotzdem brauchen nachhaltige Preissteigerungen auch nachhaltige  
171 Lohnerhöhungen. Deshalb fordern wir, dass die Steuer- und Abgabefreiheit auch für  
172 reguläre, dauerhafte Lohnerhöhungen bis zu einer Höhe von 3000€ greift.

173 Eine Mehrwertsteuer-Entlastung für Lebensmittel kann eine gezielte Maßnahme sein, die  
174 insbesondere Menschen mit geringem Einkommen unterstützt. Eine Absenkung der  
175 Mehrwertsteuer von 19% auf 7% auf Fleisch- und Milchersatzprodukte halten wir für  
176 eine Maßnahme, die schnell wirkt und eine echte Auswahl zwischen Fleisch- und  
177 Fleischersatzprodukten ermöglicht.

#### 178 **Nachfolge für das 9€-Ticket**

179 Auch in Krisenzeiten müssen Menschen vom Wohnort zum Arbeitsplatz und zum Supermarkt  
180 kommen. Der öffentliche Personennahverkehr ist nicht nur klimafreundlich, er  
181 ermöglicht auch Menschen mit wenig Geld Zugang zu Mobilität und damit sozialer  
182 Teilhabe. Zudem wird er besonders stark von jungen Menschen und Rentner:innen  
183 genutzt.

184 Das 9€-Ticket war ein erfolgreicher Weg, bestehende Nutzer:innen zu entlasten. Für  
185 einige Menschen war es auch eine kostengünstige Möglichkeit, den Umstieg vom Auto auf  
186 den öffentlichen Personennahverkehr auszutesten. Hinderlich war hierbei allerdings  
187 die zeitliche Befristung des 9€-Tickets. Nichtsdestotrotz spricht die beeindruckende  
188 Zahl an verkauften Tickets für dessen Erfolg.

189 Daher fordern wir die zeitnahe Einführung einer 9€-Ticket Nachfolge. Das angekündigte  
190 49€ Monatsticket stellt für uns dabei die absolute preisliche Obergrenze dar. Für  
191 Pendler:innen und Menschen, die den ÖPNV längerfristig nutzen wollen, fordern wir  
192 zudem ein bundesweit gültiges 365€-Jahresticket. Die Landesregierung muss sich, damit  
193 die Einführung gelingen kann, an den Kosten des Nachfolgetickets beteiligen. Unser  
194 Ziel bleibt perspektivisch nichtsdestotrotz der kostenfreie öffentliche  
195 Personennahverkehr.

#### 196 **Ersetzen der Pendler:innenpauschale durch ein Mobilitätsgeld**

197 Pendelverkehr macht etwa 40 % des Verkehrsaufkommens aus. Durch das bisherige Modell  
198 der Pendler:innenpauschale werden besserverdienende Menschen in der Nutzung von  
199 Autos, auch wenn Alternativen bestehen, bestärkt. Aus unserer Sicht muss die  
200 finanzielle Unterstützung beim Pendelverkehr einkommensunabhängig sein und womöglich  
201 einen Anreiz schaffen, das Auto stehenzulassen.

202 Wir fordern daher den Ersatz der Pendler:innenpauschale durch ein Mobilitätsgeld, das  
203 unabhängig vom individuellen Steuersatz auf die zu zahlende Einkommensteuer

204 angerechnet wird. Derzeit wäre laut Umweltbundesamt ein Mobilitätsgeld von 10 Cent  
205 pro Kilometer Arbeitsweg aufkommensneutral im Vergleich zur aktuellen Regelung.

206 **Inflationsausgleich und Nachbesserungen beim Bürger:innengeld, BAFöG und**  
207 **Grundsicherung**

208 In der aktuellen Krise müssen viele auf ihre Vermögen zurückgreifen, um über die  
209 Runden zu kommen. Menschen, die ihren Lebensunterhalt zu einem Großteil aus  
210 Sozialleistungen beziehen, geben ihr gesamtes Einkommen für den Lebensunterhalt aus  
211 und besitzen kein oder wenig Vermögen, welches sie in der aktuellen Krise anzapfen  
212 könnten und sind dadurch von der Inflation besonders bedroht. Der Staat besitzt eine  
213 besondere Verantwortung gegenüber all diesen Menschen. Bei den ohnehin zu niedrig  
214 angesetzten Regelsätzen bleibt kein Raum für Preissprünge. Die einzige Option ist der  
215 Verzicht auf essentielle Ausgaben. Das ist inakzeptabel.

216 Die Regelsätze beim Bürger:innengeld, BAFöG und der Grundsicherung dürfen der  
217 Inflation nicht hinterherhinken. Die politischen Entscheidungsträger:innen sind  
218 gefragt Verantwortung zu übernehmen, denn die Höhe der Regelsätze hängt allein von  
219 ihnen ab. Die Inflation muss präventiv bei den Anpassungen der Regelsätze einbezogen  
220 werden. Bei unerwartet hoher Inflation muss auch kurzfristig die Regelsätze  
221 korrigiert werden. Nur so kann eine Verschlechterung der Situation von  
222 Sozialleistungsbezieher:innen vermieden werden.

223 Wir begrüßen den Vorstoß von Hubertus Heil zur Einführung des Bürger:innengelds zum  
224 01. Januar 2023. Eine deutliche Erhöhung der Regelsätze für Erwerbslose ist  
225 notwendig, denn das Bürger:innengeld, BAFöG und der Grundsicherung muss nicht nur zum  
226 Überleben, sondern für ein würdevolles Leben mit Teilhabe an der Gesellschaft  
227 ausreichen. Hierzu ist eine deutliche Erhöhung notwendig.

228 Wir begrüßen zudem die kürzlich durch den Deutschen Bundestag beschlossene Einführung  
229 des Notfallmechanismus beim BAFöG, allerdings darf dieser nicht auf Notlagen auf dem  
230 Arbeitsmarkt für ausbildungsbegleitende Nebentätigkeiten begrenzt bleiben, sondern  
231 muss allgemein auf Situationen ausgeweitet werden bei denen Studierende und  
232 Auszubildende in der Breite Unterstützung benötigen.

233 **Unterstützung für Studierende und Auszubildende**

234 Die im dritten Entlastungspaket beschlossene Energiepauschale für Studierende in Höhe  
235 von 200 € begrüßen wir sehr. Abgesehen davon, dass es unverständlich ist, wieso  
236 Rentner:innen 300 € erhalten und Studierende 200 €, muss die Auszahlung dringend  
237 passieren. Studierende benötigen das Geld jetzt und nicht nächstes Jahr. Eine  
238 Auszahlung über die Hochschulen ist schneller umsetzbar. Auch Auszubildende müssen  
239 die Energiepauschale erhalten. Universitäten und (Berufs-) Schulen sind zentrale Orte  
240 des sozialen Zusammenhalts, besonders in Krisenzeiten. Eine potentielle Schließung  
241 von Bildungseinrichtungen im Winter auf Grund der unzureichenden Finanzplanung der  
242 Landesregierung ist inakzeptabel.

243 Ergänzend dazu zeigt sich in der aktuellen Krise mal wieder die unzureichende  
244 finanzielle Unterstützung der Studierendenwerke in Baden-Württemberg. Sowohl die  
245 allgemeinen Zuschüsse als auch die sachbezogenen Zuschüsse für den Bau von

246 Wohnheimspätzen sind viel zu niedrig. Sie führen dazu, dass Studierendenwerke ihrem  
247 Auftrag nur gerecht werden können, wenn sie immer weiter steigende Beiträge von den  
248 Studierenden erheben und die Preise ihrer Unterstützungsleistungen anheben. Wir  
249 sprechen hier teilweise um Erhöhungen des Beitrags um 40 %. An vielen  
250 Hochschulstandorten werden die Miet- und Mensapreise in den Wohnheimen und Mensen  
der  
251 Studierendenwerke erhöht. Das ist absolut intolerabel. Das Land ist in der Pflicht,  
252 endlich seiner Verantwortung gerecht zu werden und für eine ausreichende Finanzierung  
253 zu sorgen. Miet- und Mensapreise dürfen nicht erhöht werden, denn viele Studierende  
254 sind auf die günstigen Unterstützungsleistungen angewiesen. Bereits jetzt leben fast  
255 ein Drittel aller Studierenden in Armut.

## **Begründung**

(erfolgt mündlich)

## Antrag AS 03: Sozialer Aufbruch – jetzt erst recht! Die Zeit ist reif!

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch Annahme von AS 01 in der Fassung der Antragskommission und durch Beschlusslage
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### 1 Sozialer Aufbruch – jetzt erst recht! Die Zeit ist reif!

2 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

3 Bereits in der Corona-Pandemie waren wir alle von einer wirtschaftlichen Unsicherheit  
4 geprägt. Lockdowns führten dazu, dass Einrichtungen, wie der Einzelhandel geschlossen  
5 blieb. Aber auch durch Lockdowns in China waren wir von einer Unsicherheit betroffen.

6 Und zwar auf gesundheitlicher und wirtschaftlicher Ebene. Bestimmte Produktgruppen  
7 waren nicht mehr auf Lager aufgrund der eingebrochenen Lieferketten. Aber auch  
8 Autohersteller litten ebenso von den zusammen gebrochenen Lieferketten. So mussten  
9 Autohersteller ihre Mitarbeiter\*innen immer wieder in Kurzarbeit schicken. Die Krise  
10 hat für eine große Verunsicherung in der Bevölkerung gesorgt.

11 Und in dem Moment, wo wir beinahe Corona hinter uns lassen, folgt die nächste Krise.  
12 Einen Angriffskrieg Putins auf ein friedliches Land mitten in Europa, die Ukraine.  
13 Nach 70 Euro der europäischen Gemeinschaft haben wir wieder Krieg mitten in Europa.  
14 Putin hat somit nicht nur Leid über die Ukraine gebracht, sondern in der ganzen Welt  
15 für Verunsicherung gesorgt. Verunsicherung, ob wir jemals wieder Frieden haben können  
16 und ob der Krieg weiter geht und wie es sich entwickelt.

17 Wir verurteilen den Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine aufs Schärfste und  
18 solidarisieren uns mit den Menschen in der Ukraine.

19 Mittlerweile gibt es auch Aufstände in Russland selbst, nach dem Putin die sofortige  
20 „Teilmobilisierung“ ordnet. Die russischen Menschen fliehen, um nicht Teil der  
21 Teilmobilisierung zu sein, ist nachvollziehbar.

22 Dieser Angriffskrieg hat unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand in Frage gestellt.  
23 Die Inflation ist aktuell bei 10 %, die Gas-, Öl- und Strompreise explodieren.  
24 Mittlerweile zahlt man für Wärme das Fünffache, der Preis war schon beim siebenfachen  
25 geklettert. Das alles beruht nicht nur auf Spekulation, sondern auch darauf, dass  
26 jedes Produkt in seiner Wertschöpfungskette Energie benötigt.

27 Aber auch die Krise rund um die Getreideexporte treiben die Preise nach oben. Grund  
28 hierfür ist, dass die Ukraine der größte Getreideexporteur der Welt ist. Eine weitere  
29 Blockade der Getreideexporte führt zu noch höheren Preisen hier und zu noch mehr  
30 Hungersnöten in Afrika. Wenn hier politisch nicht klug agieren, wird die Solidarität  
31 mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk in unserer Bevölkerung in Frage gestellt.

32 Die Bundesregierung hat daraufhin mit drei Entlastungspaketen in Höhe von insgesamt  
33 125 Mrd. Euro beschlossen, wovon das dritte Entlastungspaket größer war als die  
34 ersten beiden zusammen. Insgesamt beläuft sich das dritte Entlastungspaket bei 65  
35 Mrd. Euro. Das begrüßen wir sehr.

36 Wir begrüßen die Einmalzuschüsse im zweiten und dritten Entlastungspaket. Dass die  
37 Energiepreispauschale von 300,00 Euro steuerpflichtig ist, halten wir für wichtig.

38 Dass an Familien mit Kindern mit einem Kinderbonus von 200 Euro und einem Kinder-  
39 Sofortzuschlag von 20 Euro, an Menschen in Arbeitslosigkeit (100 Euro bzw. 200 Euro  
40 für Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld II) und später im dritten Entlastungspaket an  
41 Rentner\*innen (300 Euro) und Studierenden (200 Euro) gedacht wurde, finden wir für  
42 wichtig.

43 Dass diese Energiepreispauschale steuerpflichtig ist, halten wir für wichtig. Das 9-  
44 Euro-Ticket aber auch den Tankrabatt halten wir für eine gute Sache. Das nun noch  
45 mehr Wohngeldempfänger\*innen Heizkostenzuschüsse erhalten und Menschen in Bezug von  
46 Grundleistungen ein höheres Bürgergeld bekommen halten wir für angebracht und  
47 sinnvoll. Das Familien mit Kindern unterstützt werden, halten wir für wichtig. Das  
48 mehr Menschen in die Lage kommen Wohngeld zu beziehen, halten für überfällig.

49 Die Diskussion der Abschöpfung der Übergewinnsteuer ist ein wichtiges Signal in die  
50 Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass Gewinne privatisiert und Verluste solidarisiert  
51 werden.

52 Wichtig ist jedoch darauf zu achten, dass Unternehmen ihre Bilanzen diesbezüglich  
53 durch längst überfällige Investitionen "gestalten", ihr Anlagevermögen erhöhen und  
54 ihre Gewinne künstlich schmälern können.

55 Dies kann durch eine festgelegte Formel ermittelt werden. z.B.: Einnahmen im  
56 Vergleich zu den letzten 5 Jahren, Durchschnitt- Kosten der Produktion x 2% Rest  
57 abschöpfen.

58 Wir begrüßen sehr die Entscheidung der EU-Energieminister zu den beschlossenen  
59 Notfallmaßnahmen und zur Entlastung der Verbraucher\*innen. Hervorheben wollen wir  
60 hier den Beschluss Krisengewinne mit einer Übergewinnsteuer abzuschöpfen.

61 Was wir hierzu allerdings hart kritisieren, ist, dass die Abschöpfung der Übergewinne  
62 nicht rückwirkend erfolgt. Hier fordern wir, dass Deutschland auf nationaler Ebene  
63 diese Regelungen nachschärft. Die Übergewinnsteuer muss sich auch auf die  
64 rückwirkenden Gewinne beziehen, die von den hohen Gas- und Strompreisen  
65 profitieren. Wir fordern zudem eine Übergewinnsteuer nicht für Stromproduzenten,  
66 sondern auch für Gasunternehmen.

67 Wir fordern ebenso, dass Profite mit fossilen Brennstoffen in Zukunft allgemein  
68 abgeschöpft werden sollen.

69 Es darf nicht lukrativ sein mit der Klimakrise Gewinne zu erzielen. Klima- und  
70 umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden.

71 Die stetig steigenden Energiekosten verunsichert die Bevölkerung. Unternehmen droht  
72 durch die rasanten Preisentwicklungen das aus.

73 Nicht bezifferbare Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Die Verstaatlichung von UniPer  
74 war ein erster großer und richtiger Schritt der Bundesregierung.

75 Versorgungsengpässen wird mit großer Kraftanstrengung versucht entgegenzuwirken. Die  
76 Bevölkerung wird zum Energiesparen aufgerufen und beraten.

77 Ein Kampf an vielen Fronten um die Grundbedürfnisse / das Allgemeinwohl zu decken.  
78 Fördermittel u.a. Energiepauschale werden ausgeweitet.

79 Eine dauerhafte Lösung der Energiekrise kann unseres Erachtens nur mit einer  
80 Energiepreisbremse ggf. mit verbauchsabhängiger Preisstaffelung erwirkt werden.

81 Wir unterstützen die Forderung von Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestages,  
82 die Versorgung mit Wasser und Energie in staatlicher Hand zu legen.

83 Wasser und Energie gehören zur Daseinsvorsorge und müssen dem Markt entrissen werden.

84 Wir begrüßen den Beschluss der Bundesregierung, die Gasumlage entfallen zu lassen und  
85 eine Gaspreisbremse einzuführen. Diese muss solidarisch gestaltet werden.

86 Die konzertierte Aktion zwischen dem Bundeskanzler Olaf Scholz, dem DGB und den  
87 Arbeitgebervertreter\*innen halten wir für sehr sinnvoll. Wir unterstützen hierbei die  
88 Forderungen des DGB. Die im dritten Entlastungspaket vorgeschlagene Inflationsprämie  
89 in Höhe von bis zu 3.000 Euro, die steuer- und abgabenfrei

90 ausgezahlt werden kann haben viele Arbeitnehmer\*innen positiv aufgenommen und  
91 erwarten nun, dass dies auch umgesetzt wird. Hier werden wir laufenden  
92 Tarifverhandlungen aktiv befolgen und unterstützen. Wir appellieren an die DGB-  
93 Gewerkschaften, als Tarifforderung neben den starken Gehaltszuwächse auch diese  
94 Inflationsprämie zu einzufordern. Eine Inflationsprämie ist zweifelsfrei nicht  
95 nachhaltig. Einzig nachhaltig sind höhere Löhne. Daher dürften und sollten die  
96 Gewerkschaften mit einem starken Selbstbewusstsein auf die kommenden  
97 Tarifverhandlungen zugehen, vor allem unter der aktuellen Situation bezüglich der  
98 rasant steigenden Preisen. Diese selbstbewussten Forderungen den DGB begrüßen und  
99 unterstützen wir.

100 Wir unterstützen die Forderung unserer Vorsitzenden Saskia Esken, über höhere  
101 Tariflöhne. Hierzu sind allerdings starke Gewerkschaften unabdingbar. Wir fordern  
102 daher eine bessere Tarifbindung. Hier appellieren wir an unseren  
103 Bundesarbeitsminister die Mitgliedschaft ohne Tarifbindung (OT-Mitgliedschaft)  
104 abzuschaffen. Arbeitgeberverbände sind Tarifpartner und sollen sich dieser  
105 Verantwortung gerecht werden. Es kann nicht sein, dass wenn wir einen Mindestlohn  
106 fordern, diese behaupten, es sei deren Job die Löhne festzusetzen, aber dann im  
107 Umkehrschluss viele Arbeitgeber gar nicht in die Tarifbindung gehen.

108 Wir fordern zudem endlich ein Bundestariftreuegesetz. Eine Vergabe eines Auftrages  
109 seitens des Bundes ist nur tarifgebundene Unternehmen möglich. Öffentliche Gelder  
110 sollen somit nur an Unternehmen fließen, die einen Tariflohn bezahlen.

111 Wir fordern, dass unser Bundesarbeitsminister diese Themen jetzt auf seine Agenda  
112 nimmt.

113 Die Idee, den Gewerkschaftsbeitrag nicht nur als Werbungskosten steuerlich



114 anzusetzen, sondern als Sonderausgabe finden wir sehr hilfreich. Das sollte nicht in  
115 Vergessenheit geraten.

116 Somit können Kolleg\*innen ihren Gewerkschaftsbeitrag steuerlich geltend machen, auch  
117 wenn der Werbungskostenpauschbetrag nicht überschritten ist.

118 Hier müssen wir am Beispiel der Mobilitätsprämie den Gewerkschaftsbeitrag auch  
119 ansetzen können bei Kolleg\*innen, die kein Lohnsteuerabzug haben. Denn vor allem bei  
120 Menschen mit niedrigen Einkommen lässt die Tarifbindung zu wünschen.

121 Somit ist eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft steuerlich vorteilhaft auch bei  
122 geringen Einkommen. Gerade diese Einkommensgruppen sind von prekärer Arbeit und  
123 schlechter Tarifbindung betroffen.

124 Wir fordern die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen endlich zu verbessern,  
125 indem wir die Mehrheiten für die Allgemeinverbindlichkeit vereinfachen.

126 Uns ist aber auch klar, dass aufgrund der aktuellen Inflation wir ggf. die Debatte  
127 über ein weiteres viertes Entlastungspaket aufnehmen müssen.

128 Denn laut dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) unterschätzen  
129 die Menschen die Entlastungen aus dem zweiten Entlastungspaket. Die Entlastungen  
130 werden um zwei Drittel niedriger als tatsächlich eingeschätzt.

131 Daher unterstützen wir die Forderung des DGB nach einer weiteren  
132 Energiepreispauschale als Sofortzuschlag an alle Beschäftigten, Empfänger\*innen von  
133 Sozialleistungen, Rentner\*innen, Versorgungsempfänger\*innen, Studierende und  
134 Auszubildende sowie weitere 100 Euro für jedes Kind.

135 Laut einer Studie des Deutschen Institut für Wirtschaft hat das 9-Euro-Ticket die  
136 Inflation deutlich gebremst. Das verdeutlicht, dass staatliche Unterstützung  
137 volkswirtschaftlich sinnvoll und gesamtwirtschaftlich unterstützenswert sind.

138 Wir begrüßen den Vorschlag der Ampelkoalition zum Bürgergeld innerhalb der  
139 Verhandlungen zum dritten Entlastungspaket.

140 Vor allem finden wir es positiv, dass der Anpassungszeitraum der jährlichen Erhöhung  
141 beim Bürgergeld dabei so geändert wurde, dass jeweils die zu erwartende regel-  
142 bedarfsrelevante Inflation im Jahr der Anpassung miteinbezogen wird. So wird die  
143 Inflation künftig besser und schneller berücksichtigt. Menschen, die nächstes Jahr  
144 das Bürgergeld beziehen, brauchen finanzielle Entlastungen. Sie brauchen schon jetzt  
145 finanzielle Entlastungen und nicht erst nächstes Jahr. Auch kritisieren wir die  
146 Erhöhung um nur 50 Euro. Weder gleicht dieser Regelsatz die Inflation der letzten  
147 Jahre aus, noch ist dieser Betrag armutsfest.

148 Vor allem aber fordern eine sanktionsfreie Grundsicherung. Im Hinblick auf das neue  
149 Bürgergeld wurden manche Sanktionen abgeschafft, jedoch nicht alle. Wir fordern hier  
150 dies nachzubessern. Beim Bürgergeld muss es um oft zitierte Augenhöhe gehen, um eine  
151 bessere individuelle Beratung und Betreuung der Menschen in Grundsicherung und es  
152 geht nicht darum mit Sanktionen die Menschen in schlechte Jobs zu führen. Wenn wir  
153 den viel zitierten Respekt nenne, müssen die Sanktionen wegfallen und die Regelsätze  
154 höher gesetzt werden.

155 Auch begrüßen wir die Erhöhung der Zuverdienstgrenzen beim Bezug von Arbeitslosengeld  
156 II.

157 Jedoch werden hier die Erwerbsminderungsrentner\*innen vergessen. Eine  
158 Zuverdienstgrenze bringt Erwerbsminderungsrentner\*innen, die ihre kleine Rente mit  
159 der Grundsicherung aufstocken müssen nichts, da diese ja bekannterweise nichts  
160 hinzuverdienen können.

161 Hier müssen wir mehr tun, damit Menschen, die nicht mehr arbeiten können, nicht in  
162 die Armutsfalle geraten.

163 Dabei war der Regelbeitrag bereits bei Einführung des Arbeitslosengeld II künstlich  
164 klein gerechnet worden. Wir brauchen hier um echte Entlastung und wirkliche Teilhabe  
165 zur gewährleisten höhere Regelsätze von 678,00 Euro und unterstützen damit die  
166 Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverband.

167 Ohne höhere Regelsätze haben wir es leider nicht geschafft „Hartz IV hinter uns zu  
168 lassen“, wie oft propagiert wird.

169 Allerdings begrüßen wir die Gestaltung des Bürgergeld, dass dies ein auf Augenhöhe  
170 basierendes System wird. Wir begrüßen ebenso, dass die Eingliederungsvereinbarung mit  
171 einem Kooperationsplan ersetzt wird.

172 Das ist Bestandteil für einen respektvollen Umgang, mit dem wir in den Wahlkampf  
173 gegangen sind. Auch begrüßen, dass wir die Qualifikation im Vordergrund sehen, statt  
174 die Suche nach dem nächsten freien prekären Job.

175 Wir fordern darüber hinaus eine Überarbeitung der Richtwerte zur Bruttokaltmiete. Bei  
176 einer ortsüblichen Vergleichsmiete von 910,00 Euro bei einer maximalen Größe für vier  
177 Personen von 95 m<sup>2</sup> kann die Bruttokaltmiete laut Tabelle nicht 846,00 Euro sein. Hier  
178 fordern wir eine Anpassung an den aktuellen Mietpreisen.

179 International nimmt die Vermögensungleichheit seit Jahren weiter zu. Aber auch  
180 Deutschland liegt vorne, was Vermögenskonzentration angeht. Wir sehen diese  
181 Vermögenskonzentration als Gefahr für die Demokratie und das gesellschaftliche  
182 Zusammenleben. Ebenso können wir mit Beibehaltung dieser Vermögenskonzentration den  
183 Kampf gegen die Klimakatastrophe nicht gewinnen. Im neuesten Report des Club of Rome,  
184 dass im September 2022 erschienen ist heißt es "Wir wissen, dass die reichste  
185 Milliarde Menschen 72 Prozent der globalen Ressourcen verbrauchen, während es bei den  
186 ärmsten 1,2 Milliarden nur 1 Prozent sind"

187 "Die meisten natürlichen Ressourcen fließen also in den Konsum der reichsten  
188 Gesellschaften, die allerdings nur einen Bruchteil der Konsequenzen tragen – eine  
189 zutiefst ungerechte Situation."

190 Wenn wir also tatsächlich etwas gegen die Klimakatastrophe unternehmen wollen, müssen  
191 wir diese Vermögensungleichheit politisch bekämpfen.

192 In Deutschland besitzt das reichste Prozent 24 % des gesamten Vermögens. In keinem  
193 anderen Land ist es höher.

194 Doch Vermögenskonzentration ist auch eine Gefahr für die Demokratie. Mit Vermögen und  
195 Kapital wird Stimmung gemacht. Kapital hat Interessen und diese werden mit Lobbyismus

196 an den Entscheidungsträgern adressiert, durchgesetzt.

197 Deutschland ist ein reiches Land, es gibt jedes Jahr immer mehr Milliardäre, mit  
198 immer mehr Vermögen. Das Vermögen konzentriert sich in immer weniger Händen.

199 Auf der anderen Seite herrscht Armut. Auch in Baden-Württemberg herrscht vor allem  
200 auch Kinderarmut.

201 In Deutschland besitzen die zwei reichsten Familien mehr als 41 Millionen Menschen  
202 zusammen. Das kommt dadurch, dass die Lobby des großen Geldes bisher immer  
203 erfolgreich Politik beeinflussen konnte. Zuerst mit der Aussetzung der  
204 Vermögensteuer, die zusammen mit einer Erbschaftsteuer, die ausgestaltet ist, dass  
205 sie effektiv nicht bezahlt werden muss, wenn man reich ist. Wir fordern diese  
206 Ausnahme für Reiche abzuschaffen. Reiche müssen sich an dem Gemeinwohl beteiligen.

207 Allein für die Ausnahme für Überreiche fehlen 5,1 Mrd. Euro pro Jahr.

208 13,8 Mio. Menschen sind arm oder von Armut betroffen, Tendenz steigend. Nach der  
209 Coronapandemie ist die Zahl um 600.000 Menschen gestiegen (von zuvor 15,9 % auf jetzt  
210 16,6 %). Jede Krise - und wir kommen aus dem Krisenmodus gar nicht mehr raus - führt  
211 dazu, dass die Ungleichheit noch weiter verschärft wird. Bereits vor der  
212 Coronapandemie hatten wir eine starke Ungleichheit der Einkommen und Vermögen. Durch  
213 die Ukraine- und Energiekrise sind Vermögende reicher geworden und arme Menschen noch  
214 ärmer geworden. Die Pandemie war wie auch die jetzige Energiekrise Armutstreiber. Was  
215 dabei genau unter Armut zu verstehen ist, kann man im Netz unter dem hashtag  
216 #ichbinarmutsbetroffen nachlesen.

217 Bei Rentner\*innen liegt die Armutsquote bei 17,9 % und bei Kindern bei 20,8 %.

218 Im reichen Baden-Württemberg haben wir eine Armutsquote von 13,9 %.

219 Wenn Menschen nicht mehr an den sozialen Aufstieg glauben, und man gut leben kann,  
220 wenn man erbt, dann läuft was falsch in diesem Land.

221 Wir fordern daher endlich die Einführung der Vermögensteuer, die zur Zeit nur  
222 ausgesetzt ist. Eine Reichensteuer und eine Erbschaftsteuer, die keine Ausnahmen hat  
223 und so für Gerechtigkeit sorgt.

224 Hierbei handelt es sich um Menschen, die kaum oder geringe Einkommen haben und keine  
225 Ersparnisse haben. Diese Menschen werden in Bedrängnis kommen, wenn sie ihre Gas- und  
226 Stromrechnungen bezahlen müssen. Und sind schon in Bedrängnis beim täglichen Einkauf.

227 Wir begrüßen und unterstützen die Entscheidung über einen Abwehrschirm in Höhe von  
228 200 Mrd. Euro. Wir sind überzeugt, dass dieser die Gaspreise begrenzt. Dennoch  
229 erwarten wir keinen Rückgang der Inflation und fordern daher Unterstützung für diese  
230 Bevölkerungsgruppe.

231 Wir begrüßen den Schutz von Verbraucher\*innen im dritten Entlastungspaket. Diese  
232 werden wie folgt geschützt. Sollten diese Verbraucher\*innen ihre Kosten nicht  
233 begleichen können, so sollen Sperrungen von Strom und Gas verhindert werden. Dies  
234 halten wir für richtig. Konsequenterweise fordern wir, dass Mieter\*innen, die ihre  
235 Zahlungsaufforderungen aufgrund der gestiegenen Preise nicht mehr nachkommen können,  
236 dass diese nicht die Wohnung gekündigt werden kann. Wir fordern daher ein schnelles  
237 Kündigungsmoratorium.

238 Beginnend beim Sondierungspapier, über das 100 Mrd. Euro Sondervermögen bis hin zu  
239 den Entlastungspaketen und dem Abwehrschirm ordnet die FDP alles unter ihrer Doktrin  
240 der staatlichen Schuldenbremse.

241 Dabei sind wir überzeugt, dass die Schuldenbremse völlig aus der Zeit gefallen ist.  
242 Bereits in der Corona-Pandemie ist dieser über drei Jahre hinweg ausgesetzt worden.  
243 Die Bundesregierung konnte so wichtige Investitionen ausführen, um wirtschaftliche  
244 Stabilität zu garantieren und finanziellen Nöten abzumildern.

245 Die kommenden Herausforderungen, sei es die Abwendung der Klimakatastrophe bis hin  
246 zur sozial-ökologischen Transformation, die wir ja aktiv gestalten wollen, ist mit  
247 einer Schuldenbremse nicht vereinbar. Die Schuldenbremse würde wichtige  
248 Investitionen, die dringen notwendig sind, verhindern. Darunter würde unsere  
249 Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft leiden. Das ideologische Gütesiegel der FDP darf  
250 nicht den finanzpolitischen Krisenmodus weiter befeuern.

251 Wir müssen in unsere Zukunft investieren. In gute Arbeit, in einer Transformation im  
252 Sinne der Arbeitnehmer\*innen. Wir müssen und wollen in die Digitalisierung  
253 investieren. Investitionen, um soziale Ungerechtigkeiten abzubauen kommen nicht von  
254 selbst. Mit einer Schuldenbremse wird uns das alles nicht gelingen.

255 Daher fordern wir auf, die Schuldenbremse abzuschaffen. Nur so können wir den  
256 erforderlichen Investitionsstau auflösen und auch die Klimakatastrophe abwenden.

## Antrag AS 04: Gaspreis deckeln – Gasumlage stoppen – Gerechte Lastenverteilung!

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Empfehlung erfolgt mündlich
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### 1 Gaspreis deckeln – Gasumlage stoppen – Gerechte Lastenverteilung!

2 Die stark steigenden Gas-Preise trifft viele Menschen hart.

3 Privathaushalte, öffentliche und gemeinnützige, aber auch zahlreiche private  
4 Unternehmen stehen akut vor erheblichen Zahlungsschwierigkeiten. Daher braucht es  
5 jetzt, zeitlich befristet, eine Deckelung des Gaspreises!

6 Verschiedene Nachbarländer sind diesen Schritt bereits gegangen und konnten die  
7 Situation deutlich entspannen. Druck aus den Kostenkessel zu nehmen, verschafft uns  
8 Zeit, dauerhafte und zielgerichtet Entlastungsmaßnahmen wie das soziale Klimageld auf  
9 den Weg zu bringen. Daher braucht es jetzt einen staatlich festgesetzten Preisdeckel  
10 für ein bestimmtes auf die Haushaltsgröße angepasstes Gas-Grundkontingent, der  
11 schnell und in der Fläche wirksam zur Entlastung beiträgt. Wichtig ist, dass dieses  
12 Gas-Grundkontingent sowohl den Grundbedarf deckt als auch eine Lenkungswirkung  
13 entfaltet. Dabei muss gelten: Ein Haushalt, der mehr Gas im Vergleich zu den  
14 Vorjahresverbräuchen einspart, muss dabei stärker profitieren, als ein solcher, der  
15 weniger einspart.

16 Eine allgemeine Gasumlage ist dagegen in dieser Situation die falsche Antwort! Weder  
17 kann diese sozial gerecht erfolgen noch unterscheidet diese nach der Bedürftigkeit  
18 von Unternehmen. Zugleich werden einzelne Konzerne verstaatlicht. Hier zahlen wir als  
19 Gesellschaft doppelt! Statt die Kostenweitergabe der Energiekonzerne an die  
20 Privathaushalte durchzuwinken und damit die Situation weiter zu verschärfen, sollten  
21 wir konsequent sein und durch eine Verstaatlichung den effizienten Einsatz von  
22 Steuermitteln zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in das Zentrum des  
23 Handelns stellen. Darüber hinaus werden wir neue Lösungen zur Organisation der  
24 öffentlichen Daseinsvorsorge bei Energie, Gesundheit, Soziales und Bildung ohne  
25 Profitmaximierung erarbeiten.

26 Wir wollen, dass die Rechnungen für diese beispiellose Krise sozial gerecht gezahlt  
27 werden und dass wir in Deutschland in der Lage sind, nachhaltig den Umbau der  
28 öffentlichen Infrastruktur zu finanzieren. Dazu braucht es die Übergewinnsteuer, mit  
29 der krisenbedingte Sofortgewinne zugunsten des Allgemeinwohls abgeschöpft werden. Und  
30 wir müssen diejenigen mehr besteuern, die Mehrbelastungen tragen können. Vermögen-  
31 und Erbschaftsteuer sind gut geeignet, um stärkere Schultern stärker und schwache  
32 Schultern weniger zu belasten.



## Antrag AS 05: Schwerbehindertenausweis umbenennen

Antragsteller*in:	KV Ulm
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### 1 **Schwerbehindertenausweis umbenennen**

2 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Teilhabe und sie haben das Recht,  
3 Nachteilsausgleiche in Anspruch zu nehmen. Dafür wird der Grad der Einschränkung  
4 festgestellt und in einem Ausweis bescheinigt, der derzeit als  
5 Schwerbehindertenausweis bezeichnet wird.

6 Diese Bezeichnung steht jedoch bereits seit längerer Zeit in der Kritik.

7 Für Betroffene und insbesondere für jüngere Besitzer ist der Ausweis dadurch eben  
8 gerade kein Teilhabeinstrument. Sie sehen in diesem Begriff eine Fokussierung auf  
9 ihre Behinderung und fühlen sich vielfach stigmatisiert.

10 Aus Scham werden teilweise Erleichterungen im Alltag nicht angenommen, weil sich die  
11 Betroffenen durch die Bezeichnung auf ihre Schwächen reduziert sehen.

12 Eine Umbenennung des Schwerbehindertenausweises sollte deshalb vorgenommen werden.  
13 Diese Umbenennung sollte in Abstimmung mit den Betroffenen erfolgen und ihren  
14 Wünschen und Forderungen Rechnung tragen.

15 In Niedersachsen können Menschen mit Beeinträchtigung beispielsweise zur Verdeckung  
16 des Schwerbehindertenausweises eine Ausweishülle einfordern und zwischen den  
17 Aufdrucken: „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“ und „Teilhabeausweis“ wählen. Dies sollte in  
18 Baden-Württemberg ebenfalls ermöglicht werden. Die tatsächliche Umbenennung  
19 beispielsweise in „Teilhabeausweis“ würde jedoch deutlicher ausdrücken, was er  
20 tatsächlich auch bewirken soll: Menschen mit Beeinträchtigungen sollen die  
21 Möglichkeit erhalten, in jeglicher Hinsicht am Leben teilzuhaben. Die Möglichkeit  
22 eine Ausweishülle anzubieten, wäre ein wichtiger erster Schritt weg von  
23 Stigmatisierungen, beleidigender Sprache und hin zu einer sensibleren und würdigeren  
24 Auseinandersetzung. Die Umbenennung beispielsweise in „Teilhabeausweis“ sollte jedoch  
25 das Ziel sein und die Bereitstellung einer Ausweishülle nur als vorübergehender  
26 Schritt verstanden werden.

27 Die Begrifflichkeiten des Schwerbehindertenrechts sollten zudem im Sinne der UN-  
28 Behindertenrechtskonvention modernisiert und, soweit möglich, deutlich  
29 teilhabeorientierter ausgerichtet werden.

## Antrag AUS 01: Stabilität und Frieden durch Entwicklungszusammenarbeit

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 **Stabilität und Frieden durch Entwicklungszusammenarbeit**
- 2 Der Fokus einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) und soll sich auf folgende Punkte
- 3 konzentrieren:
- 4 1. Unterstützung der Partnerländer beim Aufbau einer nachhaltigen
- 5 Bildungsinfrastruktur: Kostenloser, gleichberechtigter Zugang für Mädchen und
- 6 Jungen; frühkindliche Bildung; umfassendes Alphabetisierungsangebot auch für
- 7 ältere Bevölkerungsgruppen; Aufbau von Möglichkeiten zu umfassender Bildung bis
- 8 zum akademischen Grad.
- 9 2. Die Selbstbestimmung von Frauen über Ihren Körper stärken: Die Stiftung
- 10 Weltbevölkerung muss weiterhin in ihrer wertvollen Aufklärungsarbeit über
- 11 ungewollte Schwangerschaften und Verhütung direkt vor Ort, gerade bei ihrem
- 12 lokalen Einsatz in ländlichen Regionen, und ihrem Einsatz für eine
- 13 jugendfreundliche Aufklärung unterstützt werden. Frauen und Mädchen sollen über
- 14 ihre Rechte aufgeklärt und zu einem eigenverantwortlichen Handeln ermutigt
- 15 werden.
- 16 3. Förderung des Gesundheitssektors und Aufklärung: Durch die gezielte Förderung
- 17 der Gesundheitsinfrastruktur und breit angelegte Aufklärungskampagnen sollen die
- 18 Sterblichkeit von Frauen und Kindern drastisch reduziert werden und die
- 19 Übertragung von hochinfektiösen Krankheiten (etwa Aids, Tuberkulose) erheblich
- 20 eingedämmt werden. Ebenso soll der flächendeckende Zugang zu grundlegenden
- 21 Gesundheitsdiensten vor allem für einkommensschwache Schichten effektiv
- 22 verbessert werden.
- 23 4. Bekämpfung der Korruption: Der Kampf gegen Korruption muss weltweit verstärkt
- 24 werden. Dafür ist unerlässlich, eine stabile Rechtsstaatlichkeit auf allen
- 25 Ebenen auszubauen und Partnerländer dabei zu unterstützen. Die Justiz muss
- 26 unabhängig arbeiten können und Bürgerinnen und Bürger brauchen einen effizienten
- 27 Zugang zur Justiz.



- 28 5. Stärkung einer nachhaltigen und ökologischen Wirtschaft in Partnerländern:  
29 Wertschöpfung und Infrastruktur müssen nachhaltig aufgebaut werden, damit sich die  
30 Partnerländer langfristig selbst versorgen können. Die Implementierung  
31 klimafreundlicher Strukturen in den Partnerländern ist hierfür notwendig. Dabei soll  
32 besonders der Fokus auf kleinere und mittelständische Unternehmen gelegt werden, um  
33 einen möglichst breiten Teil der Zivilbevölkerung in den Arbeitsmarkt mit  
34 einzubinden. Eine Öffnung der Märkte der westlichen Industrienationen (EU) trägt zu  
35 einer Verbesserung der Handelschancen der Partnerländer bei.

## **Begründung**

1. Leider werden Bildungsunterschiede - nicht nur in Deutschland - sondern auch in vielen Teilen der Welt mit einer sozialen Stellung vererbt. Eine gleichberechtigte und kostenlose Bildung für ein breites gesellschaftliches Publikum in den Partnerländern führt zu einer höheren Wissensakkumulation und damit zu einer erleichterten Integration in den Arbeitsmarkt. Dadurch werden vermehrt fortschrittliche Prozesse in der landwirtschaftlichen als auch der hochtechnologischen Produktion und im Dienstleistungssektor ermöglicht. Das befähigt die Staaten auf lange Sicht zur Selbstversorgung und Ertüchtigung der eigenen Möglichkeiten und Kapazitäten.
2. Es ist ein unabdingbarer Bestandteil der Menschenwürde, dass Frauen und Mädchen über ihren Körper selbst bestimmen können und dürfen müssen. Leider sind viele von ihnen aufgrund verfestigter patriarchaler Strukturen in ihrer Gemeinschaft sich dessen nicht bewusst. Daher ist es zwingend notwendig, geschützte Räume zu schaffen, in denen die Grundsteine für die Emanzipation von Frauen und Mädchen gelegt werden.
3. Die Gesundheit und die Aufklärung vor gesundheitlichen Risiken sind wesentliche Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung der Bevölkerung in den Partnerländern auf der südlichen Halbkugel. Eine optimierte Versorgung von werdenden Müttern ermöglicht sowohl den Müttern als auch den Kindern bessere Überlebenschancen. Die Kindersterblichkeit hat einen hohen Einfluss auf die Geburtenzahl pro Frau, denn Paare sind erst bereit, weniger Nachwuchs zu bekommen, wenn sich die Überlebenschance für jedes einzelne Kind erhöht.
4. Korruption stellt weltweit eines der wesentlichen Entwicklungshemmnisse dar. Alle staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsinstitutionen tragen eine gemeinsame Mitverantwortung, dass die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in den Empfängerländern verantwortungsvoll und transparent eingesetzt und ausgegeben werden.
5. Eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Wirtschaft kann nur im Kontext von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen aufgebaut werden. Gute Beschäftigungschancen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lassen sich am besten in kleinen und mittelständischen Strukturen aufbauen und fördern. Hierzu zählt auch eine nachhaltig ausgerichtete Landwirtschaft, die mit ihren heimischen

Produkten die Ernährung der eigenen Bevölkerung sicherstellen kann.

## Antrag AUS 02: Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 24: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 41: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 51: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 62: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 66: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 69: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 72: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 73 - 74: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 77 - 78: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 90 - 91: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 111: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 114 - 115: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 133: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 141: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 177: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 196: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 250 - 279: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 298 - 299: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 315: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 340 - 341: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 350 - 355: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 362: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 375: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 390 - 421:

- 1 **Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik**
- 2 Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende. Deutschlands Außen- und
- 3 Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte ist in Teilen gescheitert und muss neu
- 4 ausgerichtet werden. Es ist deshalb richtig, dass in Deutschland öffentlich endlich
- 5 mehr über internationale Fragestellungen und unsere Parlamentsarmee diskutiert wird.
- 6 Die Sozialdemokratie muss sich dieser Debatte ebenfalls stellen. Und wir müssen
- 7 anerkennen: Auch wir haben in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht.
- 8 Die hier formulierten Handlungsmaßnahmen und Leitlinien sollen ein Beitrag zur
- 9 größeren innerparteilichen wie gesellschaftlichen Debatte sein. Wir sind überzeugt,
- 10 dass diese Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik jetzt notwendig ist.
- 11 Wir haben dabei die realpolitischen Gegebenheiten genauso fest im Blick wie unsere
- 12 unverrückbaren Werte. Anhand dessen glauben wir, die wachsenden globalen

13 Herausforderungen besser bewältigen zu können. Und davon gibt es genug: der Angriffs-  
14 und Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine, die geopolitische Neuordnung  
15 zwischen China, den weiteren BRICS-Staaten, den USA und Europa, die Klimakrise als  
16 größte Menschheitsherausforderung unserer Zeit, gravierende globale Ungleichheit,  
17 immer größere Hungerkatastrophen und weitere Kämpfe um Rohstoffe.

18 Die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich an diesen  
19 realpolitischen Gegebenheiten ausrichten.

#### 20 **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

21 Antifaschismus und Friedenspolitik sind Kernbegriffe sozialdemokratischer Innen- und  
22 Außenpolitik. Unser Grundgesetz ist in diesen Linien als Gegenentwurf zum  
23 Nationalsozialismus geschrieben worden. Dem folgt auch unser Verständnis moderner  
24 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. ~~Nie~~ Nie wieder Faschismus, nie wieder ~~Krieg~~  
Krieg ist

25 unsere außenpolitische DNA. Und das genau in dieser Reihenfolge.

26 Ohne den bewaffneten Einsatz der Alliierten wäre die doppelte Befreiung von Krieg und  
27 Nationalsozialismus 1945 nicht möglich gewesen. In diesem Bewusstsein kann  
28 sozialdemokratische Politik nicht uneingeschränkt pazifistisch sein. Der  
29 sozialdemokratische Kampf war immer emanzipatorisch und anti-imperialistisch. Deshalb  
30 ist Gewalt im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen für uns ein legitimes Mittel  
31 der Politik, nämlich dann, wenn Freiheit und Demokratie durch Faschismus und  
32 Imperialismus bedroht werden. Daran erinnert uns erneut der Freiheitskampf der  
33 Ukraine gegen den russischen Aggressor. Frieden nur zu wollen, vermeidet und beendet  
34 keinen Krieg.

35 Davon unbenommen ist unser unbedingter Wille, es nie zum Gewalteininsatz kommen zu  
36 lassen, den Frieden zu bewahren und wiederherzustellen. In sozialdemokratischer  
37 Tradition gilt das Primat von Diplomatie und ziviler Konfliktbewältigung für uns auch  
38 heute uneingeschränkt. „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute  
39 schießen“ bleibt unsere Leitlinie. Friedenspolitik ist mit dem 24. Februar nicht  
40 weniger relevant geworden. Im Gegenteil.

#### 41 **Wertebasierte ~~Außenpolitik~~ und ~~Feminist Foreign Policy~~ feministische Außenpolitik**

42 Wir arbeiten für eine wertebasierte, feministische Außenpolitik für Deutschland und  
43 die Europäische Union. Interessen und Werte stehen für uns bei all dem nicht im  
44 Widerspruch. Das globale Eintreten für unsere Werte liegt immer auch in unserem  
45 nationalen Interesse. Freiheit und Demokratie wollen wir weltweit genauso verteidigen  
46 und stärken wie Frieden, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und die  
47 universellen Menschenrechte. Globale Ungleichheiten und diskriminierende,  
48 undemokratische Machtstrukturen wollen wir abbauen. Sicherheit geht für uns über das  
49 Verständnis klassischer Landesverteidigung hinaus und in einem umfassenden und  
50 kontextspezifischen Begriff der menschlichen Sicherheit auf (human security).

51 ~~Dabei leitet uns das 3R+D Konzept:~~ Wir wollen die Rechte aller Menschen wahren und  
52 fördern. Das schließt sowohl das aktive Verteidigen der Rechte in Form von  
53 präventiven Maßnahmen als auch das Schaffen von Gerechtigkeit nach einer

54 Rechtsverletzung ein. Wir wollen für eine gerechte Repräsentation aller Menschen auf  
55 allen Ebenen sorgen und dafür die Partizipation von Frauen und anderen  
56 marginalisierten Gruppen aktiv fördern. Dafür wollen wir entsprechende Ressourcen zur  
57 Verfügung stellen und den Zugang von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen zu  
58 Ressourcen stärken. Dabei setzen wir auf Diversität und verfolgen einen  
59 intersektionalen Ansatz.

60 Als ganzheitliches Fundament unserer Außenpolitik verstehen wir dieses Konzept als  
61 universell anwendbar und sehen uns in der Verantwortung danach zu handeln. Deshalb  
62 verfolgen wir einen **R2P**-Ansatz, der vergangene Versäumnisse und offensichtlichen  
63 Missbrauch in dessen Anwendung aufarbeitet und daraus Handlungsanweisungen für die  
64 Zukunft ableitet. In einem ersten Schritt ist es unser Ziel,  
65 Menschenrechtsverletzungen und dafür oft verantwortliche Krisensituationen zu  
66 verhindern **(Prevent)**. Dafür wollen wir globale Beobachtungs- und  
67 Durchsetzungsmechanismen stärken und ausbauen. Wo Menschenrechtsverletzungen  
68 auftreten, leiten menschliche Sicherheit und der Fokus auf die vulnerabelsten Gruppen  
69 unser Handeln **(React)**. Dabei stärken wir den vorhandenen Rechtsrahmen und beziehen  
70 die Perspektive der Betroffenen vor Ort ein. Nach dem Ende der Krisensituation gilt  
71 es eine zukünftige Eskalation zu verhindern, dafür nötige Strukturen (wieder-  
72 )aufzubauen und Gerechtigkeit durchzusetzen **(Prevent)**. Wenn konsequent verfolgt und  
73 umgesetzt, stärken diese Schritte auch die regelbasierte internationale Ordnung **und**  
74 **damit wiederum den 3R+D-Ansatz**.

75 Es ist richtig, dass sich Deutschland nun eine nationale Sicherheitsstrategie gibt,  
76 die diesen Ansätzen Rechnung trägt und eine ganzheitliche Leitlinie für alle  
77 Akteur:innen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik liefert. **Ein nationaler**  
78 **Sicherheitsrat würde dazu nicht beitragen.**

#### 79 **Multilateralismus für das 21. Jahrhundert**

80 In einer globalisierten, komplex-vernetzten Welt sind wir der Überzeugung, dass sich  
81 Probleme am besten durch internationale Zusammenarbeit lösen lassen. Bei  
82 Problemfeldern wie Abrüstung oder der Bekämpfung der Klimakrise ist Kooperation gar  
83 der einzige Weg zum Erfolg. Aber auch darüber hinaus gewinnen alle Staaten, wenn sie  
84 sich abstimmen und gemeinsam handeln. Zusammenarbeit funktioniert jedoch nur, wenn  
85 sich alle an die gemeinsamen Spielregeln der Kooperation halten. Der Charta der  
86 Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts kommt deshalb eine zentrale  
87 Rolle für die Durchsetzung unserer Werte und des Multilateralismus zu. In einer Zeit,  
88 in der wieder öfter versucht wird das Recht des Stärkeren durchzusetzen, stehen wir  
89 für die Stärke des Rechts ein. Wo die liberale internationale Ordnung bedroht wird,  
90 ist es die Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft, sie zu verteidigen. Wir  
91 **fühlen uns deshalb vom Völkerrecht gebunden** agieren im Rahmen des Völkerrechts und  
setzen uns an jeder Stelle für seine  
92 Durchsetzung, Stärkung und Weiterentwicklung ein. In der aktuellen geopolitischen  
93 Situation stehen wir entschieden für Souveränität, das Gewaltverbot und die Wahrung  
94 der universalen Menschenrechte ein.

95 Die Vereinten Nationen (UN) sind Zentrum dieser regelbasierten Ordnung und arbeiten

96 an allen wichtigen internationalen Fragestellungen, von Frieden und Sicherheit über  
97 die Bekämpfung der Klimakrise und die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit bis  
98 zur Ernährungssicherung. Die UN sind unerlässlich für eine friedlichere und  
99 gerechtere Welt. Deutschland ist deshalb zurecht eines der größten Geberländer für  
100 diese wichtige Arbeit. Daran gilt es unbedingt festzuhalten und die UN weiter zu  
101 stärken. Dazu gehört auch im System der UN für unsere Werte einzustehen und nötige  
102 Reformen anzugehen.

103 Wie uns der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine nun wieder  
104 brutal vor Augen führt, stößt das System kollektiver Sicherheit der UN aber immer  
105 wieder an seine Grenzen. Nämlich dann, wenn Großmächte ihre Sonderstellung im System  
106 der Vereinten Nationen missbrauchen. Deshalb sind die transatlantische Partnerschaft  
107 und insbesondere die NATO elementarer Teil des Erhalts von Sicherheit für uns, unsere  
108 Verbündeten und die Welt. Die Wahrung des Friedens, die Vorbeugung von  
109 Zwangsmaßnahmen und die Abschreckung von Aggression sind als Ziele der  
110 Verteidigungsallianz heute so wichtig wie lange nicht. Für uns ist klar: Als  
111 Wertegemeinschaft des Nordatlantik muss die NATO ~~allen~~ Staaten offenstehen, die sich  
112 souverän für einen Beitritt entscheiden und die Beitrittskriterien erfüllen.

113 Die Zeit, in der sich die Demokratie als Staatsform weltweit immer weiter  
114 ausgebreitet hat, ist vorbei. Wir erleben ~~democratic backsliding in einzelnen~~  
115 Staaten, aber auch als globalen Trend, dass Demokratien weltweit immer weiter  
zurückgedrängt werden. In diesen Zeiten spielen Foren der Vernetzung  
116 demokratischer Staaten eine immer wichtigere Rolle. Initiativen und Zusammenschlüsse  
117 wie die G7, die Allianz für Demokratie und die Allianz für den Multilateralismus sind  
118 wichtige Instrumente, um Interessen demokratischer Staaten zu bündeln und gemeinsam  
119 zu vertreten. Dabei dürfen europäische und nordamerikanische Staaten nicht unter sich  
120 bleiben. Damit das gelingt, müssen wir die Anliegen des Globalen Südens stärker zu  
121 unseren Anliegen machen, müssen Doppelstandards vermeiden und unsere Zusagen  
122 gegenüber diesen Ländern einlösen. Wir wollen die Demokratie weltweit stärken und  
123 darin neue Verbündete finden, die wir auch für andere Ziele unserer Außenpolitik  
124 gewinnen können.

#### 125 **Für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

126 In Europa gibt es nur zwei Typen von Staaten: kleine Staaten und Staaten, die noch  
127 nicht verstanden haben, dass sie klein sind.

128 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss deshalb immer in einer europäischen  
129 eingebettet sein. Am stärksten sind wir Europäer:innen, wenn wir gemeinsame  
130 Standpunkte entwickeln, gemeinschaftlich handeln und dabei eine gemeinsame Strategie  
131 verfolgen. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Europäische Union zu einer  
132 ernstzunehmenden geopolitischen Akteurin zu machen, als gelebte Antithese zu  
133 Imperialismus und Autokratie. Dabei sehen wir eine außen- und sicherheitspolitisch  
besser aufgestellte Europäische Union als Ergänzung zur NATO, nicht als Konkurrenz an.

Um das zu schaffen, kommt Deutschland als größter  
134 Volkswirtschaft Europas eine Führungsrolle zu. Dazu gehört, dem Amt des:der Hohen  
135 Vertreter:in der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik mehr Bedeutung

136 zukommen zu lassen und den European External Action Service zu einem echten EU-  
137 Außenministerium weiterzuentwickeln. Gleichzeitig müssen außen- und  
138 sicherheitspolitische Entscheidungen der EU schneller und effektiver zustande kommen  
139 als in der Vergangenheit. Dafür wollen wir endlich das Einstimmigkeitsprinzip  
140 überwinden.

141 Zugleich wird sich Europas Rolle auf der Weltbühne verändern. Denn der 24. Februar  
2022  
142 markiert für die EU genauso eine Zeitenwende wie für Deutschland. Will Europa als  
143 normative Macht auf der Weltbühne bestehen, wird dem zivilen Engagement und der  
144 Vermittlungsrolle eine stärkere militärische Komponente hinzuwachsen müssen. Das wird  
145 notwendig sein, um externen Aggressoren wie Russland die Stirn bieten zu können in  
146 einer Zeit, in der ungewiss bleibt, wie sehr und wie lange sich Europa auf die  
147 Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen kann. Europa muss die Fähigkeit  
148 erwerben, sich unabhängig verteidigen zu können. Der damit einhergehenden neuen Rolle  
149 muss die EU gerecht werden und sie nutzen, um global aktiv für ihre Werte  
150 einzutreten. Dabei bleibt unser langfristiges Ziel das Aufgehen nationalstaatlicher  
151 Militärs in eine gemeinsame europäische Parlamentsarmee. Ein erster Schritt auf dem  
152 Weg dorthin kann die Einrichtung einer vom Europäischen Parlament kontrollierten  
153 Eingreiftruppe sein.

154 Die EU kann nach außen allerdings auch nur so stark sein, wie sie es nach innen ist.  
155 Wir halten deshalb an unseren Forderungen zu europäischen Sozialreformen fest und  
156 fordern entschiedene Konsequenzen gegen Verletzungen von Demokratie und  
157 Rechtsstaatlichkeit. Als neue Mitglieder steht unsere Tür dabei allen europäischen  
158 Staaten offen, die die Beitrittskriterien erfüllen. Auf gemachte Zusagen müssen sich  
159 Beitrittskandidaten verlassen können. Das ist unerlässlich, um Frieden, Stabilität  
160 und Zusammenarbeit zu fördern. Es ist eine strategische Frage, genauso wie eine de  
161 Glaubwürdigkeit.

162 Ein anderer Blick auf Wandel durch Annäherung

163 Wandel durch Annäherung ist einer der Kernbegriffe sozialdemokratischer Außenpolitik  
164 in der Nachkriegszeit. Er ist zur Grundlage deutscher Außenpolitik der letzten  
165 Jahrzehnte geworden. Nach dem unbestrittenen Erfolg dieses Konzepts sind jedoch zwei  
166 seiner zentralen Voraussetzungen verloren gegangen. Diese Fehlentwicklung ist uns nun  
167 klar vor Augen geführt worden und muss behoben werden.

168 Dialogbereitschaft ohne Wehrhaftigkeit ist wirkungslos. Das haben auch Willy Brandt  
169 und Helmut Schmidt verstanden. Die neue Ostpolitik war auch deshalb erfolgreich, weil  
170 sie getragen war von einer militärischen Position der Stärke. Während die beiden  
171 deutschen Staaten große Schritte aufeinander zgingen, wuchs der Wehretat der  
172 Bundesrepublik so stark an wie nie. Drei Prozent der Wirtschaftsleistung fielen dem  
173 Verteidigungsministerium zu. 2021 waren es noch 1,3 Prozent. Diesen Aspekt hat die  
174 deutsche Außenpolitik der letzten Jahre verkannt. Sie hat sich auf die  
175 Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten verlassen, Verteidigung auch aus  
176 Bequemlichkeit bewusst outgesourct. Den Stimmen unserer osteuropäischen Partnerländer  
177 haben wir ~~keine~~zu wenig Bedeutung geschenkt, uns gar besserwischerisch über ihre

## Ängste

- 178 erhoben und dabei moralisch überlegen gefühlt. So darf es nicht weitergehen.  
179 Deutschland muss seiner Verantwortung in Zukunft gerecht werden.
- 180 Gleichzeitig hat sich Wandel durch Annäherung immer mehr auf eine rein  
181 wirtschaftliche Ebene verschoben. Aus Wandel durch Annäherung wurde Wandel durch  
182 Handel. Als pauschales Konzept ist Wandel durch Handel nun gescheitert. Die  
183 gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Deutschland und Russland hat weder  
184 den russischen Krieg gegen Georgien im Jahr 2008, noch die völkerrechtswidrige  
185 Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, noch den russischen Angriffs- und  
186 Vernichtungskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 verhindert. Auch innenpolitisch hat  
187 sich Russland zunehmend anti-demokratisch und anti-freiheitlich entwickelt und ist  
188 heute zu einer faschistoiden Autokratie geworden.
- 189 Aber nicht nur der russische Staat ist offensichtliches Beispiel für diesen  
190 Trugschluss. Die unglaubliche ökonomische Abhängigkeit von der Volksrepublik China  
191 hat genauso wenig eine Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft oder eine  
192 stärkere Durchsetzung der Menschenrechte in China bewirkt. Im Gegenteil: China tritt  
193 international immer aggressiver auf und begeht massive Menschenrechtsverletzungen.  
194 Diese Erkenntnis muss zu einem umfassenden Umdenken in unserer Wirtschafts- und  
195 Handelspolitik führen.
- 196 Ziel muss es sein, einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Staaten so stark wie  
möglich  
197 abzubauen und in unseren Produktionsketten und insbesondere beim Handel mit seltenen  
198 Rohstoffen eine breitest mögliche Diversifizierung zu erreichen. Dafür muss der Staat  
199 stärker als bisher steuernd in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen eingreifen  
200 und im Rahmen einer Klassifizierung von Handelspartnern dem Ziel der stärkeren  
201 Unabhängigkeit von autoritären Staaten Rechnung tragen. Darüber hinaus müssen  
202 systemrelevante Produktionslinien definiert werden, die im Kern nicht mehr außerhalb  
203 der EU angelegt werden sollen und dafür im Bedarfsfall auch staatliche Bezuschussung  
204 erhalten.
- 205 Darüber hinaus gilt es, das System ökonomischer Abhängigkeiten auch global zu  
206 begreifen. China hat im Rahmen seiner Belt and Road Initiative ein Einflussnetz  
207 gigantischen Ausmaßes, bis in die EU hinein, gespannt. Die bisherigen Ansätze  
208 europäischer und nordamerikanischer Entwicklungszusammenarbeit waren darauf nicht  
209 ausreichend ausgerichtet. Das muss sich nun ändern und dem Geld aus Peking eine  
210 demokratische Alternative entgegengesetzt werden, die die Autonomie der  
211 Empfängerländer stärkt. Das Global Gateway Programm und die G7 Partnership for Global  
212 Infrastructure sind dafür entscheidende Schritte.
- 213 **Abrüstungspolitik und Rüstungsexporte**
- 214 Die aktuelle sicherheitspolitische Lage bestärkt uns in unserem Grundsatz der  
215 Abrüstung. Insbesondere eine atomwaffenfreie Welt bleibt erklärtes Ziel unserer  
216 Politik. Dafür arbeiten wir auf eine Sicherheitsarchitektur hin, in der Nuklearwaffen  
217 abgeschafft sind. Als Mitgliedsstaat des Atomwaffensperrvertrags, Beobachter des  
218 Atomwaffenverbotsvertrags und NATO-Staat der nuklearen Teilhabe kommt Deutschland



219 dabei im Zusammenspiel mit Frankreich, als einziger EU-Atomkraft eine besondere Rolle  
220 zu. Den Rückgang bei den globalen Kernwaffenbeständen gilt es aufrechtzuerhalten,  
221 nicht umzukehren. Bei diesen Anstrengungen leitet uns das Prinzip der Reziprozität.  
222 Abrüstung jeglicher Form funktioniert nur in Gegenseitigkeit und unter transparenten  
223 Bedingungen. Deshalb ist für uns auch klar, dass die NATO so lange eine nukleare  
224 Verteidigungsallianz bleiben muss, wie Atomwaffen existieren. Die Ächtung  
225 biologischer und chemischer Kampfstoffe wollen wir weiterhin durchsetzen und  
226 existierende Bestände der Vernichtung zuführen. Wir setzen uns für eine Ächtung  
227 vollautonomer offensiver Waffensysteme ein.

228 An den Export von Rüstung und Waffen setzen wir hohe ethische Anforderungen. Die  
229 Einhaltung dieser moralischen Standpunkte sehen wir in der aktuellen  
230 Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht repräsentiert und fordern  
231 deswegen weiter eine Überarbeitung von Abläufen, Gesetzen und Entscheidungsfindungen  
232 im Rahmen unserer Beschlusslage. Hierfür sollen auch die Haupt- Jugend- und  
233 Auszubildendenvertretungen der Bundeswehr die notwendigen Fachkompetenzen einbringen.  
234 Wir halten es für selbstverständlich, dass Deutschland seiner Verantwortung damit auf  
235 internationaler Ebene gerecht wird, indem es einen Beitrag zur Konfliktprävention und  
236 Friedenssicherung leistet. Davon ist jedoch unbenommen, dass Deutschland NATO-, EU-  
237 und NATO-gleichgestellte Staaten, aber auch gewisse Drittstaaten im Rahmen der Charta  
238 der Vereinten Nationen im Verteidigungsfall unterstützt, auch mit der Lieferung von  
239 Waffen- und Rüstungsgütern.

#### 240 **Die Situation der Bundeswehr**

241 Um die neuen Anforderungen an Deutschland als Akteur der Sicherheitspolitik zu  
242 erfüllen, ist unsere Bundeswehr von zentraler Bedeutung. Wir haben mit ihr als  
243 Parlamentsarmee eine besonders demokratisch legitimierte und kontrollierte Truppe, an  
244 die wir aber immer größere Anforderungen stellen. Für diese Anforderungen müssen wir  
245 die Truppe wieder fit machen und so ausstatten, dass sie alle von uns an sie  
246 gestellten Aufträge erfüllen kann. Das beschlossene Sondervermögen Bundeswehr stellt  
247 dafür nun neue Ressourcen zur Verfügung, löst allein aber nicht alle Probleme unserer  
248 Truppe. 16 Jahre CDU/CSU im Verteidigungsministerium haben ihre Spuren hinterlassen.  
249 Wir müssen jetzt dringend auch die bestehenden strukturellen Probleme angehen.

250 ~~Das besorgniserregendste strukturelle Problem in der Bundeswehr stellt für uns~~  
251 ~~weiterhin die Existenz rechter Strukturen bei den Streitkräften dar. Zu den~~  
252 ~~Kernpflichten der Soldat:innen gehört es, im und außer Dienst jederzeit die~~  
253 ~~freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ohne~~  
254 ~~jeglichen Zweifel anzuerkennen und für ihren Erhalt stets aktiv einzutreten. Die~~  
255 ~~absolute Mehrheit der Soldat:innen in der Bundeswehr erfüllen diesen Wesenskern~~  
256 ~~uneingeschränkt und stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Wer diesen Pflichten~~  
257 ~~aber nicht nachkommt, gehört nicht in den Staatsdienst und erst recht nicht in die~~  
258 ~~Bundeswehr. Zu lange wurde Rechtsextremismus als strukturelles Problem in der Truppe~~  
259 ~~verkannt. Mit einer Sozialdemokratin an der Spitze des Verteidigungsministeriums ist~~  
260 ~~jetzt die Zeit, das endlich zu ändern.~~

261 ~~Doch auch beim Thema Vielfalt hängt die Truppe hinterher. Erst seit dem Jahr 2000-~~

~~262 dürfen auch Frauen in der Bundeswehr dienen. Bis heute sind jedoch nur rund 13% der  
263 militärischen Angehörigen Frauen, von den Zivilbeschäftigten sind 38,6% weiblich.  
264 Diese Zahlen haben sich in den letzten Jahren zwar fast verdoppelt, im Vergleich zu  
265 anderen Ländern ist das Geschlechterverhältnis in Deutschland jedoch sehr  
266 unausgeglichen. Gründe für diese Ungleichheit sind unter anderem die Ausbildungs- und  
267 Arbeitsbedingungen, aber auch der immer noch vorherrschende Sexismus unter  
268 Soldat:innen. Die institutionelle Diskriminierung queerer Menschen wurde ebenfalls  
269 mit der Jahrtausendwende beendet. Die betroffenen Soldat:innen wurden erst 2021  
270 entschädigt. Nichtsdestotrotz besteht auch heute Diskriminierung gegenüber queeren  
271 Menschen in der Bundeswehr.~~

~~272 Überzogene Härte in der Ausbildung ist seit Jahren ein immer wieder thematisiertes  
273 Problem innerhalb der Bundeswehr. Eine gute und einsatzorientierte Ausbildung ist  
274 unabdingbar für die Funktionsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Truppe. Um  
275 überzogener Härte in der Ausbildung entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass  
276 Ausbilder:innen und Vorgesetzte die Grundsätze der Inneren Führung (dazu zählen  
277 Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und  
278 Demokratie) nicht nur vermitteln, sondern auch selbst verinnerlichen und zugleich  
279 vorleben.~~

#### 280 **Anforderungen an unsere Parlamentsarmee**

281 Für eine Neuaufstellung unserer Sicherheitspolitik ist es unerlässlich, ein klares  
282 Anforderungsprofil für unsere Parlamentsarmee zu definieren. Zu oft wurden in den  
283 letzten Jahrzehnten in kürzester Zeit die Erwartungen an die Truppe komplett  
284 verändert. Auch wenn die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht unerheblich von  
285 externen Faktoren abhängt, gilt es, grundsätzliche Leitlinien festzulegen, die auf  
286 längere Sicht die Anforderungen und Aufgaben klarstellen. Nur so ist eine effektive  
287 und effiziente Gestaltung der Bundeswehr möglich.

288 Dabei ist klar, dass sich die externen Gegebenheiten in den letzten Jahrzehnten  
289 massiv verändert haben. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der Auftrag der Landes-  
290 und Bündnisverteidigung immer weiter in den Hintergrund gerückt. Der Fokus der  
291 Fähigkeiten lag auf Out of Area-Einsätzen, also solchen mit UN-Mandat oder im Rahmen  
292 der NATO, außerhalb des eigenen Territoriums. In diesem Prozess wurden die  
293 Fähigkeiten der Landes- und Bündnisverteidigung vernachlässigt. Mit dem russischen  
294 Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine muss dazu nun ein Umdenken  
295 stattfinden. Deutschland muss seiner Verantwortung in der Bündnisverteidigung gerecht  
296 werden. Dafür ist eine langfristige politische Planung aber unerlässlich. Gemeinsam  
297 mit unseren europäischen Verbündeten muss die Bundeswehr dazu in der Lage sein, im  
298 Verteidigungsfall das EU- und NATO-Territorium zu schützen ~~—langfristig auch ohne  
299 die Hilfe der USA.~~ Dazu ist eine enge Abstimmung mit unseren Verbündeten unabdingbar.  
300 Leider haben wir hier in der Vergangenheit teils leere Versprechungen gemacht. Über  
301 diese Kernaufgabe hinaus sehen wir auch die Notwendigkeit, Fähigkeiten vorzuhalten,  
302 um international agieren zu können. Von der Absicherung von Seehandelsrouten, über  
303 humanitäre Hilfe, bis hin zu Einsätzen mit UN-Mandat, wollen wir in Abstimmung mit  
304 unseren Verbündeten auf möglichst viele Eventualitäten vorbereitet sein.

305 Dabei steht für uns fest, dass die Bundeswehr durch das Instrument der Amtshilfe  
306 nicht überdehnt werden darf. Die Corona-Pandemie und die Flut im Ahrtal haben uns  
307 gezeigt, wo es im zivilen Bevölkerungsschutz in Deutschland hapert. Hier müssen wir  
308 dringend auf Verbesserungen hinwirken. Denn auch wenn unzählige Ehrenamtliche sich  
309 für ihre Mitmenschen eingesetzt haben, wären viele Krisen ohne den Einsatz der  
310 Bundeswehr nicht zu bewältigen gewesen. Die Bundeswehr muss im Bevölkerungsschutz das  
311 letzte Mittel sein, die Amtshilfe ist nicht dazu da, Fehler in der Planung des  
312 Bevölkerungsschutzes auszugleichen. Das Grundgesetz setzt für den Einsatz im Inneren  
313 richtigerweise hohe Hürden.

#### 314 **Nötige Bundeswehrreformen der Organisation, der Beschaffung und beim Personal**

315 ~~Die gesamte~~In der Organisation Bundeswehr ~~hat Reformen dringend nötig~~gibt es  
316 dringenden Reformbedarf. Nur so kann sie den  
317 Anforderungen, die wir an sie stellen, gerecht werden. Aus den letzten großen  
318 Bundeswehrreformen haben wir aber gelernt, dass eine so große Organisation nicht  
319 komplett neu erdacht werden kann. Es gilt grundsätzlich nach dem Prinzip zu  
320 verfahren, so viel Reform wie nötig, so viel Konstanz wie möglich. Nur so kann auf  
321 Dauer eine effektive Bundeswehr geschaffen werden.

322 Insbesondere in der Beschaffung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren sehr viel  
323 schiefgelaufen. Von der Beschaffung von Marine-Hubschraubern, die nicht über  
324 Salzwasser fliegen dürfen, über etliche Verzögerungen, bis hin zum Desaster um die  
325 Gorch Fock. Der Beschaffungsprozess der Bundeswehr ist zum aktuellen Zeitpunkt durch  
326 hohe Verantwortungsdiffusion geprägt. Diejenigen, die mit dem zu beschaffenden  
327 Material arbeiten sollen, werden oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Grundsätzlich  
328 fordern wir, dass die Ressourcenverantwortung für das Material wieder in die Hand  
329 derer zurückgegeben wird, die für die Auftragsdurchführung verantwortlich sind.  
330 Querbeziehungen zu Ressourcenverantwortlichen müssen minimiert und strukturell neu  
331 gefasst werden. Hierzu müssen insbesondere die Strukturen des Bundesamts für  
332 Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr komplett überarbeitet  
333 werden. Eine solche Reform kann aber nur kontinuierlich erfolgen. Eine Aussetzung der  
334 Beschaffung können wir uns beim desolaten Zustand der Bundeswehr nicht leisten.

335 Klar ist: Die der Bundeswehr zur Verfügung gestellten Geldmittel müssen in Zukunft  
336 effektiver genutzt werden. Es darf nicht sein, dass der Verteidigungsetat immer  
337 weiter steigt, die Einsatzbereitschaft aber gleichzeitig sinkt.

338 Konkret bedeutet das unter anderem auch den Einkauf von fertig entwickelten Einheiten  
339 von Verbündeten oder aus der eigenen Rüstungsindustrie. Dies schließt insbesondere  
340 die Beschaffung von Großgeräten wie Flugzeugen, Schiffen und Fahrzeugen ein. Es  
341 braucht nicht immer eine eigene Lösung, die in der Entwicklung Unsummen von Geld  
342 verschlingt. Deshalb begrüßen wir, dass künftig stärker auf die Beschaffung  
343 marktverfügbarer Rüstungsgüter gesetzt wird. Gleichzeitig darf die Beteiligung der  
344 Bundeswehr an der Entwicklung  
345 zukünftiger Rüstungsprojekte nicht leiden. Insbesondere muss hierbei aber darauf  
346 hingewirkt werden, dass europäische Gemeinschaftsprojekte gefordert werden. Die EU-  
347 Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit PESCO muss

345 deshalb in Zukunft eine noch entscheidendere Rolle spielen. PESCO ist aber auch nicht  
346 frei von Reformbedarf: z.B. die Verpflichtung der beteiligten Länder, ihre Ausgaben  
347 für Rüstung kontinuierlich zu erhöhen, gehört abgeschafft. Darüber hinaus braucht es  
348 mehr Flexibilität für Kleinanschaffungen innerhalb der Truppe. Kleine Beschaffungen  
349 müssen auch ohne einen langwierigen Beschaffungsprozess möglich sein.

350 Die Bundeswehr ist derzeit in ~~drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) und~~  
351 ~~drei teilstreitkraftartige~~ sechs Militärische Organisationsbereiche (Streitkräftebasis  
352 (Heer, Marine, Luftwaffe, Streitkräftebasis, Sanitätsdienst,  
Cyber) und Cyberinformationsraum) unterteilt. ~~Dies ist für eine zahlenmäßig kleine~~  
353 ~~Truppe deutlich zu viel~~  
~~organisatorischer Überbau.~~ Wir fordern eine ~~Reduktion auf je einen Kommando-Überbau~~  
354 ~~in Anlehnung an die von der NATO definierten Dimension~~ Restrukturierung zu vier  
Militärischen Organisationsbereichen (Land, Luft/Weltraum, See,  
355 Cyber Cyberinformationsraum), in Anlehnung an die von der NATO definierten  
Dimensionen, zu prüfen. Dabei soll auch geprüft werden, wie durch eine  
Organisationsreform Verantwortungsdiffusionen reduziert werden können. Andere  
kleinere Organisationseinheiten, wie das Einsatzführungskommando,  
356 sollen hiervon unberührt bleiben. Mit der Reform muss auch gegen die vorherrschende  
357 Verantwortungsdiffusion vorgegangen werden. Es braucht für jede Aufgabe klar  
358 Verantwortliche innerhalb der Truppe. Für uns steht fest, dass dem:der  
359 Generalinspekteur:in im Sinne des Dresdner Erlasses weiter eine zentrale Rolle in der  
360 Organisation des Verteidigungsministeriums zukommen muss. Die militärische Expertise  
361 muss eng mit der politischen Führung verzahnt sein. Das Primat der Politik muss dabei  
362 uneingeschränkt bleiben. Wir begrüßen die Aufstellung des Territorialen  
Führungskommandos der Bundeswehr durch die Bundesverteidigungsministerin. Denn so  
können die Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung im Inland sowie  
Amtshilfeanträge aus einer Hand geführt werden.

363 Die Struktur und Politik des Verteidigungsministeriums müssen der Organisation der  
364 Truppe wieder besser gerecht werden. Unter Helmut Schmidt wurde dazu ein Planungsstab  
365 eingesetzt, der zu je einem Drittel mit Soldat:innen, zivilen Angehörigen der  
366 Bundeswehr und zivilen Fachexpert:innen von außerhalb besetzt war. Dieser  
367 unterstützte den:die Bundesminister:in in der Wahrnehmung der Amtsaufgaben  
368 unmittelbar und beriet bei allen Entscheidungsvorschlägen der militärischen und  
369 zivilen Abteilungen des Ministeriums, begleitete die Umsetzung der Entscheidungen  
370 des:der Minister:in und setzte politische Vorgaben in Konzeptionen, Reden und Artikel  
371 um. Im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr 2012 wurde diese Struktur aufgelöst.  
372 Um in Zukunft wieder eine eng zwischen Truppe und Regierung abgestimmte Politik  
373 gewährleisten zu können, fordern wir eine Wiedereinführung des Planungsstabes oder  
374 eines ähnlichen Gremiums, das aus der Truppe besetzt wird und das  
375 Bundesverteidigungsministerium berät, zu prüfen.

376 Um dem stetigen Personalmangel bei der Bundeswehr entgegenzuwirken, muss der  
377 Bewerbungsprozess reformiert werden. So sollen Online-Beratungs- und  
378 Informationsangebote ausgebaut werden. Die verpflichtende Erstberatung in den  
379 Karrierecentern der Bundeswehr soll nicht nur die Vorteile des Dienstes in der

380 Bundeswehr, sondern auch die Besonderheiten und Belastungen des Soldat:innenberufs  
381 enthalten. Auf realitätsverzerrende Werbemaßnahmen soll die Bundeswehr verzichten. Um  
382 dem Personalmangel in Mangelverwendungen zu begegnen, sollen weiterhin die Hürden für  
383 einen Seiteneinstieg in die Bundeswehr gesenkt werden, um von eventuellen zivil  
384 erworbenen Qualifikationen der Bewerber:innen zu profitieren. Die Ausbildung der  
385 Soldat:innen muss sich an den geänderten Anforderung an die Bundeswehr orientieren.  
386 So soll eine modernisierte und realitätsnahe Fähigkeitenbildung der Soldat:innen  
387 durch eine stetige Evaluation und Anpassung bestehender Ausbildungskonzepte  
388 sichergestellt werden. Dazu gehört auch die Ausbildung an moderner Technik wie  
389 beispielsweise Funkausstattung oder persönlicher Schutzausstattung.

#### 390 **Gegen Extremismus, für Vielfalt**

391 ~~Dass es in der Bundeswehr ein Problem mit extremistischem Verhalten gibt, ist kein~~  
392 ~~Geheimnis: allein im Jahr 2021 gab es 226 Verdachtsfälle. Um dieser Entwicklung~~  
393 ~~entgegenzuwirken, fordern wir eine Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung von~~  
394 ~~Bewerber:innen noch vor Einstellung in die Bundeswehr. Eine weitere wichtige~~  
395 ~~Präventionsmaßnahme zur Verhinderung von extremistischen Tendenzen und Entwicklungen~~  
396 ~~in der Bundeswehr ist die politische Bildung der Truppe. Aktuell schreibt die~~  
397 ~~Bundeswehr mindestens 24 Stunden politische Bildung pro Jahr für ihre Soldat:innen~~  
398 ~~vor, welche durch zusätzliche 12 Stunden historischer, interkultureller und ethischer~~  
399 ~~Bildung ergänzt wird. Wir fordern, den Anteil der politischen Bildung auf mindestens~~  
400 ~~50 Stunden pro Jahr zu erhöhen und neben Inhalten der politischen, historischen und~~  
401 ~~interkulturellen Bildung auch Elemente der Persönlichkeitsbildung und~~  
402 ~~Sensibilisierung zu vermitteln. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang, die für die~~  
403 ~~Truppe erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die vorgesehenen~~  
404 ~~Bildungseinheiten auch durchführen zu können. Die Unterstützung der Truppe sollte~~  
405 ~~nicht nur aus der zeitlichen Komponente, sondern unter anderem auch aus geeigneten~~  
406 ~~Räumlichkeiten oder organisatorischer Unterstützung für sinnvolle Exkursionen, wie~~  
407 ~~zum Beispiel den Besuch von Gedenkstätten und ehemaligen Konzentrationslagern,~~  
408 ~~bestehen.~~

409 ~~Die Bundeswehr muss vielfältiger werden. So sollen Frauen weiterhin gezielt gefördert~~  
410 ~~und für einen Dienst in den Streitkräften gewonnen werden. Dazu muss die~~  
411 ~~unzureichende Vereinbarkeit von Dienst und Familie weiter ausgebaut werden, indem~~  
412 ~~mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung sowie mobiles Arbeiten~~  
413 ~~geschaffen werden. Sexistische Anfeindungen und sexuelle Übergriffe müssen in der~~  
414 ~~Truppe ausnahmslos geahndet werden. Der Diskriminierung von queeren Menschen in der~~  
415 ~~Bundeswehr muss konsequent entgegengetreten werden und es muss eine entsprechende~~  
416 ~~Aufklärung und Sensibilisierung in allen Bereichen der Bundeswehr stattfinden. Um ein~~  
417 ~~langfristig tolerantes Klima zu etablieren, sollen alle Führungskräfte verpflichtende~~  
418 ~~Fortbildungen zu Vielfalt und Antidiskriminierung besuchen.~~

419 ~~Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist allerdings kein Mittel, um die Vielfalt der~~  
420 ~~Bundeswehr zu stärken. Einen solchen Eingriff in das Leben junger Menschen lehnen wir~~  
421 ~~nach wie vor ab.~~

#### Gegen Extremismus, für Vielfalt

Zu lange wurde verkannt, dass es rechtsextreme Strukturen gibt, die in die Bundeswehr hineinreichen. Zu den Kernpflichten der Soldat:innen gehört es, im und außer Dienst jederzeit die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik ohne jeglichen Zweifel anzuerkennen und für ihren Erhalt stets aktiv einzutreten. Die allermeisten Soldat:innen erfüllen diesen Wesenskern uneingeschränkt und stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Wer diesen Pflichten aber nicht nachkommt, gehört nicht in den Staatsdienst. Allein im Jahr 2021 gab es 226 Verdachtsfälle für extremistisches Verhalten. Die Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung von Bewerber:innen noch vor der Einstellung in die Bundeswehr, die im Jahr 2021 vorgenommen wurde, begrüßen wir. Sie muss in ihrer Wirksamkeit evaluiert und ggfs. weiterentwickelt werden. Eine weitere wichtige Präventionsmaßnahme ist die politische Bildung der Truppe. Wir fordern, den Anteil der politischen Bildung von derzeit mindestens 24 Stunden auf 50 Stunden pro Jahr zu erhöhen und neben Inhalten der politischen, historischen und interkulturellen Bildung auch Elemente der Persönlichkeitsbildung und Sensibilisierung zu vermitteln. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang, die für die Truppe erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Bildungseinheiten auch durchführen zu können. Das beinhaltet zeitliche Ressourcen, aber auch geeignete Räumlichkeiten sowie die organisatorische Unterstützung für sinnvolle Exkursionen, wie z.B. den Besuch von Gedenkstätten und ehemaligen Konzentrationslagern. Überzogene Härte in der Ausbildung ist seit Jahren ein immer wieder thematisiertes Problem innerhalb der Bundeswehr. Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass Ausbilder:innen und Vorgesetzte die Grundsätze der Inneren Führung (dazu zählen Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie) nicht nur vermitteln, sondern auch selbst verinnerlichen und vorleben.

Die Bundeswehr muss vielfältiger werden. Frauen leisten seit nunmehr 20 Jahren Dienst an der Waffe. Seitdem wurde viel erreicht. Dennoch sind Frauen in der Bundeswehr noch immer unterrepräsentiert. Nach wie vor gilt es, überkommene Denkmuster zu durchbrechen. Um Frauen für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen muss die Vereinbarkeit von Dienst und Familie weiter ausgebaut werden, in dem mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung sowie mobiles Arbeiten geschaffen werden. Sexistische Anfeindungen und sexuelle Übergriffe müssen in der Truppe ausnahmslos geandert werden. Es darf keine Diskriminierung queerer Menschen in der Bundeswehr geben. Wir fordern, die Zentrale Dienstvorschrift zum 'Umgang mit Sexualität und sexuellem Fehlverhalten in der Bundeswehr' zügig in Kraft zu setzen. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist allerdings kein adäquates Mittel, um die Vielfalt in der Bundeswehr zu stärken. Einen solchen Eingriff in das Leben junger Menschen lehnen wir nach wie vor ab.

## **Begründung**

(erfolgt mündlich)

## Antrag AUS 03: Stärkung der Zivilen Krisenprävention und Friedensarbeit“

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt, KV Lörrach
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch Annahme von AUS 02 in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### 1 Stärkung der Zivilen Krisenprävention und Friedensarbeit

- 2 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führt zu zahlreichen Toten, Traumatisierten,  
3 Geflüchteten und zur Zerstörung weiter Teile der Ukraine. Der Krieg hat zudem die  
4 europäische Friedens- und Sicherheitsordnung maßgeblich verändert.
- 5 Die Bundesregierung nimmt eine führende politische Rolle zur Beendigung dieses  
6 Krieges ein. Während politische und militärische Interventionen im Wesentlichen  
7 darauf abzielen, Abkommen zwischen den politischen Führern der Konfliktparteien zu  
8 vermitteln, um akute Gewalt zu beenden, benötigt es zur nachhaltigen  
9 Friedenssicherung zivile Interventionen und Prävention. Hier gilt die Maxime „Wenn Du  
10 den Frieden willst, bereite den Frieden vor!“
- 11 Die aktuellen Ereignisse sowie die Erfahrung der Intervention Deutschlands in  
12 Afghanistan, bei der die Bundesregierung mit großem finanziellen und politischen  
13 Aufwand interveniert und den Schwerpunkt auf militärische Mittel gelegt hatte, hat  
14 gezeigt, dass nunmehr eine kohärente friedenspolitische Strategie notwendig ist. Zur  
15 Etablierung einer Nachkriegsordnung bzw. neuen europäischen Friedensordnung muss auch  
16 auf die zivilen Strukturen zurückgegriffen werden, wie sie die sozialdemokratisch  
17 geführte Bundesregierung zwischen 1998 bis 2005 ins Leben gerufen hatte. Diese gilt  
18 es unter Berücksichtigung der Entwicklung der letzten zehn Jahre fortzuentwickeln.
- 19 2004 hat die Bundesregierung den Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung  
20 und Friedenskonsolidierung" beschlossen. Sie dokumentierte damit den Willen, ihre  
21 weltweiten Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung präventiv auszurichten.
- 22 Wir fordern deshalb,
- 23 1. am Primat der nicht-militärischen Konfliktbearbeitung festzuhalten und die Politik  
24 der Krisenprävention fortzuführen,
- 25 2. die Fortentwicklung einer friedenspolitischen Strategie, die als Basis eines  
26 zielgerichteten abgestimmten Handelns der Bundesregierung fungiert und u.a. folgendes  
27 beinhaltet:
- 28 a) Weiterentwicklung des Aktionsplans von 2004,  
29 b) bessere Abstimmung und Koordinierung der Arbeit verschiedener Ministerien zum

- 30 Thema „Zivile Krisenprävention- und Konfliktbearbeitung“ und ein abgestimmtes  
31 Vorgehen des Auswärtigen Ausschusses, des Bundesministeriums für wirtschaftliche  
32 Zusammenarbeit und Entwicklung, des Haushaltsausschusses und des „Unterausschusses  
33 Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und  
34 vernetztes Handeln“,  
35 c) substantielle institutionelle Förderung der Friedensorganisationen, insbesondere  
36 durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für effektivere und nachhaltige Maßnahmen  
37 zivilgesellschaftlicher Organisationen im Ausland durch  
38 - Anpassung der Bundeshaushaltsordnung, damit die internen Vergabevorgaben die häufig  
39 langfristigen friedensfördernden Transformationsprozesse unterstützen statt behindern  
40 - Programmfinanzierung, d.h. Förderung langfristiger Programme und Projekte (z.B. 10  
41 bis 15 Jahre) und  
42 - institutionelle Förderung lokaler Partner (Infrastruktur, Personalkosten, laufende  
43 Kosten, Qualifizierungsprogramme)
- 44 3. die Entwicklung entsprechender ziviler Instrumente zu fördern,
- 45 4. die Stärkung der Bewusstseinsbildung zum Thema „Zivile Krisenprävention- und  
46 Konfliktbearbeitung“ und mehr politische Rückendeckung z.B. durch  
47 öffentlichkeitswirksame Herausstellung

## **Begründung**

Trotz der Fortschritte im Themenfeld wird die zivile Komponente oftmals als nachgeordnet zur militärischen dargestellt. Die besondere Bedeutung der zivilen Komponente der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sollte jedoch Vorrang haben und weiter ausgebaut werden. Angesichts des Sachstandes in der deutschen Politik und der mangelnden politischen Aufmerksamkeit für Präventionspolitik droht die Gefahr, dass die friedenspolitische Programmatik von der Agenda verschwinden könnte. Gerade in Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine lässt sich feststellen, dass die Zivile Konfliktbearbeitung politisch in den Hintergrund tritt und die Mittel für die Bundeswehr und ihre Auslandseinsätze derzeit stärker wachsen als die Gelder für Zivile Konfliktbearbeitung.

Diese Tendenz zeigt auch eine vom Kreisverband Lörrach und Karlsruhe durchgeführte Umfrage bei einer Reihe von Friedensorganisationen. Diese berichteten, dass eher Mangel und die Befürchtung vor weiteren Kürzungen vorherrsche. Neben den finanziellen Sorgen schilderten alle Organisationen, dass insbesondere das Fehlen einer institutionellen Förderung ihre Arbeit erschwere. Da Förderungen meist projektbezogen sind, wird durch die wiederkehrende Antragstellung Arbeitskraft gebunden und langfristige Planung behindert. Da Krisen- und Gewaltprävention langfristig angelegt ist, bedarf es dringend einer Verbesserung dieser Situation.

Dabei wurde auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 eine entsprechende operative Infrastruktur geschaffen (Zentrum Internationale Friedenseinsätze,



Forum Ziviler Friedensdienst, präventionsorientierte Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Finanzierung von Projekten gesellschaftlicher Träger, Ausbau der Polizei- und Rechtshilfe, umfangreiches personelles und finanzielles Engagement im Rahmen der EU und der UNO). Diese Programmatik gründete auf der Erkenntnis, dass es einen Zusammenhang von Prävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung gibt und der Zivilen Konfliktbearbeitung Vorrang einzuräumen ist. Gewaltfreie Konfliktbearbeitung sollte nunmehr nicht nur als Reparaturmaßnahme nach dem Scheitern anderer, vor allem militärischer Ansätze, verstanden werden.

Die erste rot-grüne Bundesregierung verpflichtete sich bereits im Koalitionsvertrag von 1998 zum Aufbau eines zivilen Friedensdienstes als Alternative zu militärischen Interventionen. Dieser Zusammenschluss und die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure ist weltweit einmalig. Bereits ein Jahr später begannen die ersten Friedensfachkräfte des Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD) ihre Arbeit in Konfliktregionen.

Kernaufgabe des ZFD ist die Vermittlung von fachlich und menschlich qualifizierten Friedensfachkräften in Konfliktregionen. Mehr als 700 Menschen wurden an der Akademie für Konflikttransformation des ZFD als sogenannte Friedensfachkräfte ausgebildet. Friedensfachkräfte aus Deutschland sind in rund 70 Ländern in der internationalen Friedensarbeit aktiv. Finanziert werden die Aktivitäten des ZFD vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). 2021 wurde der ZFD vom BMZ mit rund 55 Millionen Euro gefördert.

Daneben gibt es in der deutschen Friedensarbeit zahlreiche weitere Organisationen, die hauptsächlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert werden. Diese sind als komplementäre Partner der staatlichen Außenpolitik zu sehen.

Mit dem Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) verfügt die Bundesregierung seit 2002 außerdem über eine Durchführungsorganisation für die Rekrutierung, Vorbereitung und Vermittlung von Personal für internationale zivile Friedenseinsätze und Wahlbeobachtungseinsätze. Gesellschafterin des ZIF ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Auswärtige Amt.

Um die Koordination der Krisenprävention zu verbessern, hat die Bundesregierung 2004 den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“ ins Leben gerufen. Auch dieses Instrument hat internationalen Vorbildcharakter. Das Besondere am deutschen Aktionsplan ist, dass er zivile Aspekte der Krisenprävention betont und zivilgesellschaftliche Akteure systematisch einbindet. Die Bundesregierung hat mit diesem Aktionsplan das Primat einer zivilen Friedenspolitik als Anspruch formuliert.

## Antrag AUS 04: Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde

Antragsteller*in:	KV Emmendingen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Parteivorstand
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### 1 **Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde**

2 Frieden muss das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

3 Deshalb fordern wir:

- 4 • Die SPD setzt auf Bundes- und Länderebene Arbeitsgruppen bzw. Kommissionen zum  
5 Thema „Friedenspolitik und Vereinte Nationen“ ein. Diese sollen programmatische  
6 Grundlagen für eine sozialdemokratische Politik der Friedensförderung und  
7 Nachhaltigkeit für die Legislaturperiode und die Jahre bis 2030 formulieren.  
8 Ferner sollen sie aktuelle friedenspolitische Geschehnisse bzw. Konflikte  
9 beurteilen und kommentieren.
- 10 • Die SPD ernennt im Bundesvorstand - in Doppelspitze - zwei friedenspolitische  
11 Sprecher\*, davon mindestens eine Frau.
- 12 • Die SPD setzt sich dafür ein, im Bundeshaushalt ein Ressort für Krisenprävention  
13 und -Mediation einzuführen.
- 14 • Die SPD verstärkt die innerparteiliche, und die internationale Vernetzung zu  
15 Frieden und Völkerrecht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und  
16 versteht sich als Teil entsprechender zivilgesellschaftlicher auch  
17 internationaler Initiativen.
- 18 • Die SPD führt einen Landesparteitag mit dem Schwerpunktthema „Frieden auf der  
19 Erde – Frieden mit der Erde“ durch.

### **Begründung**

Auch in kriegerischen Zeiten müssen wir friedensfähig bleiben. In der Tradition von Willy Brandts und Erhard Epplers muss Friedenspolitik auch in diesen Zeiten ein wesentliches und unverwechselbares Kernelement sozialdemokratischer Politik sein.

Bei der in Arbeit befindlichen Nationalen Sicherheitsstrategie, die die Leitplanken für die internationale Politik Deutschlands der kommenden Jahre festlegen soll, muss die SPD deshalb erreichen, dass sie nicht auf sicherheitspolitische Aspekte beschränkt bleibt oder Sicherheit gar mit militärischer Stärke gleichsetzt. Eine nationale Sicherheitsstrategie muss politisch geweitet und zu einer Nationalen Friedens- und Sicherheitsstrategie entwickelt werden.

Diplomatie, Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung müssen dauerhaft, systematisch -

inhaltlich und in ihren Verfahren (z.B. Mediation) - ausgebaut werden.

Sozialdemokratische Initiativen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa gehören unmittelbar zu einer zukunftsfähigen Sicherheitsstrategie. Ohne den Kampf gegen Klimakrise, Hunger, Pandemien und Artensterben (über und mit den Vereinten Nationen) führt eine Sicherheitsstrategie in die Irre. In der Strategie, die die Leitplanken der deutschen internationalen Politik bestimmen soll, müssen deshalb die Sicht und die Interessen des sog. „Globalen Südens“ (z.B. u.a. Indiens, Afrikas und Lateinamerikas) gehört und systematisch einbezogen werden. Die weltweiten Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine führen diese Notwendigkeit aktuell unübersehbar vor aller Augen.

Dabei sollte die deutsche internationale Politik die Linie verfolgen, Konfrontationen zu vermeiden oder abzubauen und unterschiedliche Interessen und Positionen auszugleichen und zusammenzuführen. Die damit verbundene Übernahme von weltweiter Verantwortung durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgt auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten. Erfolgsbedingungen sind eine kraftvolle Wirtschaft, ein starkes demokratisches System und die Fähigkeit, das eigene Land und andere zu verteidigen.

Ziel dieses Antrags ist es, deutlich zu machen, dass Frieden zwischen Ethnien und Nationen ohne Frieden mit der Natur angesichts der ökologischen Krisen im Weltmaßstab nicht möglich sein wird. Auch Klimapolitik ist Friedenspolitik.

Unsere Partei hat eine doppelte DNA – Gerechtigkeit und Frieden.

Am erfolgreichsten war sie, wenn sie sich in beiden Politikfeldern aktiv und erkennbar engagierte. Diese Tradition im Sinne von Willy Brandt und Erhard Eppler neu zu beleben ist Sinn des Antrags. Die darin enthaltenen Vorschläge sollen dazu beitragen, dass hierzu aktuell und künftig geeignete und wirkmächtige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine friedenspolitische Positionierung auf einem Bundesparteitag wäre ein guter erster Schritt. Seit Ende des Kalten Krieges sind wichtige (Verhandlungs-) Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik zu Sicherheit und Frieden vernachlässigt worden.

Der Ukrainekrieg ist eine tiefe Zäsur für die Beziehungen und das Zusammenleben der europäischen Gesellschaften und Staaten – mit weltweiten Auswirkungen. Militärische und sicherheitspolitische Überlegungen bestimmen verständlicherweise aktuell die öffentlichen Debatten und Entscheidungen der Regierungen. Sicherheit ist ein Hauptpfeiler in der Außenpolitik, und sie wird auf absehbare Zeit in Europa ohne und gegen Russland entwickelt werden müssen. Für die Politik ist es aber wichtig, auch in kriegerischen Zeiten friedensfähig zu bleiben. Dazu gehört auch, dass die politischen Schlussfolgerungen aus der „Zeitenwende“ nicht nur oder überwiegend sicherheitspolitisch dominiert sind.

Die zahlreichen internationalen Probleme, die nach einer Lösung schreien, lassen sich nicht aus einer eng geführten sicherheitspolitischen Perspektive bewältigen. Deswegen ist eine mehrfache Öffnung der Debatte und der damit verknüpften politischen Entscheidungen notwendig.

Für die angekündigte Nationalen Sicherheitsstrategie heißt das u.a.:

- Zeitlich: Die Perspektive muss über die gegenwärtige Legislaturperiode auf die Jahre bis etwa 2030 hinausreichen.

- Inhaltlich: Der europäische Blickwinkel muss durch die Sichtweise / Probleme / Möglichkeiten der Länder des sog. „Globalen Südens“ erweitert werden. Die mit Abstand stärkste Dynamik der

Umweltzerstörung und Klimaerwärmung findet derzeit in den Entwicklungsländern einschließlich China statt. Gegenwärtig sind weltweit etwa 1300 neue Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung, 90% von ihnen in Entwicklungsländern. Über die Problembeschreibung hinaus muss hier an gemeinsamen - Lösungen gearbeitet werden.

- Methodisch: Diplomatie muss durch die Mittel der Mediation und anderer entwickelter Möglichkeiten ziviler Konfliktbewältigung ergänzt werden.

Krieg, Terror und Gewalt brauchen ein klares Nein. Die Politik darf an diesem Punkt nicht stehen bleiben. Es geht darum, politisch Handlungsräume zu schaffen, in denen sich Frieden entwickeln kann – zwischen den Staaten und innerhalb der Gesellschaften. Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte deshalb als ein umfassendes Konzept der Bundesregierung zur Friedensförderung und Nachhaltigkeit in der internationalen Politik angelegt sein und dem Bundestag vorgelegt werden.

*Anmerkung: Dieser Antrag fußt auf einem Entwurf des Freundeskreises Erhard Eppler und der Initiative Frieden 2.0 in wesentlicher Autorenschaft von Gernot Erler und Ernst Ulrich von Weizsäcker. In ähnlicher Form wird er auf dem Kreisparteitag in Freiburg eingebracht. In der vorliegenden Form wurde er von Wolfram Wette und Christoph Bayer formuliert.*

## Antrag AUS 05: Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Parteivorstand
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### 1 **Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde**

2 Frieden muss das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

3 Auch in kriegerischen Zeiten müssen wir friedensfähig bleiben. Die SPD muss sich  
4 wieder auf ihre Tradition, auf das Erbe Willy Brandts und Erhard Epplers besinnen.

5 Friedenspolitik muss auch in diesen Zeiten das unverwechselbare politische  
6 Alleinstellungsmerkmal der SPD sein.

7 Zielsetzung ist, deutlich zu machen, dass Frieden zwischen Ethnien und Nationen ohne  
8 Frieden mit der Natur angesichts der ökologischen Krisen im Weltmaßstab nicht möglich  
9 sein wird. Klimapolitik ist auch Friedenspolitik.

10 Bei der in Arbeit befindlichen Nationalen Sicherheitsstrategie, die die Leitplanken  
11 für die internationale Politik Deutschlands der kommenden Jahre festlegen soll, muss  
12 die SPD deshalb erreichen, dass sie nicht auf sicherheitspolitische Aspekte  
13 beschränkt oder Sicherheit gar mit militärischer Stärke gleichgesetzt wird, sondern  
14 politisch geweitet und zu einer Nationale Friedens- und Sicherheitsstrategie  
15 entwickelt wird, in der die Sicherheitspolitik einen Hauptfeiler bildet.

16 Für die Zukunft müssen Diplomatie, Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung  
17 dauerhaft, systematisch, inhaltlich und in ihren Verfahren (z.B. Mediation) ausgebaut  
18 werden.

19 Sozialdemokratische Initiativen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und ein  
20 atomwaffenfreies Europa gehören unmittelbar zu einer zukunftsfähigen  
21 Sicherheitsstrategie.

22 Ohne den Kampf gegen Klimakrise, Hunger, Pandemien und Artensterben - über und mit  
23 den Vereinten Nationen - führt eine Sicherheitsstrategie in die Irre.

24 In der Strategie, die die Leitplanken der deutschen internationalen Politik bestimmen  
25 soll, müssen deshalb die Sicht und die Interessen des sog. „Globalen Südens“ (z.B.  
26 Indiens, Afrikas und Lateinamerikas) gehört und systematisch einbezogen werden. Die  
27 weltweiten Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine führen diese Notwendigkeit aktuell  
28 unübersehbar vor aller Augen.

29 Dabei sollte die deutsche internationale Politik die Linie verfolgen, Konfrontationen  
30 zu vermeiden oder abzubauen und unterschiedliche Interessen und Positionen  
31 auszugleichen und zusammenzuführen.

- 32 Die damit verbundene Übernahme von weltweiter Verantwortung durch die Bundesrepublik  
33 Deutschland erfolgt auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer  
34 Möglichkeiten und hat als Erfolgsbedingungen eine kraftvolle Wirtschaft, ein starkes  
35 demokratisches System und die Fähigkeit, das eigene Land und andere zu verteidigen.
- 36 Die SPD setzt auf Bundes- und Länderebene Arbeitsgruppen bzw. Kommissionen zum Thema  
37 „Friedenspolitik und Vereinte Nationen“ ein. Diese sollen auf dieser Basis  
38 programmatische Grundlagen für eine sozialdemokratische Politik der Friedensförderung  
39 und Nachhaltigkeit für diese Legislaturperiode und die Jahre bis 2030 formulieren.  
40 Ferner sollen sie aktuelle friedenspolitische Geschehnisse bzw. Konflikte beurteilen  
41 und kommentieren.
- 42 Die SPD ernennt in Doppelspitze zwei friedenspolitische Sprecher\*, davon mindestens  
43 eine Frau.
- 44 Die SPD setzt sich dafür ein, im Bundeshaushalt einen Etatposten für Krisenprävention  
45 und -Mediation einzuführen.
- 46 Die SPD wird sich für die Einrichtung eines Friedensministeriums einsetzen.
- 47 Sie SPD wird die innerparteiliche, zivilgesellschaftliche und die internationale  
48 Vernetzung zu Frieden und Völkerrecht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
49 intensivieren.
- 50 Ziel ist ein SPD-Bundesparteitag mit dem  
51 Schwerpunktthema „Frieden auf der Erde –Frieden mit der Erde“.

## Antrag AUS 06: Kosovo gehört zu Europa! Mit Visafreiheit fängt es an.

Antragsteller*in:	KV Rhein-Neckar
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

- 1 **Kosovo gehört zu Europa! Mit Visafreiheit fängt es an.**
- 2 Wir bitten die Bundesregierung, sich hinsichtlich des Schengenraums für Visafreiheit
- 3 für den Kosovo einzusetzen und damit eine Perspektive der Hoffnung zu eröffnen, die
- 4 der europafreundlichen Einstellung der Bevölkerung des Kosovo Rechnung trägt.
- 5 Gleichzeitig bitten wir die Bundesregierung auf die fünf EU-Staaten – namentlich
- 6 Griechenland, Rumänen, die Slowakei, Spanien und die Republik Zypern – einzuwirken,
- 7 der völkerrechtlichen Anerkennung eines eigenständigen Kosovos zuzustimmen.
- 8

## Antrag B 01: Bildungsrückstände nach Corona abbauen - Mehr Chancengleichheit durch Unterstützung Benachteiligter und Lehrender

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	B - Bildung
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 9: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 12 - 13: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 14: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

### 1 Bildungsrückstände nach Corona abbauen - Mehr Chancengleichheit 2 durch Unterstützung Benachteiligter und Lehrender

3 Wir fordern:

- 4 • Eine Bestandsaufnahme des Lernrückstands und das gezielte unbürokratische  
5 Nachholen von Lerninhalten, z.B. durch kostenlose Nachhilfe.
- 6 • Mehr Budget für die Schulsozialarbeit, damit Kinder und Jugendliche, die während  
7 Corona häusliche oder psychische Gewalt erfahren haben, oder mental Probleme  
8 haben, Hilfe finden und so nötige Konzentration für die Schule wiedererlangen.
- 9 • Eine **AusFort**bildung für Lehrkräfte im Bereich **HybridFern**unterricht, die allen  
10 zugute kommt. Um sie auf künftige Fälle, wo kein Präsenz Schulbesuch möglich ist,  
11 vorzubereiten.
- 12 • ~~Schaffung einer einheitlichen Regelung, dass im Homeschooling min. 60% des~~  
13 ~~regulären Unterrichts als Live Unterricht gegeben wird.~~
- 14 • Unterstützungsangebote für Eltern im Bereich **HybridFern**unterricht.

### Begründung

Corona hat im Bereich Bildung zu einer Vergrößerung der Bildungsschere geführt. Lernschwache fielen zurück, mitunter aufgrund fehlender Unterstützung zu Hause und fehlender Ausbildung der Lehrkräfte im Bereich Hybridunterricht.

Chancengleichheit und gleiche Ausbildungsmöglichkeiten für alle ist einer der Grundpfeiler der sozialen Gerechtigkeit.

Durch die aktuellen Krisen, dürfen Defizite im Bereich Bildung nicht auf Ausbildungsbetriebe und Hochschulen verschoben werden.



## Antrag B 02: Vorschulische Bildung aller Kinder sichern

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch Beschlusslage
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **Vorschulische Bildung aller Kinder sichern**
- 2 Wir fordern den Landesparteitag auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landespartei
- 3 für eine verpflichtende Teilnahme aller Kinder an vorschulischer Bildung mindestens
- 4 ein, besser zwei Jahre vor der Einschulung sorgt. Die vorschulische Bildung muss
- 5 ebenso wie der Schulbesuch behandelt werden.

### Begründung

Bereits im Vorschulalter laufen entwicklungsgemäß kognitive und soziale Lernprozesse ab, die die spätere Bildungsfähigkeit der Kinder entscheidend prägen. Versäumnisse besonders im Bereich der Sprachbildung können die gesamte Bildungsbiographie der Kinder nachteilig beeinflussen. Die in unserem Land heute heranwachsenden Kinder erwerben im Elternhaus die „Muttersprache“, die jedoch für einen hohen Prozentsatz nicht Deutsch ist. Ohne sehr frühzeitigen Erwerb guter deutscher Kenntnisse sind aber die Lernbedingungen in der Grundschule für solche Kinder sehr erschwert und alle Kinder sind benachteiligt.

Für alle Kinder ist es somit unerlässlich, dass sie bereits im Rahmen der vorschulischen Bildung in einer Kindertageseinrichtung die deutsche Sprache erwerben und gesellschaftliche Normen kennen lernen, die ihnen einen problemlosen Übergang in die schulische Bildung ermöglichen.

Das Bildungsniveau der Vorschulkinder im Bereich Deutsch, Mathematik ist deutlich schlechter geworden, was nicht alleine auf Corona-bedingte Ausfälle zurückgeführt werden kann. Vielmehr ist es absolut unerlässlich, dass die Sprache im Bereich der Schule deutsch ist, um den Kindern die Entwicklungschancen nicht zu nehmen. Vorschulische verpflichtende Bildungseinrichtungen tragen außerdem dazu bei, die Chancengleichheit auch von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern anzuheben.

Grundschullehrkräfte müssen derzeit zusätzliche Leistungen zum grundlegenden Erwerb eines gemeinsamen Sprachniveaus leisten. Sie sind somit deutlich stärker belastet. Zwangsläufig ist die Qualität des Unterrichts bei Mehrsprachigkeit der Kinder ohne grundlegende Deutschkenntnisse für alle Kinder stark beeinträchtigt.

Die vorschulische Bildung muss mit der schulischen Bildung gleichgesetzt werden. Landes- und Bundespartei werden deshalb aufgefordert, diesen Sachverhalt in ihren Partei- und Regierungsprogrammen unbedingt weiter zu verfolgen und bei Regierungsverantwortung auch

umzusetzen. Die Bildung unserer Kinder ist unser Kapital!

## Antrag B 03: Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas

Antragsteller*in:	OV Rheinfelden, KV Lörrach
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Empfehlung erfolgt mündlich
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas**
- 2 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Wir kritisieren den geplanten Wegfall des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache
- 4 der Schlüssel zur Welt ist“ und bitten die SPD-Bundestagsfraktion, sich gegen die
- 5 Kürzung und für den Erhalt der Sprach-Kitas einzusetzen.
- 6 Damit bringen wir zum Ausdruck, dass wir die Qualitätsstandards im Bereich der
- 7 Inklusion, der sprachlichen Bildung, der Zusammenarbeit mit den Eltern und der
- 8 Digitalisierung aufrechterhalten wollen. Wir wollen damit auch die durch die Pandemie
- 9 bedingten Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und mehr Bildungsgerechtigkeit
- 10 erreichen.

### Begründung

Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und dessen Vorgängerprogramm unterstützen seit 2011 die Integration, Inklusion und Sprachbildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Das Programm sichert zusätzliche, gut ausgebildete Fachkräfte für die jeweiligen Sprach-Kitas und ermöglicht Beratungen und Weiterqualifizierungen für Erzieher\*innen.

Das Programm ist eine der erfolgreichsten Maßnahmen zur besseren Integration und Inklusion in den Kitas in Deutschland. Der Bund hat elf Jahre eine wichtige und dringend benötigte Stärkung der Kitas abgesichert, rund 7.500 Fachkräfte für die frühkindliche Bildung bereitgestellt. Von dem Programm haben zuletzt rund 600.000 Kinder in ganz Deutschland profitiert. Oftmals werden Sprach-Kitas in Gegenden gefördert, in denen es Familien und Kinder aufgrund eines geringeren finanziellen Einkommens deutlich schwerer haben. Kinder mit Migrationsgeschichte profitieren insbesondere vom Programm.

Nach elf Jahren hat die Bundesregierung einen Haushaltsentwurf für 2023 vorgelegt, der einen ersatzlosen Wegfall des Bundesprogramms vorsieht, entgegen der Vereinbarung der Ampel-Koalition im Koalitionsvertrag: „Die Kindertagespflege wollen wir als Angebot der Kindertagesbetreuung weiterentwickeln und fördern und das Programm „Sprach-Kitas“ weiterentwickeln und verstetigen (Ziffer 3163-3165)“. Der ersatzlose Wegfall des Programms würde zu einem massiven Verlust von gut qualifizierten Fachkräften in der Sprachbildung führen. Über

Jahre gewachsene Strukturen in den Einrichtungen würden wegfallen. Leidtragende sind Kinder und Beschäftigte in den Kitas, die qualifizierte Kolleg\*innen für die Inklusionsarbeit und Spracherziehung verlieren.

Die über das Programm geförderten Fachkräfte werden den Einrichtungen in Zukunft für die wichtige Sprachbildung und Inklusionsarbeit fehlen. Dazu entfallen die Fortbildungsmöglichkeiten aller Kolleg\*innen. Diese Arbeit muss kompensiert werden, so dass aufgrund der bereits jetzt vorherrschenden engen Personaldecke erhebliche Mehrbelastungen auf die Erzieher\*innen zukommen und die Qualität in der Betreuung der Kinder abnehmen wird. Vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftebedarfs für die frühkindliche Bildung ist dies ein fatales Signal, welches nicht nur zu Lasten der Kinder und Familien geht, sondern auch auf dem Rücken der Beschäftigten eine vermeintlich notwendige Haushaltskürzung umsetzt. Diese Kürzung bedeutet in letzter Konsequenz weniger Inklusions- und Integrationsarbeit in den Kitas.

Die SPD ist die einzige Partei in der Bundesregierung, die den Anspruch nach mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung mit dem Ziel von besseren Arbeitsbedingungen und keiner zusätzlichen Belastung für Familien verbindet. Auch deshalb sehen viele Menschen in Deutschland die SPD als die Kita-Partei an. Wenn nun entgegen der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Wegfall des Programms Realität wird, führt dies zu einem gravierenden Vertrauensverlust nicht nur bei den Familien und Erzieherinnen und Erziehern.

Der Verweis auf eine angespannte Haushaltslage, ein liberal geführtes Finanzministerium und ein grüngeführtes Familienministerium wird in dieser Konstellation nicht weiterhelfen. Es muss deshalb alles versucht werden, damit sich die SPD im parlamentarischen Verfahren im Bundestag dafür einsetzt, dass das Programm fortgeführt wird.

## Antrag B 04: "Runden Tisch" zur Stärkung der beruflichen Orientierung und Bildung einrichten

Antragsteller*in:	KV Waldshut
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 „Runden Tisch“ zur Stärkung der beruflichen Orientierung und Bildung einrichten  
2 Energiekrise und Klimakrise führen in unserer Gesellschaft aktuell einen  
3 unübersehbaren Fachkräftemangel vor Augen. Die Zahl junger Bewerber:innen auf  
4 Ausbildungsstellen geht immer weiter zurück (2022: minus 2,2 %), während die Zahl  
5 offenstehender Ausbildungsplätze immer weiter ansteigt (2022: plus 9,2 %). Das  
6 vermeldete das baden-württembergische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und  
7 Tourismus noch im Juli 2022.
- 8 Energiewende und Klimawende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe können jedoch nur  
9 gelingen, wenn sich dieser Trend umkehren lässt. Zu diesem Zweck fordern wir die  
10 Einrichtung eines landesweiten runden Tisches zur Berufsorientierung in Baden-  
11 Württemberg. Vertreter:innen der Ministerien sollen gemeinsam mit der Arbeitsagentur,  
12 den Gewerkschaften, den Kammern, den Unternehmen und den Vertreter:innen der am  
13 Schulleben Beteiligten konkrete Maßnahmen erarbeiten, um die Berufsorientierung in  
14 sämtlichen Schularten voranzutreiben und die berufliche Bildung in der öffentlichen  
15 Wahrnehmung und Wertschätzung voranzubringen. Denn nur mit mehr Berufsbildung und mit  
16 mehr Fachkräften wird die wirtschaftliche Transformation gelingen, die uns  
17 Energiekrise und Klimakrise aktuell abverlangen.

## Antrag B 05: Schwimmen in Baden-Württemberg sichern - energieeffizient und klimaneutral

Antragsteller*in:	KV Konstanz, KV Rastatt/Baden-Badeb, KV Tübingen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

### 1 Schwimmen in Baden-Württemberg sichern - energieeffizient und klimaneutral

2 Viele Kinder in Baden-Württemberg können nicht schwimmen. Dies liegt auch daran, dass  
3 Schwimmen als Teil des Sportunterrichts selten stattfindet und immer mehr  
4 Schwimmbäder geschlossen werden. Nach aktuellen Zahlen der DLRG lernen nur noch 26  
5 Prozent der Kinder das Schwimmen in der Grundschule – ein Weckruf für die  
6 Landespolitik!

7 Schon während der Pandemie waren es vor allem die Jüngsten unserer Gesellschaft, die  
8 unter den veränderten Bedingungen sowie den damit einhergehenden Einschränkungen zu  
9 leiden hatten. Kinder und Jugendliche gehören damit zu den Verlierer:innen von Covid-  
10 19.

11 Mussten in den vergangenen beiden Jahren viele Schwimm- und Hallenbäder bereits  
12 geschlossen bleiben, leiden sie durch die Auswirkungen des russischen Überfalls auf  
13 die Ukraine, der Gasknappheit sowie der nachfolgenden Energiepreise auch heute:  
14 Während im Juli 2022 mindestens 45 der noch 704 kommunal geführten Bäder durch die  
15 Preissteigerungen in ihrer Existenz bedroht waren, verwies das baden-württembergische  
16 Innenministerium unter Thomas Strobl (CDU) lediglich darauf, dass die Finanzierung  
17 und Verwaltung in Verantwortung der Kommunen liege. Diese sollten als kleinste  
18 organisatorische Einheit einmal mehr für die Mehrkosten geradestehen.

19 Bei dieser Debatte, welche regelmäßig durch Ministerpräsident Winfried Kretschmann  
20 (B90/Die Grünen) ad absurdum geführt wird, geht es jedoch keinesweges um Luxusgüter –  
21 stattdessen sind Schwimm- und Hallenbäder substantieller Bestandteil der Erziehung  
22 von Kindern und Jugendlichen. Denn: Schwimmen wird heute nicht in der Donau erlernt,  
23 sondern in Schulen und Vereinen, die auf eine solide Infrastruktur angewiesen sind.  
24 Nur noch jede vierte Grundschule hat Zugang zu ausreichend Schwimmflächen. Diesem  
25 Trend wollen wir entgegentreten, unsere Schwimm-Infrastruktur muss in öffentlicher  
26 Hand bleiben und zukunftsfähig gemacht werden!

27 Mit großer Sorge blicken wir daher auf die tagesaktuellen Debatten zur Schließung von  
28 Schwimmbädern während der Winterzeit. Klar ist: Jeder Bereich muss einen Beitrag zur

29 Milderung der aktuellen Gas- und Energiekrise leisten. Es gilt in dieser Notlage, die  
30 Einsparziele für die nächste Heizperiode zu sichern sowie private Verbraucher:innen  
31 vor Ausfällen im Strom und Gasbereich zu schützen. Gleichzeitig muss die Schließung  
32 von Schwimmanlagen, die nicht reine "Spaß-" oder "Wellnessbäder" sind, bestmöglich  
33 vermieden werden. Langfristig benötigt die Vielfalt der Bäderlandschaft in Baden-  
34 Württemberg umfangreiche Förderungen.

35 Wir wollen eine Trendwende hin zur Sicherung bestehender Infrastruktur und dem Aufbau  
36 von mehr Schwimmfläche einleiten. Folgende Maßnahmen müssen dafür seitens des Landes  
37 getroffen werden:

38 **Auflage des kurzfristig angelegten "Solidarpakt Bäder in Baden-Württemberg".** In  
39 diesem verpflichtet sich das Land zur Übernahme von 80% der zusätzlich entstandenen  
40 Heiz- und Stromkosten der Bäder in Baden-Württemberg, vorläufig in den Jahren 2022  
41 und 2023. Maßgeblich für die Berechnung ist hierbei die Differenz zu den  
42 durchschnittlichen Kosten im Jahr 2019. Die Förderung ist gleichzeitig an die  
43 Einstellung von nicht zwingend notwendigen Attraktionen wie etwa Rutschen,  
44 Wellenbäder, beheizte Außenbecken und Saunen geknüpft. Zusätzlich sollen die Bäder  
45 nach Möglichkeit die durchschnittliche Wassertemperatur um bis zu zwei Grad Celsius  
46 senken, entsprechend den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen.  
47 Damit wollen wir die beiden übergreifenden Ziele, den Erhalt der Bäderlandschaft, für  
48 das Schwimmenlernen von Kindern und Jugendlichen sowie die notwendige Reduzierung des  
49 Gasverbrauchs in allen Bereichen vereinen.

50 **Auflage des langfristig angelegten "Förderprogramm energieeffiziente Bäder in Baden-  
51 Württemberg"** mit einem jährlichen Fördervolumen von 150 Millionen Euro. Die Förderung  
52 des Landes ist dabei gedeckelt auf 50% der Investitionskosten bzw. maximal 10  
53 Millionen Euro je Projekt. Die Mittel sind an die Sanierung bzw. den Neubau von  
54 Schwimmbädern nach dem Passivhaus-Konzept gebunden. In ersten Modellprojekten  
55 konnten dabei rund 70% der Wärmeenergie und 40% des Strombedarfs eingespart werden. Zu den  
56 geforderten Maßnahmen des Förderprogramms gehört entsprechend des Passivhaus-  
57 Konzeptes u.a. die entsprechende thermische Isolierung von Außenwänden und  
58 Glasfronten. Außerdem müssen Lüftungsanlagen grundsätzlich mit automatischen Reglern  
59 und Wärmerückgewinnung verbaut werden. Durch digitale Vernetzung kann der Betrieb von  
60 Lüftungsanlagen so an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Um die notwendige  
61 Energie- und Wärmegewinnung möglichst effizient und nachhaltig zu gestalten, setzen  
62 wir auf Wärmepumpen sowie perspektivisch mit grünem Wasserstoff betriebene  
63 Blockheizkraftwerke. Damit wollen wir unsere Bäderlandschaft vielfältig und  
64 zukunftssicher machen. Dazu gehört nicht zuletzt, die Bäder nachhaltig aufzustellen  
65 und die Klimaziele zu erreichen.

66 **Einsetzung eines "Fördertopf Seepferdchen" in Höhe von 2 Mio Euro jährlich.** Daraus  
67 soll das Förderprogramm für Anfängerschwimm-AGs der Stiftung Sport in der Schule  
68 Baden-Württemberg mit jährlich 1 Mio. Euro aus Landesmitteln unterstützt werden. Das

69 erfolgreiche Programm ermöglicht die Einrichtung außerunterrichtlicher Schwimm-AGs im  
70 Grundschulbereich und leistet so einen wichtigen Beitrag für flächendeckenden  
71 Schwimmunterricht. Das Land soll hierbei außerdem auf eine Überprüfung und ggf.  
72 Anpassung der entsprechenden Fördersumme pro Schwimm-AG hinwirken. Mit weiteren 1  
73 Mio. Euro sollen Vereine, Initiativen und Projekte unterstützt werden, die wichtige  
74 Arbeit für das Schwimmenlernen in Baden-Württemberg leisten. Dazu zählen Schwimmkurse  
75 bereits vor dem Grundschulalter, Unterricht für Schüler:innen der weiterführenden  
76 Schulen, entsprechende Kurse für Erwachsene und Angebote, die sich auf besondere  
77 Zielgruppen konzentrieren, z.B. Kinder von Geflüchteten. Vereine und Initiativen  
78 sollen sich unkompliziert durch einen digitalen Antrag auf die Mittel des Landes  
79 bewerben können. Mit diesem Topf unterstützen wir die Bemühungen von Schulen und  
80 Kommunen, flächendeckend Schwimmunterricht anzubieten und stärken Akteure, die  
81 bestehende Lücken in der Versorgung schon heute durch ihr Engagement schließen.

82 Die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen ist lebenswichtig. Wir setzen uns  
83 entschlossen für die Sicherheit in unseren Bädern und an den Badeseen ein. Das Land  
84 trägt Verantwortung, Bemühungen vonseiten des Bundes zu unterstützen. Dieser wollen  
85 wir gerecht werden!



## Antrag B 06: Studierende unterstützen - Psychische Gesundheit ernst nehmen

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung

### 1 **Studierende unterstützen - Psychische Gesundheit ernst nehmen**

2 Schon vor der Corona-Pandemie waren in Deutschland jährlich ein Viertel bis ein  
3 Drittel der Bevölkerung von psychischen Erkrankungen bzw. Symptomen betroffen,  
4 ähnliche Zahlen gelten auch für die Europäische Union. Dies trifft nicht zuletzt auch  
5 junge Menschen: Insbesondere Studierende hat es während der Corona-Pandemie hart  
6 getroffen:

7 In Deutschland existieren derzeit 57 organisierte Studierendenwerke.

8 Während in Baden-Württemberg alle 8 dieser über eine psychologische Beratungsstelle  
9 mit Ansprechpartner\*innen verfügen [1], ist in den letzten Jahren - vor allem bedingt  
10 durch die Corona-Pandemie - für viele die Distanz zu Hilfsangeboten größer geworden,  
11 der Beratungsbedarf jedoch gestiegen.

12 Nicht nur getrieben von höheren Durchfall-/Abbruchquoten [2] mussten sich Studierende  
13 innerhalb der letzten zwei Jahre durch Online-Vorlesung und Selbststudium zwingen,  
14 oft in einer neuen Stadt, ganz allein.

15 Nun erfordert es schnelles Handeln: Die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten und gerade  
16 jetzt ein Zeichen zu setzen, dass die Politik die Jugend nicht im Stich lässt, hat  
17 oberste Priorität - gerade, weil junge Menschen sich während der Pandemie besonders  
18 solidarisch gezeigt haben.

19 Die Jusos Baden-Württemberg fordern hierzu folgendes:

### 20 **Forderung Stärkung der Studierendenwerke:**

21 Wir fordern, dass psychologische Beratungsarbeit bestehender Studierendenwerke nicht  
22 länger auf Eigenfinanzierung angewiesen sein soll. Es soll explizit durch  
23 Ländermittel ermöglicht werden, die lokale Infrastruktur für Sozialarbeit nach Bedarf  
24 zu gewährleisten, ohne dass Semestergebühren in die Höhe wachsen.

25 Bisher stellen Schleswig-Holstein und Sachsen ein Beispiel für die Länderbeteiligung  
26 dar.

### 27 **Forderung Angebotsaufklärung & Stigmatabekämpfung:**

28 Ebenso wissen wir, dass durch nur ausreichend Geld nicht alle Löcher zu stopfen sind.

29 Wir Jusos Baden-Württemberg fordern, größere Aufklärungsarbeit über die bereits  
30 bestehenden Möglichkeiten, um die Entstigmatisierung von psychischen  
31 Gesundheitsproblemen aktiv voranzutreiben. Die Hochschule soll so aus Augen des  
32 Landes nicht länger allein Prüfungsstätte, sondern auch Ort des sozialen Austauschs  
33 und einen sicheren Raum für Student\*innen darstellen.

34 **Forderung an die Kultusministerien und Bildungseinrichtungen der Länder:**

35 Verstärkter Austausch der Kultusministerien mit Bildungsforschungsinstitutionen  
36 (bspw.: DIPF, IFS (TU Dortmund)), sowie Überprüfung und Weiterentwicklung der  
37 Lehrpläne, hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf psychische Gesundheitsprävention,  
38 Ausbau der Weiterbildungsinfrastruktur (für bspw.  
39 Vertrauenslehrer\*innen).

40 Einführung eines postakademischen Ausbildungsgangs (Schulpsycholog\*in), für  
41 Psycholog\*innen, mit dem Ziel, praktische Fähigkeiten für das Berufsfeld Schule zu  
42 erwerben.

43 Forderung an Schulen und Lehrer\*innen: Schaffung freier Unterrichtsstunden für die  
44 psychologische Gesundheitsprävention und Aufgreifen von außerschulischen  
45 Bildungsangeboten von z.B. Vereinen (bspw. Irrsinnig Menschlich e.V.).

46 **Forderung an die Institutionen des tertiären Bildungsbereichs:**

47 Informationsveranstaltungen für Studierende bei welchen sich die Studierendenwerke  
48 vorstellen (psychologische Beratungsstelle, Studierendenberatung etc.), sowie  
49 verstärktes Aufzeigen der Sozialdienstleistungen der Studierendenwerke durch  
50 multimediale Kanäle.

## Begründung

Die Corona-Pandemie hat bestehende Probleme für Studierende im Bereich der psychischen Gesundheit verschärft.

Studierendenwerke brauchen mehr Kapazität im Bereich der Sozialdienstleistungen, die nicht auf Studierende - z.B. durch Erhöhung des Semesterbeitrags - abgewälzt werden dürfen. Dabei ist es notwendig, dass diese durch die Länder finanziell unterstützt werden. Des Weiteren müssen bestehende Angebote besser beworben und niederschwellig zur Verfügung gestellt werden. Bereits in den Schulen muss mit der psychischen Gesundheitsprävention begonnen werden. Dafür ist es unabdingbar, dass Stellen aufgestockt werden. Daher erachten wir einen postakademischen Ausbildungsgang zum/zur Schulpsycholog\*in für sinnvoll, um eine gezielte Spezialisierung für den Schulbetrieb schaffen zu können. Auch die Schaffung von freien Unterrichtsstunden für Lehrkräfte und Schüler\*innen und das Nutzen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Angebote erachten wir für sinnvoll.

Quellenverzeichnis:

[1]: [https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Studierendenwerk/Studierendenwerke-internet-auftritt\\_-\\_Stand\\_September\\_2020.pdf](https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Studierendenwerk/Studierendenwerke-internet-auftritt_-_Stand_September_2020.pdf)

[2]: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/coronavirus-studium-universitaet-100.html>

## Antrag B 07: Mind the (Digital) Gap - Für eine stärkere Verankerung der Bildungsgerechtigkeit in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen

Antragsteller*in:	KV Ortenau
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **Mind the (Digital) Gap - Für eine stärkere Verankerung der Bildungsgerechtigkeit**  
2 **in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen**  
3 (Digitaler) Bildungserfolg darf nicht von der Wahl der Schule und deren digitalem  
4 Entwicklungsstand  
5 abhängen!
- 6 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und den Landesvorstand dazu auf, sich für eine  
7 stärkere  
8 Verankerung der Bildungsgerechtigkeit in den Digitalisierungsinitiativen an den  
9 Schulen einzusetzen.  
10 Im Einzelnen fordern wir:
- 11 1. Die Evaluation des digitalen Entwicklungsstands an den Schulen in Baden-  
12 Württemberg  
13 muss entscheidend vorangebracht werden, um systematisch ungleiche Kontextbedingungen  
14 offenzulegen und damit eine Basis für evidenzbasierte Maßnahmen zu  
15 schaffen. Der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit muss in den Evaluationsprojekten  
16 angemessen  
17 berücksichtigt werden [1].
- 18 2. Die Ursachen für eine stärker werdende Spaltung zwischen digital stark und digital  
19 schwach aufgestellten Schulen konnten noch nicht systematisch nachgewiesen werden.  
20 Hier sind entsprechende Initiativen anzustoßen.
- 21 3. Die bedarfsgerechte Verteilung der Mittel (z. B. über sog. „Sozialindizes“) muss  
22 in Zukunft  
23 stärker in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen verankert werden. In Baden-  
24 Württemberg steckt die Ressourcensteuerung über sozialindexbasierte Modelle  
25 noch in den Kinderschuhen [2]. Hier sind entsprechende Grundlagen zu schaffen.
- 26 An die SPD-Bundestagsfraktion gerichtet fordern wir, dass auch auf Bundesebene  
27 Bildungsgerechtigkeits- und Verteilungsfragen (z. B. im Rahmen eines potenziellen  
28 „Digitalpaktes 2.0“  
29 oder anderer Programme) stärker berücksichtigt werden.
- 30 Ziel ist die Gewährleistung von flächendeckenden digitalen Qualitätsstandards über

- 31 alle Schulformen  
32 hinweg und unabhängig von den jeweiligen sozioökonomischen Kontextbedingungen  
33 der Schulen und damit die Förderung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit  
34 im  
35 digitalen Zeitalter.

## **Begründung**

Digitale Kompetenzen gehören schon heute zu den Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhunderts und werden mit Fortschreiten der Digitalisierung und Technologisierung in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass bereits an den Schulen der Grundstein für die soziale, politische und ökonomische Teilhabe der Bürger\*innen im digitalen Zeitalter gelegt wird.

Wir begreifen Digitalisierung als Chance und Innovationstreiber. Diese Chancen gehen weit über eine rein ökonomische Perspektive hinaus und wirken gesamtgesellschaftlich. Digitalisierung kann - in einer dezentralen, inklusiven und demokratischen Ausgestaltung - einen positiven Beitrag zu mehr Teilhabe und Chancengleichheit leisten. Die Digitalisierungsinitiativen an den Schulen sind daher weiter zu unterstützen, voranzutreiben und aktiv zu gestalten.

Die COVID-19-Pandemie hat die Digitalisierungsrückstände an den Schulen schonungslos offengelegt und in der Folge eine häufig als „Digitalisierungsschub“ bezeichnete Entwicklung ausgelöst. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten sind den Schulen über den „Digitalpakt“ umfassende Investitionssummen zugeflossen [3].

Das Gelingen dieser Initiativen - und schlussendlich die Verwirklichung der oben dargelegten und hier angestrebten gesellschaftspolitischen Ausgestaltung des Digitalen - setzt jedoch die richtigen Weichenstellungen voraus. Andernfalls drohen sich die aus den weitreichenden Transformationsprozessen resultierenden Chancen in Risiken für eine moderne, freie, gerechte und solidarische Gesellschaft zu verkehren; bestehende Ungleichheiten könnten zusätzlich verstärkt und letztlich zementiert werden.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck; die reine Transformation von analogen in digitale Schulmedien kein Allheilmittel. Die Fokussierung auf die digitale Ausstattung an den Schulen war im ersten Schritt richtig, um Infrastrukturen zu schaffen, kann jedoch mittel- und langfristig nicht zielführend sein. In diesem Kontext ist auch der Begriff der „digitalen Kompetenzen“ weiter zu fassen. Digitale Kompetenzen im weiteren Sinne beinhalten neben der Vermittlung von digitalen Lern-, Kommunikations-, Partizipations- und Arbeitsmöglichkeiten auch die Befähigung der Schüler\*innen zu einem kritischen und reflektierten Umgang mit Medien im digitalen Raum [4].

Diese Kompetenzen bilden eine entscheidende Grundlage für:

1. die späteren Chancen der Schüler\*innen in der beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt (ökonomische Dimension des Digitalen);
2. die digitale Teilhabe als Voraussetzung für die soziale Teilhabe in einer digitalen Gesellschaft (gesellschaftlich-kulturelle Dimension des Digitalen);
3. daran anschließend die politische Partizipation (insbesondere angesichts der Entwicklung,

dass sich der Meinungs- und politische Willensbildungsprozess immer stärker in den digitalen Raum verlagert und Bürger\*innen dort zunehmend mit Desinformationskampagnen konfrontiert sind);

4. nicht zuletzt die Resilienz der Schüler\*innen im Sinne eines verantwortungsbewussten Umgangs mit digitalen Angeboten und Möglichkeiten (auch mit Hinblick auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Schüler\*innen).

Im Umkehrschluss kommt ein Mangel an diesen Kompetenzen einer Beeinträchtigung der Schüler\*innen in ihren individuellen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten gleich. Vor diesem Hintergrund sind systematisch ungleiche Kontextbedingungen an den Schulen und potenzielle Verteilungseffekte in den Digitalisierungsinitiativen zwingend zu berücksichtigen. Bundesweite Studienergebnisse haben erste Anhaltspunkte geliefert, dass eben jener Aspekt bislang nicht ausreichend in die Gestaltung der Digitalisierungsprogramme eingeflossen ist:

- Die deutsche Ausgabe der „ICLIS“-Studie („International Computer and Information Literacy Study“) hat bereits 2018 darauf hingewiesen, dass Deutschland im Bezug auf die digitalen Kompetenzen der Schüler\*innen nicht nur lediglich im Mittelfeld platziert ist, sondern dass zusätzlich der Gap zwischen guten und schlechten Schüler\*innen vergleichsweise groß ist [5].
- Die Studie „Digitalisierung im Schulsystem 2021“ im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kam zu dem Ergebnis, dass sich eine Spaltung in digitale „Vorreiter“- und „Nachzügler“-Schulen abzeichnet [6]. Auch die Studie „Die Umsetzung des Digitalpakts Schule 2022“ weist auf eine teilweise Verstärkung ungleicher Lernbedingungen im Zuge des „Digitalisierungsschubs“ sowie auf schleppende Aufholeffekte unter den Schulen und Schulformen hin [7].

In der Konsequenz droht nach ersten Fortschritten bei dem Abbau einer digitalen Spaltung (Zugang) die parallele Verschärfung einer digitalen Ungleichheit (Nutzung). Die sich schon jetzt abzeichnende Schere zwischen „digitalen Gewinnern“ und „digitalen Verlierern“ wird - ohne ein effektives Gegensteuern - noch weiter auseinandergehen. Schlechtere Rahmenbedingungen und Infrastrukturen einerseits sowie Personalengpässe und eine zunehmende Belastung der Lehrkräfte andererseits sind Negativfaktoren, die sich wechselseitig verstärken.

Neben dem Elternhaus wird dann auch die individuelle Wahl der Schule immer stärker über den Bildungserfolg oder -misserfolg der Schüler\*innen entscheiden. Diese Entwicklung steht unserem Ziel von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in einer digitalen Gesellschaft fundamental entgegen.

Die grün-schwarze Landesregierung hat zu wenig getan, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Auch die aktuell angekündigten „Erprobungsprojekte“ laufen zu zögerlich an und sind zu unpräzise [1,2]. Die SPD-Landtagsfraktion und der Landesvorstand sind daher aufgefordert, ihrerseits die Verankerung von Bildungsgerechtigkeit in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen stärker zu platzieren und zu gestalten. Die von uns oben dargelegten Forderungen können einen entscheidenden Beitrag leisten, um digitale Bildungsqualität flächendeckend - und damit unabhängig von Schulformen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen - sicherzustellen.

Referenzen

- [1] Ein Evaluations-„Tool digitale Schule“ wurde mit Beginn des Schuljahres 2022/23 in Form eines sog. „Erprobungsprojekts“ angekündigt. Es ist offen, inwieweit der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit angemessen berücksichtigt wird. Abgerufen am 26.09.2022 über: <https://ibbw-bw.de/,Lde/Startseite/Systemanalysen/Erprobungsprojekt+Tool+digitale+Schule>
- [2] Das Kultusministerium hat in einer Pressemitteilung vom 01.07.2022 zunächst einen „Einstieg in die Erprobung eines sozialindexbasierten Modells“ angekündigt. Abgerufen am 26.09.2022 über: <https://km-bw.de/,Lde/startseite/service/2022-07-01Stellungnahme+zu+den+Ergebnissen+des+IQB-Bildungstrends+2021> Ein Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat bereits 2019 darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg diesbezüglich im Bundesvergleich schwach aufgestellt ist. Abgerufen am 26.09.2022 über <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15755.pdf>
- [3] Aus dem Digitalpakt sind 585 Millionen Euro auf Baden-Württemberg entfallen. Laut einer Pressemitteilung des Kultusministeriums BW vom 28.04.2022 waren zu diesem Zeitpunkt bereits 90 Prozent der Mittel gebunden. Pressemitteilung abgerufen am 26.09.2022 über: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/antragsfrist-fuer-digitalpakt-schule-endet>
- [4] Seit 2016 ist die Medienbildung in Baden-Württemberg sowohl spiralcurricular und fächerintegrativ als auch im Rahmen eines „Basiskurses Medienbildung“ in Klasse 5 an allen weiterführenden Schulen im Lehrplan verankert.
- [5] B. Eickelmann, W. Bos, J. Gerick, F. Goldhammer, H. Schaumburg und K. Schwippert, M. Senkbeil und K. Vahrenhold ICILS 2018 #Deutschland. Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im zweiten internationalen Vergleich und Kompetenzen im Bereich Computational Thinking, Münster: Waxmann, 2019. Abgerufen am 26.09.2022 über: [https://kw.uni-paderborn.de/fileadmin/fakultaet/Institute/erziehungswissenschaft/Schulpaedagogik/ICILS\\_2018\\_\\_Deutschland\\_Berichtsband.pdf](https://kw.uni-paderborn.de/fileadmin/fakultaet/Institute/erziehungswissenschaft/Schulpaedagogik/ICILS_2018__Deutschland_Berichtsband.pdf)
- [6] F. Mußmann, T. Hardwig, M. Riethmüller und S. Klötzer, Digitalisierung im Schulsystem 2021: Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Rahmenbedingungen und Perspektiven von Lehrkräften in Deutschland; Ergebnisbericht, Göttingen: Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen, 2021. Abgerufen am 26.09.2022 über: [https://www.gew.de/fileadmin/media/sonstige\\_downloads/hv/Service/Presse/2021/2021-09-29-STUDIE-Digitalisierung-im-Schulsystem-2021-Gesamtbericht-web.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/sonstige_downloads/hv/Service/Presse/2021/2021-09-29-STUDIE-Digitalisierung-im-Schulsystem-2021-Gesamtbericht-web.pdf)
- [7] D. Rohde und M. Wrase, Die Umsetzung des DigitalPakts Schule Perspektiven der schulischen Praxis auf zentrale Steuerungsfragen und -herausforderungen, Hildesheim/Berlin: Forschungsgruppe der Universität Hildesheim und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), 2022. Abgerufen am 26.09.2022 über: <https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=122208&token=dc37c39c9bff0402645c869ce5224b77f6212738&sdownload=&n=20220502-PK-Digitalpakt-Bericht.pdf>

## Antrag B 08: Qualifizierung muss Spaß machen!

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung

### 1 **Qualifizierung muss Spaß machen!**

2 Die Gesellschaft steht durch die Transformation und Digitalisierung vor einem  
3 grundlegenden Umbruch. Arbeitsplätze, die es heute gibt, wird es morgen nicht mehr  
4 geben. Dafür werden neue Arbeitsplätze jedoch mit veränderten Anforderungen  
5 entstehen. Diesen Wandel der Arbeitswelt wollen wir aktiv begleiten.

### 6 **Beschäftigte für Qualifizierung begeistern**

7 Oft haben Beschäftigte keine guten Erinnerungen an ihre Schul- bzw. Ausbildungszeit.  
8 Zum Teil muss bei ihnen vor Beginn der Qualifizierungsmaßnahmen neue Motivation  
9 geschaffen und Ängste genommen werden.

10 Gerade deshalb müssen Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, welche die  
11 Betroffenen da abholen, wo sie stehen. Am erfolgreichsten ist Qualifizierung immer  
12 dann, wenn diese auch Spaß macht und Neugierde weckt. Dies bedarf  
13 Qualifizierungsmaßnahmen, welche die bisherigen Erfahrungen der Beschäftigten mit  
14 einbezieht und in praxisorientierten kleineren Qualifizierungsbausteine organisiert  
15 sind.

### 16 **Modalitäten des Bildungsgutscheines überprüfen**

17 Die Gewährung eines Bildungsgutscheines hängt sehr stark von der jeweiligen  
18 Arbeitsagentur und sogar des jeweiligen Sachbearbeiters ab, obwohl für alle die  
19 gleiche Gesetzgebung/Arbeitsanweisungen vorliegen. Ziel muss es sein,  
20 Bildungsgutscheine ohne Barrieren erhalten zu können, um  
21 Bildungsbedürftige/Bildungswillige nicht an personifizierten Hürden zu demotivieren.  
22 Es soll daher durch die Bundesregierung ein transparenter Kriterien-Katalog  
23 geschaffen werden, um Neutralität zu gewährleisten.

24 Ebenso spricht sich die AfA dafür aus, die Genehmigungsstruktur sowie die  
25 Ausgabestruktur der genehmigten Qualifizierungsmaßnahmen auf Wirksamkeit und nach  
26 Erweiterungsmöglichkeiten zu überprüfen.

### 27 **Preisdifferenzen bei AZAV Zertifizierte Weiterbildnern prüfen**

28 Nur Weiterbildungsanbieter, welche die AZAV Zertifizierung (Akkreditierungs- und  
29 Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) haben, können einen Bildungsgutschein der  
30 Agentur für Arbeit abrechnen. Dies gewährleistet einen hohen Standard der  
31 Qualifizierungsmaßnahmen, was von der AfA ausdrücklich begrüßt wird.

32 Bildungsgutscheine sollen den Qualifizierungsinteressierten staatliche finanzielle



33 Unterstützung bei den Weiterbildungskosten gewähren. Diese Förderung kommt bei den  
34 Betroffenen nur zu ganz geringem Teil an. Hintergrund hierfür ist, dass  
35 Qualifizierungsmaßnahmen nach AZAV Zertifizierung meist fast doppelt so teuer sind  
36 wie die identischen Qualifizierungsmaßnahmen, die vom gleichen Bildungsanbieter  
37 angeboten werden. Dies muss durch die Arbeitsagentur durch geeignete Maßnahmen  
38 unterbunden werden.  
39

## Antrag G 01: Gute Gesundheitsvorsorge im Ländlichen Raum langfristig sichern

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Gute Gesundheitsvorsorge im Ländlichen Raum langfristig sichern

2 Wir fordern die Landesregierung auf, einen umfassenden Bericht über die Lage der  
3 Gesundheitsversorgung im Ländlichen Raum zu erstellen.

4 Dabei sollen insbesondere die aktuelle und künftig zu erwartende Struktur im  
5 oberschwäbischen Raum und Allgäu dargestellt werden. Einzubeziehen sind nicht nur die  
6 Versorgung durch Krankenhäuser, sondern auch die Situation der Allgemeinpraxen zur  
7 Grundversorgung, die Situation der Nachsorge (Anschlussheilbehandlung) sowie der  
8 Kurz- und Langzeitpflege. Auch wenn keine familiären Leistungen in Anspruch genommen  
9 werden können, muss eine gute gesundheitliche Versorgung sichergestellt sein.

10 Da in den nächsten Jahren auf verschiedenen Feldern der Gesundheitsvorsorge große  
11 Lücken zu erwarten sind, die durch die aktuell beschlossene Schließung kleinerer  
12 Krankenhäuser noch vergrößert werden, muss unter Berücksichtigung sozialer Faktoren  
13 wie

- 14 - Alter der noch praktizierenden Allgemeinärzte,
- 15 - Bestand an Pflegeeinrichtungen und pflegendem Personal ebenso wie an therapeutisch
- 16 Tätigen und Haushaltshilfen (Modell Dorfhelferinnen),
- 17 - Familienfreundlichkeit, Wohnraum-Bereitstellung usw. eine Prognose für den
- 18 künftigen Bedarf an gesundheitserhaltenden und -unterstützenden Leistungen des
- 19 ganzen Gesundheitswesens besonders in den Ländlichen Räumen erstellt werden. Darauf
- 20 aufbauend sind geeignete Maßnahmen für erkannte Fehlbedarfe zu ergreifen.

### Begründung

Durch die jüngst getroffene Entscheidung des Sozialministeriums zur Verweigerung von Investitionskosten für kleinere Krankenhäuser in ganz Baden-Württemberg und besonders im Süden des Landes und nachfolgend den Beschlüssen von Kreistagen (RV, SIG), kleinere Krankenhäuser zu schließen (Leutkirch, Isny, Weingarten, Tettang, Saulgau, Pfullendorf, Bad Waldsee usw.), entsteht nach Einschätzung der Bevölkerung und von Fachleuten eine große Lücke der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung vor allem in den Ländlichen Räumen des Kreises. Die Situation wird verschärft durch das altersbedingte Ausscheiden erfahrener Allgemeinmediziner\*innen, die starke Spezialisierung der „jüngeren“ Mediziner\*innen und durch

die Abwanderung zahlreicher Pflegekräfte in andere Berufe.

Zusätzlich ist durch die Altersstruktur der Bevölkerung mit einem deutlich erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung im Bereich der Diagnostik, der Behandlung und der Pflege zu rechnen. Die Kreise, Kommunen und die besonders die Menschen in den ländlichen Räumen sind aktuell die Leidtragenden.

Das Zusammenwirken zwischen Landes- und Bundesregierung ist im Bereich der Aus- und Fortbildung, der Honorierung, der Fortbildung usw. dringend erforderlich.

Auf der Basis belastungsfähiger Daten und Prognosen müssen deshalb rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um der befürchteten deutlichen Verschlechterung für die im Gesundheitswesen Beschäftigten, wie auch für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung rechtzeitig zu begegnen und evtl. bereits getroffene Fehlentscheidungen zu revidieren.

## Antrag G 02: Erhalt und Verbesserung der ärztlichen Versorgung im außerstädtischen Bereich des Landkreises Ravensburg

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	zur Beschlussfassung nicht geeignet
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 **Erhalt und Verbesserung der ärztlichen Versorgung im außerstädtischen Bereich des** 2 **Landkreises Ravensburg**

3 Die Altersstruktur aller praktizierenden Ärzt\*Innen im Landkreis Ravensburg liegt bei  
4 knapp 57 Jahren. In diesem Durchschnitt ist ein großer Anteil (17%), die älter als 65  
5 Jahre sind und in den nächsten Jahren altersbedingt ihre Tätigkeit einstellen werden.  
6 Das wird im Landkreis zu einer spürbaren Verschlechterung der medizinischen  
7 Versorgung führen. (Quelle KBV, Gesundheitsdaten, Vertragsärztliche Versorgung) Dazu  
8 wird die Klinikstruktur zum zweiten mal in 10 Jahren komplett umgekrempelt, was zu  
9 weiteren Verlusten der Versorgung führen wird. Die als Nachfolgemodelle für die  
10 Krankenhäuser geplanten Primärversorgungszentren werden noch 10-14 Jahre benötigen,  
11 bis komplette Einheiten gebildet werden können.

12 Ein weiterer Punkt in der Vertragsärztlichen Versorgung ist, dass sich der Trend zu  
13 Teilzeittätigkeit bei den Ärzt\*Innen fortgesetzt hat, wodurch zwar 1,5% mehr  
14 Ärzt\*Innen vorhanden sind, die Kapazität sich aber nur um 0,3% erhöht hat. (Quelle  
15 KBV, Gesundheitsdaten, Vertragsärztliche Versorgung). Um der Entwicklung  
16 entgegenzuwirken fordern wir

17 – Schaffung von Praxisstrukturen, um Gemeinschaftspraxen, Berufsausübungspraxen etc.  
18 realisieren zu können.

19 – Errichtung von MVZ Strukturen, die später zur Primärversorgungseinheit erweitert  
20 werden können. Hierbei können die kreiseigenen Gesellschaften durch ihre Erfahrungen  
21 mit den bereits bestehenden MVZs eine Vorreiterrolle einnehmen. Die gemachten  
22 Erfahrungen können zum Aufbau weiterer Strukturen dienen.

23 – Zur Ansiedlung benötigt es nicht nur die technischen Voraussetzungen, auch wichtige  
24 Rahmenbedingungen müssen erfüllt und von kommunaler Seite mehr berücksichtigt werden  
25 (Kinderbetreuung, Wohnraum Arbeitsplätze Lebenspartner usw.)

26 – Regionale Förderung, Aufbau und Initialisierung regionaler, digitaler  
27 Modellprojekte, um die Telematikinfrastruktur mit mehreren vernetzten  
28 Versorgungseinheiten (z.B. Hausärztlichen, Apotheken, Krankenkassen, Pflegebereich  
29 und Klinik Bereich) im Landkreis Ravensburg zur Vorbereitung auf zukünftige, zentrale  
30 Strukturen, Prozesse und Steuerungen zu erproben.

## Antrag G 03: Evaluierung und die Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit der eventuell zukünftigen Maßnahmen bei Pandemien

Antragsteller*in:	OV Dornstetten-Waldachtal
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Evaluierung und die Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit der eventuell zukünftigen 2 Maßnahmen bei Pandemien

- 3 Die Maßnahmen / Verordnungen während der Corona-Krise vom März sind zu evaluieren. Es  
4 sollen die Folgen / Auswirkungen der unterschiedlichen Bereiche untersucht werden.  
5 Bei den aufgetretenen Negativfolgen, vor allem im sozialen Bereich, soll untersucht  
6 werden, ob es schwächere bzw. andere Maßnahmen ebenso zur Vermeidung einer Ansteckung  
7 mit Covid 19 gegeben hätte.  
8 Die Maßnahmen / Verordnungen der Bundesregierung oder Landesregierung müssen nach  
9 dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und in Betrachtung des Gesamtbildes erfolgen.

### Begründung

Viele Maßnahmen und Verordnungen der Bundesregierung zur Corona-Krise haben immense und einschneidende Auswirkungen auf das Leben der Bürger mit sich gebracht, insbesondere für „Randgruppen“ und sozial schwache Familien bzw. Personen. Nicht selten waren sie dramatischen bis hin zu existenziellen Bedrohungen ausgesetzt und teilweise sind sie es immer noch. Nach den anfänglichen Sofortmaßnahmen müssen nun Entscheidungen getroffen werden in Betrachtung des Gesamtbildes und der Verhältnismäßigkeit. Es muss geprüft werden, welche umfassenden Folgen die „angedachte“ Verordnung / Maßnahme mit sich bringt und es muss abgewogen werden, was wohl „das kleinere Übel“ darstellt.

Die Richtschnur von Entscheidungen muss eine Ausgewogenheit zwischen dem Schutz des Lebens, der Gesundheit und dem Grundrecht eines jeden Menschen, das die „Würde“ des Menschen an die erste Stelle stellt, sein.

Die Lösungsfindungen, erst recht in einer solchen extremen Krisensituation, müssen interdisziplinär erfolgen. In den Entscheidungsprozess muss ein erweiterter Expertenrat, wie z.B. der Sozialwissenschaften, der Ethik, der Ökonomie, der Rechts- und Politikwissenschaft, beteiligt werden. Es müssen die Folgen einer Entscheidung, wie z.B. soziale Isolation, Angstzustände und Depressionen, das Ansteigen häuslicher Gewalt, die wirtschaftlichen und existentiellen Folgen etc.

unbedingt mit berücksichtigt werden. Die zu erfolgenden Maßnahmen müssen unter dem Aspekt der Ganzheitlichkeit und der Nachhaltigkeit erfolgen. Auch dürfen die Entscheidungen nicht nur unter medizinischen Aspekten betrachtet werden, sondern als Zusammenspiel von medizinischen, psychischen, seelischen und sozialen Komponenten.

## Antrag G 04: Endometriose den Kampf ansagen

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch parlamentarisches Handeln
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Endometriose den Kampf ansagen

Schätzungen zufolge haben etwa 10 % der Menschen, die einen Uterus haben oder hatten, Endometriose. Endometriose ist eine extrem schmerzhaft, chronische Krankheit, bei der Gewebe, das dem der Gebärmutter Schleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter wächst. Endometriose beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Menschen über Jahrzehnte ihres Lebens hinweg.

Bis zur Diagnose und somit zu einer angemessenen Behandlung vergehen in Deutschland durchschnittlich zehn Jahre. Für Endometriose gibt es keine Heilung, die Ursache der Krankheit ist unbekannt und Behandlungen gehen oft mit starken Nebenwirkungen einher. All dies liegt vor allem daran, dass die chronische Erkrankung kaum erforscht ist.

In Frankreich wurde kürzlich eine nationale Strategie Endometriose angekündigt. In Australien wird eine solche Strategie bereits umgesetzt. Dies ist auch in Deutschland dringend notwendig.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf, eine "Nationale Strategie Endometriose" zur Verbesserung der Lage von Endometriosebetroffenen zu erstellen und umzusetzen. Diese Strategie muss unter anderem beinhalten:

#### 1. Eine bundesweite Aufklärungskampagne

Jede Form von chronischem und zyklischen Schmerz muss durch die von Endometriose Betroffenen und das soziale Umfeld als Warnsignal erkannt und durch Fachärzt:innen angemessen untersucht und behandelt werden. Deswegen bedarf es einer bundesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich Menstruationsbeschwerden und Endometriose. Zusätzlich sollen Gynäkologinnen im Rahmen ihrer verpflichtenden Fortbildung einen Pflichtteil zum Thema Endometriose absolvieren müssen um die Krankheit schneller erkennen und effizienter behandeln zu können. Die Umsetzung der Kampagne erfolgt sowohl, über die klassischen Werbewege, wie Plakate und Flyer, als auch digital, beispielsweise über die Social-Media-Auftritte des Ministeriums und die Einführung eines bundesweiten jährlichen Aktionsmonats zu Endometriose ab dem Jahr 2023. Zur Finanzierung der Maßnahmen soll ein jährlicher Etat für die Aufklärung von Endometriose für die „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ durch das Bundesministerium für Gesundheit eingeführt werden. Dieser Etat soll als Untertitel des Haushaltstitels „Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung“ geführt werden.

32 **2. Bundesweite Fördergelder für die Forschung**

33 Im Verlauf der letzten 20 Jahre wurde für die Erforschung von Endometriose ein Etat  
34 von 500.000 € bereitgestellt. Dies ist für die Forschung an einer Krankheit, die eine  
35 von zehn Frauen betrifft bei weitem nicht ausreichend.

36 Die Ursachen von Endometriose müssen adäquat erforscht werden. Es müssen  
37 Therapieansätze entwickelt werden, die die Krankheit selbst und nicht lediglich ihre  
38 Symptome behandelt. Zudem muss die Diagnostik der Erkrankung durch finanzielle  
39 Förderung weiter erforscht werden, da gegenwärtige Verfahren zu einer gesicherten  
40 Diagnose oftmals mit langen Wartezeiten und weiteren Risiken verbunden sind.

41 Dafür soll ein Deutsches Zentrum für Endometrioseforschung aufgebaut werden und die  
42 Forschung mit einem ausreichend großen Etat versehen werden.

43 **3. Jährlicher Vaginal-Ultraschall als zuzahlungsfreie Kassenleistung**

44 Wie bei jeder Erkrankung ist eine frühe Diagnose von Endometriose von Vorteil, um  
45 langfristige Schäden und Folgeerkrankungen zu verhindern und Fehlbehandlungen zu  
46 vermeiden. Eine Möglichkeit, um Endometriose erkennen zu können und vorläufige  
47 Diagnosen zu stellen, ist der Vaginal-Ultraschall. Dieser wird zum aktuellen  
48 Zeitpunkt von wenigen Kassen ohne Zuzahlung übernommen. Daher fordern wir den Aufbau  
49 von rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung eines jährlichen  
50 zuzahlungsfreien vaginalen Ultraschalls für alle Personen mit Uterus ab der J1-  
51 Untersuchung.

## **Begründung**

(erfolgt mündlich)



## Antrag G 05: Keine Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung und die Beihilfe für Beamt:innen

Antragsteller*in:	KV Böblingen, KV Mannheim, KV Tübingen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

- 1 **Keine Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die Gesetzliche**
- 2 **Krankenversicherung und die Beihilfe für Beamt:innen**
- 3 Die Möglichkeit zur Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die
- 4 Gesetzliche Krankenversicherung soll gestrichen werden. Zudem soll die
- 5 Beihilfefähigkeit der Kosten für homöopathischer Arzneimittel für die Beamt:innen des
- 6 Bundes und der Länder nicht mehr bestehen. Schließlich sollen Versorgungsverträge für
- 7 Homöopathie gemäß § 73 c SGB V nicht mehr zulässig sein.
- 8 In diesem Zusammenhang wird die Entscheidung der Vertreterversammlung der
- 9 Landesärztekammer Baden-Württemberg, gegen den Willen von Landesminister Lucha die
- 10 Zusatzbezeichnung Homöopathie künftig auch in Baden-Württemberg aus der
- 11 Weiterbildungsordnung zu streichen, unterstützt.

### Begründung

Mehr als zwei Drittel der gesetzlichen Krankenkassen erstatten die Kosten für grundsätzlich von der Verordnungsfähigkeit zu Lasten der GKV ausgeschlossenen rezeptfreien Arzneimittel als Satzungsleistung. Darunter sind auch viele Leistungen für homöopathischer Arzneimittel. In den meisten Beihilferegelungen gehört die Kostenübernahme sogar zum Standard. Dabei gibt es für die Wirksamkeit von homöopathischen Arzneimitteln keine wissenschaftlichen Belege. Die Kosten dieser Arzneimittel sind zwar im Einzelfall nicht so hoch. Angesichts des Milliarden-Defizits in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Notlagen in den Länderhaushalten und im Haushalt des Bundes müssen aber auch „kleine Millionenbeträge“ für Leistungen ohne nachgewiesenen positive Wirkung im Gesundheitswesen auf den Prüfstand gestellt werden. Auch im Sinne des Patient\*innenschutzes ist es falsch, dass Krankenkassen aus Marketinggründen homöopathische Arzneimittel bezahlen. Die gesetzlichen Kassen sollen nur noch Satzungsleistungen anbieten, deren gesundheitlicher Nutzen nachgewiesen ist. Wenn Patient\*innen weiterhin auf die sogenannten Globuli setzen, können sie diese wie Kopfschmerztabletten, Abführmittel und Hustenbonbons weiterhin in der Apotheke selbst erwerben.

Mit diesem Beschluss würde auch ein Zeichen im baden-württembergischen Streit zwischen der Landesärztekammer und Gesundheitsminister Lucha gesetzt. Ende Juli 2022 hatte die

Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg mit großer Mehrheit beschlossen, die Homöopathie künftig auch in Baden-Württemberg aus der Weiterbildungsordnung zu streichen. Die Zusatzweiterbildung Homöopathie aus der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer Baden-Württemberg umfasst in Ergänzung zu einer Facharztkompetenz die konservative Behandlung mit homöopathischen Arzneimitteln, die aufgrund individueller Krankheitszeichen als Einzelmittel nach dem Ähnlichkeitsprinzip angewendet werden. Die Zusatzweiterbildung Naturheilverfahren ist durch diese Entscheidung nicht betroffen. Sozialminister Lucha hat trotz des Rechts der Ärzt\*innen, durch ihre Kammer selbstständig eine entsprechende Weiterbildungsordnung in Form einer Satzung zu erlassen, öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass er den Beschluss der Landesärztekammer für das absolut falsche Signal halte und den Beschluss fachlich und rechtlich genau überprüfen werde. Es ist bemerkenswert, dass Sozialminister Lucha die Entscheidung überprüfen möchte und damit in die Selbstständigkeit der Landesärztekammer hineinregiert. Die SPD Baden-Württemberg hält das Vorgehen der Landesärztekammer Baden-Württemberg für richtig und hält eine rechtliche Überprüfung der Entscheidung für unnötig und falsch.

## Antrag G 06: Finanzierung der Gesetzlichen Krankversicherung sichern!

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Finanzierung der Gesetzlichen Krankversicherung sichern!

2 Die Gesetzliche Krankenversicherung ist durch ihren Sozialausgleich im System  
3 (kostenfreie Familienversicherung, jeder Versicherte bekommt die gleiche Leistung)  
4 und der Organisation mit den paritätisch besetzten Verwaltungsräten (Versicherten und  
5 Arbeitgeber) bei den gesetzlichen Krankenkassen eine sehr gute Einrichtung und das  
6 Fundament der guten Gesundheitsversorgung in Deutschland. Viele Länder beneiden uns  
7 um dieses System der Gesundheitsversorgung.

8 Eine gute Gesundheitsversorgung kostet Geld. Deshalb ist es wichtig, Einnahmen und  
9 Ausgaben gerade in Zeiten leerer Kassen genau zu betrachten und die  
10 Gesundheitsversorgung nachhaltig zu finanzieren und zu sichern.

11 Der damalige Gesundheitsminister hat in der Legislaturperiode 2017 - 2021 hat eine  
12 Vielzahl von Gesetzen umgesetzt, bei denen die Finanzierung oder der finanzielle  
13 Nutzen für die Versicherten unklar ist. Deshalb muss es einen sogenannten Kassensturz  
14 inkl. der Betrachtung der Sinnhaftigkeit dieser Gesetze im  
15 Bundesgesundheitsministerium geben.

16 Der Familienausgleich und der Sozialausgleich (gleiche Leistung für alle in der  
17 gesetzlichen Krankenversicherung) ist das Herzstück. Für diese Leistungen benötigt  
18 die gesetzliche Krankenversicherung Ausgleichszahlungen vom Staat, um die  
19 Versichertengemeinschaft nicht zu überfordern. Ferner sind diese Ausgleichmaßnahmen  
20 eine gesellschaftliche Aufgabe in einem Sozialstaat.

21 Der Bundeszuschuss in Höhe von 14 Mrd. Euro insbesondere für den Familienausgleich  
22 ist seit 2017 festgeschrieben. Dieser Bundeszuschuss muss dynamisiert und zumindest  
23 um die jeweils jährliche Kostensteigerung erhöht werden.

24 Der Sozialausgleich muss aus Steuermitteln erfolgen. Der Fehlbetrag im SGB II Bereich  
25 beläuft sich auf rund 11 Mrd. Euro. Dieses Thema wurde auch im Koalitionsvertrag  
26 aufgegriffen und eine Lösung angekündigt. Eine kurzfristige Umsetzung und Ausgleich  
27 der Kosten sind dringend geboten.

28 Gesundheitsversorgung ist ein hohes Gut. Es stellt sich die Frage nach der  
29 Mehrwertsteuer bei Medikamenten. Schon ein abgesenkter Mehrwertsteuersatz würde die  
30 Versichertengemeinschaft um rund 6 Mrd. Euro entlasten.

31 Allein die Übernahme der Kosten aus dem SGB II Bereich in Höhe von rund 11 Mrd. Euro

32 und die Absenkung der Mehrwertsteuer bei den Medikamenten in Höhe von rund 6 Mrd.  
33 Euro würden reichen, um das erwartete Defizit in der gesetzlichen  
34 Gesundheitsversorgung von geschätzten 17 Mrd. Euro auszugleichen.

35 Mit dem im Bundestag vorgelegten Gesundheitsfinanzierungsgesetz soll die  
36 Liquiditätsreserve in den gesetzlichen Krankenkassen nochmals zur Finanzierung des  
37 Defizits abgebaut werden. Dies führt bei vielen Krankenkassen zu ernststen Problemen.  
38 Ggf. daraus entstehende Folgen wie Zahlungsunfähigkeit einer Krankenkasse oder das  
39 Hinausziehen des Rechnungsausgleichs zur Sicherung der Liquidität sind sicher nicht  
40 gewollt.

41 Eine einfache Einsparung kann in der Bürokratie schnell erfolgen, wenn eine  
42 Krankenkasse seine Mitglieder\*Innen nur noch dann persönlich anschreiben muss, wenn  
43 die Erhöhung des Beitrags für die Krankenversicherung oberhalb des vom Schätzerkreis  
44 ermittelten Deckungsbeitrages liegt. Bei Veränderungen innerhalb des vom  
45 Schätzerkreis ermittelten Deckungsbeitrages genügt eine Mitteilung über die üblichen  
46 Informationswege wie Mitgliedszeitung oder Homepage.

## Antrag G 07: Mental Health ernst nehmen – für eine bessere Versorgungslage in der Psychotherapie

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 **Mental Health ernst nehmen – für eine bessere Versorgungslage in der Psychotherapie**

2 Die Corona-Pandemie hat die Versorgungslage in der Psychotherapie drastisch  
3 verschärft. Laut Bundespsychotherapeutenkammer fehlen in Deutschland rund 7.000  
4 Praxissitze für Psychotherapeut\*innen.

5 Aktuell orientiert sich die Bedarfsplanung an der Zahl der zum Stichtag 1999  
6 zugelassenen Psychotherapeut\*innen im jeweiligen Gebiet, die über die Jahre moderat  
7 angepasst wurde. Damit orientiert sie sich also nicht am tatsächlichen Bedarf der  
8 Patient\*innen.

9 Patient\*innen sehen sich mit langen Wartezeiten und den viel zu wenigen  
10 Psychotherapeut\*innen, die über die Krankenkassen abrechnen dürfen Hürden gegenüber,  
11 die schier unüberwindbar sind. Wer eine Psychotherapie benötigt, ist aber oftmals gar  
12 nicht in der Verfassung, sich diesen Hürden zu stellen.

13 Die kritische Versorgungslage ist aber nicht nur bedrohlich für das Wohlergehen der  
14 Patient\*innen. Gerade junge, frisch approbierte Psychotherapeut\*innen leiden unter  
15 der aktuellen Bedarfsplanung und Übergabep Praxis von Kassensitzen. Die Versorgungslage  
16 wird dadurch ohne nachvollziehbaren Grund und unsozial verschlechtert.

17 Ein solidarisches, bedarfsorientiertes sowie gemeinwohlorientiertes  
18 Gesundheitssystem, wie wir es anstreben, ist mit diesen Zuständen nicht vereinbar.  
19 Die Bedarfsplanung und die Vergabep Praxis muss sich daher von Grund auf ändern, wenn  
20 wir Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht im Stich lassen wollen.

21 Wir fordern daher:

22 1. Es werden sofort 7.000 neue Vertragssitze für Psychotherapeut\*innen geschaffen.

23 2. Die psychotherapeutische Bedarfsplanung wird reformiert und am tatsächlichen  
24 Bedarf der Patient\*innen Bedarf ausgerichtet. Dabei ist besonders darauf zu  
25 achten, dass die Versorgungslage im ländlichen Raum verbessert wird.

3. Weitergabe von Kassensitzen gegen Zahlung wird untersagt.

26

### **Begründung**

### Zu 1. und 2.:

Knapp jeder dritte Mensch leidet im Laufe seines Lebens an einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung. Am häufigsten sind dabei Angst- und depressive Störungen, Alkoholerkrankungen, bipolare Störungen und Schizophrenie.[\[1\]](#)

Während des ersten Corona-Lockdowns zeigte sich bei jungen Menschen ein deutlicher Anstieg depressiver Symptome. Vor dem Lockdown hatten 10,4% klinisch relevante depressive Symptome, im Frühjahr 2020 stieg dieser Anteil auf 25,3%. Das Risiko, depressive Symptome zu entwickeln, war bei weiblichen Jugendlichen und jungen Frauen besonders erhöht. Die Migrationsgeschichte zeigte sich als ein ähnlich starker Risikofaktor: Die Prävalenz depressiver Symptome stieg bei Menschen mit Migrationsgeschichte von 11% auf 33%. Die Nachfrage nach Psychotherapie war Anfang 2021 bereits um durchschnittlich 40 % angestiegen.[\[2\]](#)

Besonders junge Menschen mit niedrigem soziökonomischem Status (Bildungsabschluss, berufliche Stellung, Einkommen) sind von psychischen Erkrankungen betroffen.[\[3\]](#) Gerade sie sind aber darauf angewiesen, den erforderlichen Therapieplatz über die Krankenkassen finanziert zu bekommen. Selbstzahler\*innen müssen mit Kosten von 100 Euro pro 50 Minuten und mehr rechnen, sodass die die Zugangshürden zu Psychotherapie damit für ökonomisch schlechter gestellte Menschen besonders hoch sind.

Im Durchschnitt warten Patient\*innen drei Monate auf einen Termin für ein psychotherapeutisches Erstgespräch. In einem Drittel der Fälle warten sie sogar länger als ein halbes Jahr.[\[4\]](#) Diese Wartezeiten sind nicht hinnehmbar. Dabei ist klar: je früher professionelle Hilfe einsetzt, umso stärker steigen die Chancen einer baldigen Besserung.

Zwar ist es ausdrücklich zu begrüßen ist, dass mehr Menschen psychotherapeutische und psychiatrische Hilfe in Anspruch nehmen wollen und psychische Erkrankungen gesellschaftlich dadurch weiter entstigmatisiert und enttabuisiert werden. Allerdings hält unser Gesundheitssystem und die Versorgungslage hiermit derzeit nicht Schritt. Bei Einbeziehung der Bereiche Prävention und Vernetzung zwischen verschiedenen Versorgungs- und Hilfesystemen sieht die Versorgungslage sogar noch fataler aus.

Dabei war es schon viele Jahre vor der Pandemie bekannt, dass es in Deutschland schlecht um die Versorgungslage bestellt ist.[\[5\]](#) Dennoch verschlechtert sich die Versorgungslage zunehmend.

Darüber hinaus wird die Situation durch den Umgang der Krankenkassen mit Patient\*innen noch verschärft. Diese mischen sich zunehmend in die Behandlung psychisch kranker Menschen ein, drohen mit Kürzungen und drängen Patient\*innen zum Arbeiten, um Geld zu sparen.[\[6\]](#) Außerdem profitieren Krankenkassen von den langen Wartezeiten, denn mit zunehmender Dauer der Wartezeit steigt der Anteil der Menschen, die eine Behandlung gar nicht erst beginnen. Zweimonatige Wartezeiten führen bereits dazu, dass 30 Prozent der Patient\*innen mit Angststörungen eine ambulante psychotherapeutische Behandlung nicht mehr aufnehmen.[\[7\]](#)

Diese Zustände sind nicht hinnehmbar! Unsere solidarische Gesellschaft muss die benötigten Mittel aufbringen, um Menschen mit psychischen Erkrankungen bedarfsgerechte Hilfe zuteilwerden zu lassen.

Deshalb braucht es so schnell wie möglich die Schaffung der laut Bundespsychotherapeutenkammer fehlenden 7.000 Kassensitze für Psychotherapeut\*innen.[\[8\]](#) Die Haltung des Vorsitzenden des GBA, Josef Hecken (CDU), hierzu ist, dass es manchmal auch eine

Flasche Bier tue.[\[9\]](#) In Zahlen hat der Gemeinsame Bundesausschuss einen Bedarf von 2.400 Kassensitzen errechnet, von denen schließlich 776 Sitze realisiert wurden.[\[10\]](#) Solche Äußerungen verstellen nicht nur den Blick auf die kritische Versorgungslage, sondern relativieren auch die schwierige Lebenssituation, in der sich Menschen befinden, die einen Bedarf an Psychotherapie haben. Die geschaffenen Sitze sind dabei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Noch immer ist die Anzahl der 1999 zugelassenen Psychotherapeut\*innen maßgeblich für die Bedarfsplanung. Damals erhielt jede\*r Psychotherapeut\*in kostenfrei zum Stichtag einen Vertragstherapeut\*innensitz. Noch heute besteht nach dieser Regelung Vollversorgung, wenn alle Sitze in einem Gebiet vergeben sind, ohne dass eine tatsächlich bedarfsgerechte Anpassung der Kassensitze im Vergleich zu 1999 erfolgt wäre. Die Planung orientiert sich also nicht am tatsächlichen Bedarf der Patient\*innen, sondern an einer mehr als zwanzig Jahre alten Zählung der Psychotherapeut\*innen in dem jeweiligen Referenzgebiet.[\[11\]](#)

Die aktuelle Bedarfsplanung geht auch davon aus, dass psychische Erkrankungen auf dem Land deutlich seltener seien als in der Großstadt. Deshalb sind in ländlicheren Regionen deutlich weniger Psychotherapeut\*innen vorgesehen als in Großstädten. Dies widerspricht allerdings Studien des Robert Koch-Instituts. Tatsächlich unterscheidet sich die Häufigkeit psychischer Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum. Die Psychotherapeut\*innen-Dichte ist auf dem Land nur halb so groß wie in Städten (36 auf 100.000 Einwohner\*innen gegenüber 12-18 auf 100.000 Einwohner\*innen).[\[12\]](#)

Dabei ist die Investition in Psychotherapie sogar volkswirtschaftlich sinnvoll: für jeden in Psychotherapie investierten Euro ergibt sich ein gesamtgesellschaftlicher Nutzen von 2-5,5 Euro.[\[13\]](#)

Die Bedarfsplanung muss sich daher grundlegend ändern und endlich am tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden.

Zu 2.:

Kassensitze werden teils für hunderttausende Euro weiterverkauft. Die abgebenden Psychotherapeut\*innen entscheiden zudem maßgeblich mit, wer ihren Sitz übernimmt, da sie Favorit\*innen benennen können, die schließlich in aller Regel den Sitz vom Zulassungsausschuss erhalten. Vorherige Preisabsprachen werden nicht kontrolliert und reguliert. Der Zugang sozioökonomisch schlechter gestellter Therapeut\*innen wird dadurch zusätzlich erschwert, gerade angesichts der hohen Kosten für die Ausbildung eine große Hürde für junge Psychotherapeut\*innen.

Die Preise für Kassensitze werden weiter durch den Umstand in die Höhe getrieben, dass es immer mehr Therapeut\*innen gibt, die im Besitz mehrerer Kassensitze sind. Zwar können Therapeut\*innen offiziell nur einen Sitz halten. Solange sie auf den übrigen Sitzen allerdings approbierte Psychotherapeut\*innen anstellen, können sie aber bis zu vier Sitze kaufen.

Auch die Rolle von Medizinischen Versorgungszentren muss hier in den Blick genommen werden. Es besteht die Gefahr, dass über diese Therapeut\*innen noch mehr Sitze erwerben können. Hier muss verhindert werden, dass die wichtigen Medizinischen Versorgungszentren nicht zum Instrument der Gewinnmaximierung werden. Darunter leidet die bedarfsgerechte Versorgung von Patient\*innen.

Ein solidarisches und funktionierendes Gesundheitssystem kann nicht auf Gewinnmaximierung

ausgerichtet sein, sondern muss immer die Patient\*innen mit ihren Bedürfnissen im Fokus haben. Deshalb muss die Vergabe und Weitergabe von Vertragssitzen reguliert werden.

[1]<https://www.thieme.de/de/psychiatrie-psychotherapie-psychosomatik/psychisch-krankemenschen-deutschland-92051.htm>.

[2]<https://www.dptv.de/aktuelles/meldung/40-prozent-mehr-patientenanfragen-corona-kommt-in-praxen-an/>

[3][https://www.dgppn.de/\\_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a03ba599/DGPPN\\_Dossier%20web.pdf](https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a03ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf) S. 12.

[4]<https://www.dptv.de/aktuelles/meldung/40-prozent-mehr-patientenanfragen-corona-kommt-in-praxen-an/>

[5] Bundespsychotherapeutenkammer, Ein Jahr nach der Psychotherapie-Richtlinie Wartezeiten 2018, S. 21

[6]<https://www.spiegel.de/gesundheit/psychologie/krankenkassen-druck-auf-psychisch-krankewaechst-a-938625.html>

[7][https://rp-online.de/leben/gesundheit/medizin/kein-therapieplatz-die-folgen\\_iid-23665931#7](https://rp-online.de/leben/gesundheit/medizin/kein-therapieplatz-die-folgen_iid-23665931#7)

[8] Bundespsychotherapeutenkammer, Ein Jahr nach der Psychotherapie-Richtlinie Wartezeiten 2018, S. 3, [https://www.bptk.de/wp-content/uploads/2019/01/20180411\\_bptk\\_studie\\_wartezeiten\\_2018.pdf](https://www.bptk.de/wp-content/uploads/2019/01/20180411_bptk_studie_wartezeiten_2018.pdf)

[9]<https://www.spiegel.de/gesundheit/psychologie/psychische-probleme-josef-heckenempfiehl-bier-statt-therapie-a-931850.html>.

[10]<https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-psyche-in-not-102.html>

[11] Vgl. G-BA, Bedarfsplanungsrichtlinie v. 20.12.2012 (zul. geänd. am 18.03.2022), Anlage 5, Abschnitt 2, § 7 [https://www.g-ba.de/downloads/62-492-2816/BPL-RL\\_2022-03-18\\_iK-2021-10-01.pdf](https://www.g-ba.de/downloads/62-492-2816/BPL-RL_2022-03-18_iK-2021-10-01.pdf)

[12] Bundespsychotherapeutenkammer, Ein Jahr nach der Psychotherapie-Richtlinie Wartezeiten 2018, S. 19 f.

[13] Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Report Psychotherapie 2021, S. 60 [https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder\\_und\\_Dokumente/Wissensdatenbank\\_oeffentlich/Report\\_Psychotherapie/DPtV\\_Report\\_Psychotherapie\\_2021.pdf](https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich/Report_Psychotherapie/DPtV_Report_Psychotherapie_2021.pdf)



## Antrag G 08: Entlastungsbetrag für pflegende Angehörige

Antragsteller*in:	KV Main-Tauber
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

- 1 **Entlastungsbetrag für pflegende Angehörige**
- 2 Die Hürden für die Inanspruchnahme sind in Baden-Württemberg zu hoch. Die Verwendung
- 3 sollte analog der Anforderungen für die Auszahlung des Pflegegeldes für pflegende
- 4 Angehörige geregelt werden.
- 5 Durch Änderung der Rechtsordnung des Landes Baden-Württemberg nach § 45a (3) SGB XI
- 6 in Verbindung mit § 45b (1) Nr. 4. SGB XI um die anerkennenden Angebote zur
- 7 Unterstützung im Alltag auch durch **nicht-qualifizierte Helfer\*innen** wird das möglich.
- 8 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen.

### Begründung

Ab Pflegegrad 1 haben Pflegebedürftige in der häuslichen Pflege einen Anspruch von bis zu 125 Euro monatlich (§45b SGB XI).

Nach den Vorgaben des Bundesministeriums für Gesundheit ist der Betrag zweckgebunden für qualitätsgesicherte Leistungen zur Entlastung der Pflegenden sowie zur Förderung der Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit der Pflegebedürftigen einzusetzen.

Derzeit nehmen lediglich 20 Prozent der Bezugsberechtigten den Entlastungsbetrag in Anspruch. (Quelle: VDK 2021)

Das liegt daran, dass durch die Vorgabe der Qualitätssicherung nur ausgebildete Pflegefachkräfte und Pflegebegleiter\*innen sowie ambulante Pflegedienste den geeigneten Nachweis zur Übernahme der Tätigkeiten führen können.

Dabei benötigen gerade die geförderten Hilfsleistungen keine spezialisierte Fachausbildung. Die Haushaltsreinigung, das miteinander Zeit verbringen, den Einkauf erledigen, der gemeinsame Spaziergang, die Fahrt zum Arzt sind sämtlich Tätigkeiten, die vielmehr Empathie und Nächstenliebe benötigen, als ein qualifizierendes Zertifikat.

Wir weisen darauf hin, dass Pflegenden, die Pflegegeld von den Kassen für die häusliche Pflege und Betreuung erhalten, ebenfalls nicht-professionelle Pflegepersonen sind. Sie müssen keinen qualitätssichernden Nachweis über ihre Eignung erbringen.

Es erscheint widersinnig gerade bei der Entlastung von Pflegenden den Anspruch auf Professionalität zu fordern und dadurch die Hilfeangebote nachweislich zu verringern sowie zu erschweren.

Kann die Unterstützung in Anspruch genommen werden, so können die Fachkräfte aufgrund ihrer Vergütung wesentlich weniger Entlastungszeit für die 125 Euro monatlich erbringen. Kostet doch eine Fachkraft im Schnitt 50-60 Euro je Stunde.

Würde der Betrag den zu Pflegenden zur Honorierung von Freundschafts-/Nachbarschafts-/Verwandtschaftsdiensten ohne Qualifizierung zur Verfügung stehen, so könnten wesentlich mehr Entlastungsstunden im Monat erreicht werden. Damit könnte die Belastung der Pflegenden nachweislich reduziert werden und den Hilfsbedürftigen würden wertvolle zusätzliche Stunden in Gesellschaft geschenkt werden.

Die Teilhabe, Selbstbestimmung und der Erhalt Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen würde niedrigschwellig unterstützt werden können. Bürokratische Hürden könnten abgebaut werden, indem eine einfache Anzeige des Unterstützerkreises mit Namen und Anschriften der Pflegekasse mitgeteilt würde.

Der Entlastungsbeitrag sollte als ein Honorierungs-/Taschengeldbetrag der zu Pflegenden angesehen werden, mit dem viele kleine Unterstützungsleistungen im direkten Umfeld beauftragt und abgerufen werden können.

Ein missbräuchlicher Umgang mit dem Entlastungsbeitrag kann durch die Weitergabe der Namen und Adressen der Helfer\*innen an die Pflegekasse ausgeschlossen werden.

Aus den vorgenannten Gründen beantragen wir die Leistungen nach dem Landesrecht (§45b (1) Nr. 4. SGB XI) um die anerkennenden Angebote zur Unterstützung im Alltag auch für nicht-qualifizierte Helfer\*innen zu erweitern. Analog hierzu ist nach § 45a (3) SGB XI in die Rechtsordnung des Landes Baden-Württemberg dieser Zusatz einzufügen.

## Antrag G 09: Landesmittel für Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Wasser- und Bergrettungseinrichtungen massiv erhöhen

Antragsteller*in:	KV Ulm
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Landesmittel für Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Wasser- und 2 Bergrettungseinrichtungen massiv erhöhen

3 Aktuell ist die neu errichtete Rettungswache der DLRG im Raum Ulm/Neu-Ulm nach  
4 eigenen Angaben der örtlichen DLRG tatsächlich die Einzige im gesamten Bundesgebiet,  
5 die den aktuell geltenden Richtlinien für solche Einrichtungen entspricht und damit  
6 das erste richtlinienkonforme Wasser-Rettungszentrum in ganz Deutschland. Diese  
7 Rettungswache konnte zudem auch nur in dieser Form neu erstellt werden, weil die  
8 Stadt Ulm hier maßgeblich unterstützte.

9 Diese skandalöse Entwicklung resultiert vor allen Dingen aus der jahrelangen  
10 Unterfinanzierung und fehlenden Landesmitteln in diesem sicherheitsrelevanten  
11 Bereich.

12 Nach § 26 Absatz 1 des Rettungsdienstgesetzes (RDG) können nur Leistungsträger im  
13 Rettungsdienst (hierzu zählen nicht die Kommunen und Landkreise) grundsätzlich vom  
14 Land Fördermittel i.H.v. 90 v.H. der förderfähigen Kosten für Baumaßnahmen erhalten.  
15 Allerdings richtet sich das Volumen der Förderung nach den im Staatshaushaltsplan  
16 veranschlagten Haushaltsmitteln. Jedoch standen bis zum Anfang dieses Jahres laut  
17 Innenministerium lediglich Euro 1,5 Mio. für alle Baumaßnahmen von Wasser- und  
18 Bergrettungseinrichtungen in ganz Baden-Württemberg zur Verfügung. Diese Mittel  
19 reichten natürlich bei weitem nicht aus, um die nötigen Sanierungen und/oder  
20 Neubauten landesweit vorzunehmen. Darüber hinaus waren die förderfähigen Kosten zudem  
21 vom Land auch noch gedeckelt, d.h. es wurden nur maximal förderfähige  
22 Flächenzuschläge mit einer ebenso gedeckelten Kostenhöhe (mit Ausnahme der  
23 Bootsräume) festgelegt. Auf diese Fördermittel besteht jedoch wiederum kein  
24 Rechtsanspruch, es handelt sich um einen möglichen Förderbetrag, der erst dann zum  
25 Rechtsanspruch erwächst, wenn ein entsprechender Bewilligungsbescheid erlassen wird.  
26 Dieser wird aber im Rahmen der jeweiligen Haushalts- und Antragslage individuell  
27 festgelegt. Nach Angaben des Innenministeriums gegenüber der Stadt Ulm lag der  
28 Antragsstau bei mindestens 5 Jahren.

29 All dies macht den Verantwortlichen eine seriöse Planung für ggf. dringend notwendige  
30 Bau- und Sanierungsmaßnahmen in diesem sicherheitsrelevanten Bereich nahezu  
31 unmöglich. Somit besteht dringender Handlungsbedarf dahingehend, die Haushaltsmittel

- 32 des Landes hierfür massiv zu erhöhen und die Fördermöglichkeiten zu vereinfachen und
- 33 verlässlicher zu gestalten.

## Antrag IR 01: Chancen für junge Architekt:innen und kleine Architekturbüros – Gerechter Zugang zu öffentlichen Planungsleistungen

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission (Z. 27-29: Annahme, Rest: Begründung)
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 **Chancen für junge Architekt:innen und kleine Architekturbüros – Gerechter Zugang zu**  
2 **öffentlichen Planungsleistungen**
- 3 Planungsleistungen für öffentliche Bauten werden meist über Wettbewerbe entschieden,  
4 bei denen Entwürfe für die Bauaufgabe eingereicht werden. Diese Entwürfe werden von  
5 einer Jury aus Fach- und Sachpreisrichter:innen qualitativ bewertet. Üblicherweise  
6 werden die Bestplatzierten dieser Wettbewerbe im Rahmen eines nachgeschalteten  
7 Bieterverfahrens mit der Planung beauftragt.
- 8 Leider sind in Baden-Württemberg diese Wettbewerbe fast immer zugangsbeschränkt (laut  
9 der aktuellen Wettbewerbsstatistik der Architektenkammer für 2020 war dies bei über  
10 90% der Wettbewerbe der Fall), was bedeutet, dass junge Architekt:innen kaum eine  
11 Chance zur Teilnahme haben. Die Zugangsbeschränkungen beziehen sich meist darauf,  
12 dass das sich bewerbende Büro nachweisen muss, über einen gewissen Zeitraum  
13 eigenständig eine gewisse Anzahl an spezifischen Gebäuden geplant zu haben.
- 14 Das führt dazu, dass die Gründung eines Architekturbüros fast nur noch möglich ist,  
15 wenn es wohlhabende Personen oder Unternehmen im Bekanntenkreis gibt, die einem die  
16 ersten Aufträge zuschanzen. Ferner wird es auch kleineren und mittleren  
17 Architekturbüros zunehmend erschwert, sich am öffentlichen Bauen zu beteiligen. Das  
18 ist ungerecht.
- 19 Aus dieser Tatsache folgt, dass bestehende Büros immer größer werden und sich den  
20 Markt untereinander aufteilen können. Der Kampf gegen den Klimawandel bedarf frischer  
21 Ideen und innovativer Lösungsansätze: einem Wettstreit um die besten Ideen.
- 22 Sich hierzu auf tradierte Strukturen größerer Büros allein zu verlassen, lässt  
23 Talente ungenutzt. Baden-Württemberg kann mit Stolz auf eine lange Tradition guter  
24 Architektur blicken und hat bis heute vier der besten Architekturschulen  
25 Deutschlands. Drei davon in Stuttgart.
- 26 **Antrag**
- 27 Wir fordern die Vergabeordnung des Landes Baden-Württemberg für Planungsleistungen  
28 öffentlicher Bauten dahingehend zu ändern, dass ein gerechter Zugang zum  
29 Wettbewerbswesen für alle Architekt:innen gleichermaßen möglich wird.

- 30 Der praktikabelste Weg ist, den Text der Vergabeverordnung des Landes dahingehend zu  
31 ändern, dass:
- 32 1. Planungsleistungen für Neubauten oder signifikanten Umbauten der öffentlichen  
33 Hand nur nach einem vorgeschalteten Planungswettbewerb vergeben werden dürfen.  
34 Dies muss auch bei PPP-Modellen gelten.
  - 35 2. bei zugangsbeschränkten Wettbewerben mindestens die Hälfte aller Teilnehmenden  
36 über ein vereinfachtes Losverfahren mit minimaler Schwelle (Mitgliedschaft in  
37 einer Architektenkammer und Nachweis über die Versicherbarkeit einer  
38 Berufshaftpflicht) bestimmt werden müssen.

## Antrag IR 02: Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für verfolgte queere Menschen!

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 **Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für verfolgte queere Menschen!**
- 2 Wir fordern:
- 3 • Unterstützung für queere Flüchtende während eines Asylverfahrens,
- 4 • bessere Aufklärung bezüglich der Menschenrechte queerer Menschen, insbesondere
- 5 innerhalb religiöser Gemeinden,
- 6 • die Verbesserung der sozialen Situation von Menschen mit HIV und AIDS.

### Begründung

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTI) Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Wir Sozialdemokrat:innen legen viel Wert auf Vielfalt in unserer Gesellschaft.

Der Schutz von Menschenrechten aller Menschen ist Basis unseres politischen Grundverständnisses.

Queere Menschen fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Viele sind hier in Deutschland zu Hause und damit Teil der Solidargemeinschaft.

## Antrag IR 03: Wohnungsnot verhindern - Mehr Wohnraum durch Nutzung leerstehender Immobilien schaffen!

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	zur Beschlussfassung nicht geeignet (Z. 4-11), Z. 12-14: Ablehnung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 Wohnungsnot verhindern - Mehr Wohnraum durch 2 Nutzung leerstehender Immobilien schaffen!

3 Wir fordern:

- 4 • Mehr Unterstützung für Menschen im Bereich des Wohnens.
- 5 • Einerseits soll der Leerstand im Bereich Wohnungen und Häusern festgestellt  
6 werden.
- 7 • Andererseits sollen kostenlose Angebote für Erbgemeinschaft, wie Erbimmobilien  
8 weiter bewirtschaftet bzw. veräußert werden können, das Angebot am Markt  
9 vergrößern.
- 10 • Weiter, einen solidarischen Ausgleich der Wohnnebenkosten gemäß des  
11 Haushaltseinkommens.
- 12 • Änderung des „Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum“ dahin,  
13 dass die Kommune verpflichtend eine Satzung erlassen muss, die auf min. 10 Jahre  
14 Gültigkeit angelegt ist.

### Begründung

Da die Kosten für Wohnen und Leben für viele nicht mehr mit ihrem Einkommen zu decken sind, droht Gefahr von Verdrängung.

Durch großen Leerstand und Finanzanlagen werden dem Markt viele Immobilien entzogen, die die Schwierigkeiten der wachsender Nachfrage nach Wohnraum weiter vergrößern. Eine soziale Politik muss hier neben Wohnungsbau und neuen Baugebieten für Bewegung sorgen, um den sozialen Frieden zu wahren und das Grundbedürfnis "Wohnen" zu befriedigen.



## Antrag IR 04: Asylrecht reformieren – Rechtskreiswechsel zügig ermöglichen

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 **Asylrecht reformieren – Rechtskreiswechsel zügig ermöglichen**

2 Wir fordern:

3 Der SPD-Kreisverband RV wird aufgefordert, einen Beschluss zur Asylrechtsreform zu  
4 fassen – **Asylrecht reformieren – Rechtskreiswechsel zügig ermöglichen**. Ziel ist ein  
5 zeitnaher Rechtskreiswechsel für Geflüchtete im Anerkennungsverfahren. Die  
6 Anerkennungsverfahren dauern menschenunwürdig oft über mehrere Jahre. Zukünftig muss  
7 Sozialer Frieden gesichert werden. Es gilt eine Zweiklassen-Struktur bei den  
8 Geflüchteten mit allen negativen und ungerechten Folgen zu verhindern. Gerechtigkeit  
9 und Menschenwürde stehen jedem Geflüchteten zu.

### **Begründung**

Derzeit besteht eine Ungleichbehandlung bei noch nicht anerkannten Geflüchteten – verursacht durch die Anwendung zweier verschiedener Rechtsgrundlagen: nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbewLG) und seit dem 1. Juni 2022 nach dem zweiten bzw. zwölften Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. SGB XII) für Geflüchtete mit ukrainischem Pass nach einem Rechtskreislaufwechsel.

Die Ungleichbehandlung Geflüchteter betrifft folgende drei Bereiche:

- Gesundheitsversorgung,
- Zugang zu Arbeit und
- Unterkunft mit Residenzpflicht.

Asylsuchende und „Geduldete“ bekommen Leistungen nach AsylbewLG. Das kann für die Betroffenen -abhängig vom Bundesland, von der Kommune- bedeuten, dass sie statt Bargeld etwa Lebensmittelpakete erhalten, ihnen anstelle einer regulären Gesundheitsversorgung nur eine medizinische Notfallvorsorge gewährt wird oder dass sie dauerhaft in Sammelunterkünften leben müssen – oft im Mehrbettzimmer ohne jede Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeit.

Die SGB-Leistungen sind grundsätzlich höher als die AsylbewLG-Beträge.

Geflüchtete mit einem Aufenthaltsrecht nach §24 AufenthG (dem sogenannten vorübergehenden Schutz) sind aktuell ausschließlich Menschen, die aufgrund des Krieges in der Ukraine hier sind. Sie erhalten im Bedarfsfall Leistungen nach dem SGB II (sog. Hartz IV - Leistungen) bzw. nach SGB XII (Sozialhilfe für Erwerbsunfähige und Grundsicherung im Alter) sowie Zugang zu weiteren Leistungen wie Krankenversicherung, Kindergeld, BAföG und weitere Mehrbedarfe z.B. für

Alleinerziehende.

Beim Rechtskreiswechsel nach dem Sozialgesetzbuch ändern sich behördliche und haushaltsrechtliche Zuständigkeiten: von Ausländerbehörden zu Sozialämtern, Agenturen für Arbeit/Jobcenter. Für die Finanzierung sind entweder der Bund (AsylbewLG) oder die Länder / Kommunen (SGBII bzw. SGB XII) zuständig. Dies führt insbesondere zu haushalts-rechtlichen Zusatzbelastungen der Länder und Kommunen.

Für ein friedliches, solidarisches Miteinander müssen die Ungleichbehandlungen abgebaut bzw. beseitigt werden.

## Antrag IR 05: Für ein menschliches Asyl- und Aufenthaltsrecht – Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 Für ein menschliches Asyl- und Aufenthaltsrecht – Anspruch auf Familiennachzug für 2 subsidiär Schutzberechtigte

3 Wir fordern die Schaffung eines Anspruchs auf Familiennachzug für subsidiär  
4 Schutzberechtigte. Damit leisten wir einen Beitrag zu einem menschlicheren Asyl- und  
5 Aufenthaltsrecht und beenden die willkürliche Ungleichbehandlung zwischen  
6 Geflüchteten und subsidiär Schutzberechtigten.

7 In § 36a AufenthG ist geregelt, dass Geflüchtete, die nur über subsidiären Schutz  
8 verfügen, beim Familiennachzug dem Ermessen der Behörde unterworfen sind. Außerdem  
9 können nach dieser Regelung nur 1.000 Angehörige subsidiär Schutzberechtigter pro  
10 Monat ein Visum im Rahmen des Familiennachzugs erhalten. Diese Zahl ist willkürlich  
11 und verfassungsrechtlich jedenfalls zweifelhaft.

12 Außerdem fordern wir den Kreis der Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs einen  
13 Aufenthaltstitel erhalten können, zu erweitern. Die aktuelle Regelung sieht vor, dass  
14 ein Rechtsanspruch auf Familiennachzug nur in Bezug auf Ehepartner\*innen, Eltern bzw.  
15 sorgeberechtigte Personen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und  
16 minderjährige Kinder nachgeholt besteht (sog. Kernfamilie). Der Nachzug sonstiger  
17 Familienangehörige setzt das Vorliegen außergewöhnlicher Härte voraus und steht zudem  
18 im Ermessen der Behörde. Praktisch führt dies dazu, dass der Nachzug sonstiger  
19 Familienangehöriger fast nie gelingt.

20 Wir fordern daher, dass der Rechtsanspruch auf Familiennachzug auf den folgenden  
21 Personenkreis erweitert wird: Eltern, Großeltern, Geschwister und Kinder unabhängig  
22 ihres Alters sollen im Rahmen des Familiennachzugs einen Aufenthaltstitel erhalten  
23 müssen.

24 Daneben müssen die Botschaften, die Ausländer\*innenbehörden und die sonst zuständigen  
25 Behörden personell und infrastrukturell so ausgestattet werden, um die eingehenden  
26 Anträge zeitnah zu bearbeiten.

## Begründung

### Allgemeines

Ausländer\*innen benötigen zur Einreise und für den Aufenthalt in Deutschland einen Aufenthaltstitel, z. B. ein Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis. Ansonsten sind sie zur Ausreise verpflichtet, die zwangsweise in Form der Abschiebung vollstreckt werden kann.

Aufenthaltstitel können in Deutschland aus humanitären Gründen erteilt werden, namentlich nach der Zuerkennung von Asyl, der Geflüchteteigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiärem Schutz. Während Asylberechtigung und Geflüchteteigenschaft eine Verfolgung aufgrund eines zugeschriebenen Merkmals, z. B. aufgrund der Religion, Nationalität oder politischen Überzeugung, voraussetzen, erfordert der subsidiäre Schutz, dass dem\*der Schutzsuchenden in seinem\*ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht, etwa die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder eine individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit im Rahmen eines bewaffneten Konflikts, wie z. B. einem Bürger\*innenkrieg. Für Asyl und Geflüchtetenstatus ist also eine individuelle und spezifische Verfolgung der Schutzsuchenden Person erforderlich, während der subsidiäre Schutz bereits bei einer allgemeinen Bedrohung besteht.

#### *Rechtsanspruch auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte*

Die Zuerkennung von subsidiärerem Schutz macht ca. 1/3 der positiven Entscheidungen des BAMF aus. Neben der Geflüchteteigenschaft wird der subsidiäre Schutz mit am häufigsten gewährt; das Asyl macht nur ca. 5 % der positiven Entscheidungen aus.[\[1\]](#) Subsidiären Schutz erhalten mittlerweile vor allem Geflüchtete aus Syrien, die vor dem seit über 10 Jahren andauernden, zerstörerischen und grausamen Krieg Assads gegen das eigene Volk fliehen.

In der Regel können Geflüchtete im Rahmen des privilegierten Familiennachzugs ein Visum für die sog. Kernfamilie erwirken, sodass diese legal und sicher nach Deutschland einreisen können. Anderenfalls bleibt der Familie nur die Möglichkeit über Fluchtrouten nach Deutschland zu kommen - aufgrund völkerrechtswidriger Pushbacks, Gewalt durch Frontex- und Grenzschutzpersonal sowie betrügerischer Schlepper\*innen ein lebensbedrohliches und menschenunwürdiges Unterfangen.

Zum Schutz ihrer Familien erhielten auch subsidiär Schutzberechtigte ab 01.08.2015 einen Anspruch den privilegierten Familiennachzug für die Kernfamilie.

Auf Drängen der Union wurde dieser Anspruch angesichts der steigenden Geflüchtetenzahlen von der GroKo zwischen März 2016 und Ende Juli 2018 ausgesetzt.

Seit 2018 ist durch Schaffung des § 36a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) der Familiennachzug auch wieder für subsidiär Schutzberechtigte möglich. Anders als bei Geflüchteten, steht dies aber im Ermessen der zuständigen Behörden und soll nur noch bei Vorliegen erheblicher "humanitärer Gründe" gewährt werden. Dazu gehören laut BAMF etwa die "Dauer der Trennung, das Alter der Kinder oder schwere Erkrankungen und konkrete Gefährdungen im Herkunftsland. Darüber hinaus sind auch Integrationsaspekte zu berücksichtigen".[\[2\]](#)

Zudem können nur 1.000 Menschen pro Monat im Rahmen des Familiennachzugs ein Visum erhalten - eine völlig willkürliche und verfassungsrechtlich bedenkliche Beschränkung.[\[3\]](#) Das beschränkt die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen - die für den langfristigen Aufenthalt in Deutschland erforderlich sind - im Rahmen des Familiennachzugs faktisch ebenfalls auf 1.000 Menschen.

Rechtspopulist\*innen wie Horst Seehofer orakelten, dass Hundertausende bis Millionen

Familienangehörige von subsidiär Schutzberechtigten nachgezogen werden könnten und dies für Deutschland nicht stemmbar sei. Dabei handelte es sich um bewusste Falschaussagen: seriöse Studien prognostizierten einen Nachzug von lediglich 50.000-60.000 Menschen. Das populistische Feindbild des Nachzugs ganzer Großfamilien war dabei eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, denn der Familiennachzug war von vornherein auf die Kernfamilie beschränkt. Selbst bei der von uns angestrebten Erweiterung des Begriffs der Kernfamilie wäre eine wie von Rechtspopulist\*innen propagierte Größenordnung des Nachzugs nicht zu befürchten. Auch wenn diese unzutreffenden Prognosen stimmen würden, wäre die Erweiterung des Begriffs aus humanitären Gründen jedenfalls geboten.

Gegen diese diskriminierende, rassistische und unmenschliche Beschränkung der Rechte subsidiär Schutzberechtigter im Allgemeinen und syrischer Geflüchteter im Allgemeinen wenden wir uns mit diesem Antrag.

Die Ungleichbehandlung von Geflüchteten und subsidiär Schutzberechtigten ist willkürlich: In beiden Fällen sind Menschen tausende Kilometer geflohen und haben lebensbedrohliche Fluchtrouten gewählt, um sich den elementaren Gefahren, die ihnen in ihrer Heimat drohten zu entziehen. Für die Geflüchteten und ihre Familien macht es keinen Unterschied, ob sie aufgrund ihrer individuellen Verfolgung oder als Opfer eines Bürgerkriegs nach Deutschland gekommen sind. Ihr Interesse, mit ihrer Familie vereint in Sicherheit zu leben, ist in beiden Situationen gleichermaßen berechtigt. Das zeigt sich besonders an der Situation syrischer Bürgerkriegsgeflüchteter, deren Familien nach der derzeitigen Nachzugsregelung der grausamen Willkür des Diktators Assad überlassen werden. Während bis Ende 2015 noch 99,7 % der nach Deutschland geflohenen Syrier\*innen Schutz unter der Genfer Konvention bzw. dem Grundgesetz erhielten, waren es im Jahr 2016 nur noch 58 %. Im Jahr 2017 erhielten noch 38 % diesen Schutz, 61 % von ihnen wurde stattdessen nur noch subsidiärer Schutz zuteil. Diese Änderung ist kein Zufall, sondern Folge einer systematischen, rechtsstaatlich bedenklichen Beschränkung der Rechte (syrischer) Geflüchteter unter maßgeblichem Einfluss rechtspopulistischer Kräfte.

Durch die Aussetzung und die darauffolgende Beschränkung des Nachzugs durch § 36a AufenthG werden Familien zerrissen - neben der Traumatisierung durch die Gräueltaten des Bürger\*innenkriegs eine weitere Traumatisierung für die Schutzsuchenden. Das schadet auch der Integration von Geflüchteten und ist in höchstem Maße unsolidarisch. Von einem Europa als Wertegemeinschaft und einem Deutschland als humanitären Staat erwarten wir einen konsequenten Schutz geflüchteter Menschen.

Zu einem funktionierenden Rechtsstaat gehört auch eine funktionierende Verwaltung. Die unzureichende Ausstattung der Botschaften, Ausländer\*innenbehörden und der anderen zuständigen Stellen ist mit dafür verantwortlich, dass zwischen der Antragstellung und Visumserteilung oftmals Jahre vergehen. Durch eine Deckelung der Terminvergabe wird das Kontingent zur Visavergabe zudem regelmäßig nicht einmal ausgeschöpft. Auf diesem Wege entzieht sich das Verfahren gerichtlicher Kontrolle, der Familiennachzug wird gänzlich vereitelt.[\[4\]](#)

Das jahrelange Warten auf enge Familienangehörige zermürbt und traumatisiert die Geflüchteten, insbesondere die Kinder unter ihnen und zerstört dabei Familien. Dies verhindert nicht nur eine gelungene Integration, sondern ist auch verfassungswidrig. Eine Gleichstellung beim Recht auf Familiennachzug von Geflüchteten und subsidiär Schutzberechtigten ist daher erforderlich, denn an der Bedrohungssituation der Betroffenen hat sich nichts geändert. Sie werden auf Jahre hin

Schutz benötigen und sie und ihre Familien haben ein Recht auf ein Zusammenleben in Sicherheit.

#### *Erweiterung des Begriffs der Kernfamilie*

Sonstige Familienangehörige außerhalb der Kernfamilie können nach § 36 Abs. 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis im Rahmen des Familiennachzugs nur erhalten, wenn es zur "Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist" - eine Voraussetzung die praktisch nie von den zuständigen Behörden bejaht wird.

Die Familie ist ein elementar wichtiger Faktor, wenn es um die Integration von Geflüchteten geht. Außerdem ist sie Rückzugsort: für die meisten Menschen ist die Nähe zur Familie Voraussetzung von "Zuhause" und "Heimat". Gerade für Kinder und Jugendliche ist die Familie - nicht nur die Kernfamilie - der wichtigste Bezugspunkt. Angesichts der traumatischen Erfahrungen, die sie z. B. in ihrem Heimatland Syrien angesichts des Bürgerkriegs und auf der Flucht gemacht haben, ist es unverantwortlich die Traumatisierung durch die Trennung von der Familie aufrechtzuerhalten und Geflüchtete mit ihrem Leben in dem neuen, unbekanntem Land alleine zu lassen.

Der unvorstellbare Schmerz der durch den Krieg getrennten Familien können wir uns nicht im Ansatz vorstellen. Deshalb muss die internationalistische und solidarische Antwort von uns Jusos ein menschlicheres Asyl- und Aufenthaltsrecht sein, zu dem auch eine Ausweitung des Begriffs der Kernfamilie gehört. Hierzu müssen jedenfalls die Eltern und Großeltern der geflüchteten Person sowie ihre Geschwister und Kinder unabhängig ihres Alters gehören. Dies ist auch geboten, um mehr Rücksicht auf die tatsächlich bestehenden Familienverhältnisse zu nehmen.

Das Ausmaß der aktuellen Regelung verdeutlicht der Fall der Familie Albus. Der ohne seine Eltern geflüchtete, minderjährige Sohn konnte für seine mit den Eltern geflohenen Geschwister im Alter von 4, 10 und 15 Jahren kein Visum erhalten. Diese Voraussetzungen müssen erfüllt sein, da die minderjährigen Geschwister nicht zur Kernfamilie im Sinne des AufenthG gehören - nur die Eltern erhielten daraufhin Visa, da die genannten Voraussetzungen für ihren Nachzug nicht gelten. Die Eltern entscheiden sich, sich zwischen den Kindern aufzuteilen. Erst als der Mutter in Deutschland infolge des Nachzugs auch subsidiären Schutz gewährt wurde, kann sie den Familiennachzug für ihren Mann und die drei Geschwister beantragen. Zwischen der Trennung vom nach Deutschland geflohenen ältesten Sohn und dem Wiedersehen mit seiner Mutter sind über vier Jahre vergangen. Wann die Familie wieder vereint sein wird, ist angesichts der Dauer der Nachzugsverfahren ungewiss.<sup>[5]</sup>

[1][https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtZahlen/bundesamt-in-zahlen-2021-asyl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtZahlen/bundesamt-in-zahlen-2021-asyl.pdf?__blob=publicationFile&v=6), S. 37

[2]<https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/FamilienasylFamiliennachzug/familienasylfamiliennachzug-node.html>

[3]<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/experten-bemaengeln-neue-regeln-zum-familiennachzug>

[4] vgl. <https://www.nds-fluerat.org/48466/aktuelles/bitteres-fazit-zum-familiennachzug-zu-subsidiaer-schutzberechtigten/>

[5] vgl. <https://www.proasyl.de/news/getrennte-familien-am-ende-ihrer-kraefte-zwei-jahre-gnadenrecht-beim-familiennachzug/>

## Antrag IR 06: Abschiebestopp Iran

Antragsteller*in:	KV Schwarzwald-Baar
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 **Abschiebestopp Iran**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Wir stehen solidarisch an der Seite der Demonstrierenden Menschen im Iran

4 “Zan, Zendegi, Azadi” und „Jin, Jiyan, Azadî“ (persisch und kurdisch für „Frau,  
5 Leben, Freiheit“) – mit diesen und anderen Worten bringen Menschen ihren Protest  
6 gegen die Entrechtung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen im Iran zum Ausdruck.  
7 Sie solidarisieren sich mit Mahsa (Zhina) Amini, die bei einer Kontrolle der  
8 Sittenpolizei am 13. September 2022 in Teheran festgenommen wurde, angeblich, weil  
9 unter dem Kopftuch ihre Haare hervorschauten. Die 22-jährige Amini aus der Provinz  
10 Kurdistan im Iran starb kurz darauf in Polizeigewahrsam.

11 Systematisch kriminalisiert das Mullah-Regime die Selbstbestimmung von Frauen und das  
12 bereits seit der Machtübernahme. Menschen im Iran gehen aufgrund des Todes von Mahsa  
13 (Zhina) Amini seit Wochen für Menschen-, Minderheiten- und Frauenrechte auf die  
14 Straße. Neben willkürlichen Massenverhaftungen und dem Einsatz scharfer Munition sind  
15 mittlerweile zahlreiche Todesopfer zu beklagen.

16 Nicht allein der Tod von Mahsa (Zhina) Amini treibt tausende Menschen im Iran auf die  
17 Straße. Die Proteste sind Ausdruck einer tiefgreifenden Unzufriedenheit mit der  
18 Regierung und der Unterdrückung von Freiheit und Menschenrechten. Sie demonstrieren  
19 gegen einen zutiefst korrupten und gewaltsamen Theokraten- und Geheimdienststaat, der  
20 Frauen und alle andersdenkenden Menschen systematisch unterdrückt, der politischen  
21 Widerstand brutal im Keim ersticken lässt und Kurdinnen und Kurden sowie andere  
22 ethnische Gruppen und religiöse Minderheiten diskriminiert und entrechtet. Eine  
23 Internetsperre im Land erschwert derweil die Verbreitung von Informationen über die  
24 Proteste und die Kommunikation der Protestierenden untereinander.

25 Es ist für jede Bürgerin und Bürger im Iran mit einem hohen persönlichen Risiko  
26 verbunden, gegen das iranische Regime zu protestieren – darunter Folter und sogar der  
27 Verlust des eigenen Lebens. Die Behörden Irans gehen auch jetzt wieder mit  
28 rücksichtsloser Härte gegen Protestierende, Dissidenten und Oppositionelle vor.  
29 Weltweit solidarisieren sich Menschen mit den Frauen und den Opfern des Regimes.

30 Iran zählt zu den zehn zugangstärksten Herkunftsländern von Asylsuchenden in  
31 Deutschland.

32 Die Anerkennungsquote für Iraner\*innen im Asylverfahren liegt bei etwa 30 Prozent

- 33 (bereinigte Schutzquote knapp 50 Prozent, Bundestag Drs. 20/2309). Mehr als 10.000  
34 Iraner\*innen in Deutschland leben mit dem prekären Status der Duldung, viele von  
35 ihnen unterliegen einem Arbeitsverbot (Bundestag Drs. 20/3201).
- 36 Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Verhaftungen, Verschleppung, Folter und  
37 Tötung von politischen Aktivist\*innen, LGBTIQ+, Kurd\*innen, Frauen und alle, die  
38 gegen die strenge Sittenordnung des iranischen Regimes verstoßen, sind nicht neu.
- 39 Angesichts der massiven Gewalt gegen Andersdenkende setzen uns für einen sofortigen  
40 Abschiebestopp für Iran ein. Die in Baden-Württemberg geduldeten Iraner\*innen  
41 brauchen schnellstmöglich eine Bleibeperspektive in Deutschland.



## Antrag IR 07: Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen

Antragsteller*in:	KV Rottweil
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 **Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die SPD strebt die Aufnahme einer Bestimmung in die Gemeindeordnung von Baden-  
4 Württemberg an, die eine Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen[1] vorsieht. Das  
5 Verfahren könnte sich beispielsweise an den Regelungen in § 51 Abs. 7 bis 9 der  
6 Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) orientieren, die im Wortlaut diesem Antrag am  
7 Ende angefügt werden.

### **Begründung**

Die Bürgermeister werden in Baden-Württemberg auf acht Jahre gewählt und vereinen in ihrer Person eine umfangreiche Aufgaben- und damit auch Machtfülle. So sind sie nach § 42 Abs. 1 Gemeindeordnung Vorsitzende des Gemeinderates, Leiter der Gemeindeverwaltung und Vertreter der Gemeinde. Auch wenn ein/e Bewerber:in bei der Wahl überzeugt, kann sich nach einer gewissen Zeit herausstellen, dass die/der Amts-inhaber:in nicht geeignet ist oder aus anderem Grund seine Aufgabe nicht erfüllt. Eine erhebliche fachliche Überforderung kann sich ebenso erst nach einer gewissen Zeit herausstellen, wie auch beispielsweise charakterliche oder inhaltliche Veränderungen, die so bei der Wahl nicht absehbar waren. Die Abwahlmöglichkeit gibt es bisher in allen Flächenländern in der Bundesrepublik Deutschland mit der Ausnahme von Baden-Württemberg und Bayern. Um eine willkürliche Abwahl auszuschließen, die etwa auf unpopulären Einzelentscheidungen basiert, ist ein entsprechend hohes Quorum notwendig.

Die Gemeindeordnung in Sachsen entspricht weitestgehend der in Baden-Württemberg. Die sächsische Gemeindeordnung sieht aber zusätzlich eine Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen vor, die es in Baden-Württemberg nicht gibt. Hier die Regelung zur Abwahl in der Gemeindeordnung in Sachsen:

§ 51 SächsGemO – Rechtsstellung des Bürgermeisters

(7) Der Bürgermeister kann von den Bürgern der Gemeinde vorzeitig abgewählt werden. Er ist abgewählt, wenn sich für die Abwahl eine Mehrheit der gültigen Stimmen ergibt, sofern diese Mehrheit mindestens 50 Prozent der Bürger beträgt. Für die Durchführung der Abwahl gelten die Bestimmungen zur Durchführung von Bürgerentscheiden entsprechend. Der Bürgermeister scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem der Gemeindevwahlausschuss die Abwahl feststellt, aus seinem Amt; er behält bis zum Ablauf seiner Amtszeit die Bezüge wie ein in den einstweiligen

Ruhestand versetzter Beamter.

(8) Zur Einleitung des Abwahlverfahrens Absatz 7 bedarf es eines Bürgerbegehrens. Das Bürgerbegehren muss von mindestens einem Drittel der Bürger der Gemeinde unterzeichnet sein; in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern kann die Hauptsatzung ein geringeres Quorum, jedoch nicht weniger als ein Fünftel, festsetzen. § 25 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 findet Anwendung.

(9) Das Abwahlverfahren nach Absatz 7 kann auch durch einen von mindestens drei Viertel der Stimmen aller Gemeinderäte zu fassenden Beschluss eingeleitet werden. Eine Aussprache vor der Beschlussfassung findet nicht statt.

[1] Nach der GemO sind damit natürlich auch die OB gemeint!

## Antrag IR 08: Änderung des Urhebergesetzes

Antragsteller*in:	KV Mannheim
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 **Änderung des Urhebergesetzes**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg wird aufgefordert, sich - mit der  
4 entsprechenden Bitte an die SPD-Bundestagsfraktion – für folgende Ergänzungen des §  
5 97 a Abs. 3 Urhebergesetz zwischen Unterpunkt 1 und Unterpunkt 2 einzusetzen:

6 „oder ein Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht – mit Ausnahme der üblichen  
7 Nebengeschäfte - oder eine andere Organisation ohne Gewinnerzielungsabsicht – mit  
8 Ausnahme der üblichen Nebengeschäfte - ist, die nach diesem Gesetz geschützte Werke  
9 oder andere nach diesem Gesetz geschützte Schutzgegenstände nicht für gewerbliche  
10 Zwecke verwendet“

11 Der derzeitige Gesetzestext lautet:

12 „§97 a Abs. 3 UrhG: Soweit die Abmahnung berechtigt ist und Absatz 2 Satz 1 Nummer 1  
13 bis 4 entspricht, kann der Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangt werden.  
14 Für die Inanspruchnahme anwaltlicher Dienstleistungen beschränkt sich der Ersatz der  
15 erforderlichen Aufwendungen hinsichtlich der gesetzlichen Gebühren auf Gebühren nach  
16 einem Gegenstandswert für den Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch von 1 000 Euro,  
17 wenn der Abgemahnte

18 1. eine natürliche Person ist, die nach diesem Gesetz geschützte Werke oder andere  
19 nach diesem Gesetz geschützte Schutzgegenstände nicht für ihre gewerbliche oder  
20 selbständige berufliche Tätigkeit verwendet

21 [Einfügung hier]

22 , und

23 2. nicht bereits wegen eines Anspruchs des Abmahnenden durch Vertrag, auf Grund einer  
24 rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung oder einer einstweiligen Verfügung zur  
25 Unterlassung verpflichtet ist.“

### **Begründung**

Der potentielle Schaden durch Urheberrechtsverletzungen für Vereine sowie für die SPD ist  
gewaltig.

Sinnbildlich hierfür steht der aktuelle Vergleich zwischen der Dpa und der SPD, welcher alleine

eine

Zahlung zu Lasten der SPD in Höhe von 124.000,00 Euro zum Inhalt hatte. Es ist davon auszugehen, dass diverse Vereine von diesem Problem betroffen sein dürften. Weiter ist nicht auszuschließen, dass in Zukunft weitere Urheberrechtsverletzungen durch Vereine und auch durch Gliederungen der

SPD begangen werden. Baden-Württemberg ist neben Bayern besonders betroffen. Während die Kosten für die fehlende Lizenz zwar in einigen Fällen teilweise hoch sind, sind in anderen Fällen die

Kosten zur Unterlassung zukünftiger urheberrechtsverletzender Handlungen deutlich höher (bzw. beachtlich).

Eine effektive Lösung wäre neben den aktuellen Maßnahmen (Schulungen, Alternative SPD-Seiten für

SPD Gliederungen, kostenlos-sichere Fotoportale, Rundbriefe, Pauschalvergütungen mit Fotoagenturen) eine Änderung des Gesetzes, um die Kosten für einen klassischen Urheberrechtsverstoß (Veröffentlichung eines Fotos auf der eigenen Homepage) zu deckeln.

Diese Kostendeckelungsoption gibt es bereits für natürliche Personen, sofern sie bei dem Verstoß nicht für ihre gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeiten tätig waren und nicht bereits

wegen eines Anspruchs des Abmahnenden durch Vertrag, auf Grund einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung oder einer einstweiligen Verfügung zur Unterlassung verpflichtet ist (§ 97

a Abs. 3 UrhG).

Durch eine Ergänzung dieses Paragraphen könnte ein gleichwertiger Schutz auch gegenüber sämtlichen Vereinen, die nicht primär mit Gewinnerzielungsabsicht am Markt auftreten ausgelöst werden.

## Antrag IR 09: Subsidiarität

Antragsteller*in:	KV Rems-Murr
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	zur Beschlussfassung nicht geeignet
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 Subsidiarität

- 2 Die SPD Baden-Württemberg setzt in ihrem Staatsverständnis verstärkt auf den  
3 Grundsatz "Kontrolle ist gut. Vertrauen ist besser" und forciert den Grundgedanken  
4 der Subsidiarität bei der Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Umsetzungskonzepten  
5 und staatlichen Maßnahmen. Ziel dieses Ansatzes ist ein handlungsfähiger Staat  
6 angesichts der sich schnell verändernden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.  
7 Hintergrund ist, dass der Staat sich selbst in weiten Teilen in die  
8 Handlungsunfähigkeit reguliert hat. Insbesondere die kommunale Ebene ist angesichts  
9 der Vielfalt, Komplexität und Widersprüchlichkeit von Regularien kaum noch in der  
10 Lage, ohne Regelverstöße und Zeitverlust die Herausforderungen zu bewältigen. Die  
11 Verwaltungen sind inzwischen mehr mit Controlling als mit operativer Umsetzung  
12 beschäftigt, was nicht mehr durch einzelne Anpassungen, sondern nur durch einen  
13 echten Paradigmenwechsel korrigiert werden kann.

### Begründung

Die Herausforderungen unserer Zeit sind komplex und miteinander verwoben. Als Querschnittsproblem zeigt sich der demografische Wandel mit seinem Mangel an Fach- und Arbeitskräften, der auch in der öffentlichen Verwaltung - insbesondere auf kommunaler Ebene - enorme Herausforderungen mit sich bringt. Politik hat den Anspruch, das Leben der Menschen zu verbessern und zugleich die Grundlagen für kommende Generationen zu erhalten.

Inhaltliche Ziele werden mit Steuerungsinstrumenten wie Regulierung, Verboten oder Pflichten sowie Anreizen, häufig durch Förderprogramm, verfolgt. Die Ausgestaltung dieser Instrumente ist in den vergangenen Jahren immer detaillierter geworden. Verordnungen und Förderprogramme sind so eng gestrickt, dass jedwede Möglichkeit von Fehlverhalten oder Missbrauch ausgeschlossen wird. Dieser Ansatz ist zwar gut gemeint, kommt in der Praxis aber schnell an Grenzen. So sind insbesondere auf kommunaler Ebene, also am Ort der Umsetzung, die Regulierungen aufgrund mangelnder Kapazitäten gar nicht mehr umsetzbar. Durch genaueste Vorgaben bei Förderprogrammen werden Fördermittel häufig nicht abgerufen - entweder weil der Aufwand zur Beantragung in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen steht oder weil die Förderregelungen an den lokalen Bedürfnissen vorbeigehen.

Inzwischen sind in Relation zu viele Stellen im öffentlichen Dienst dafür zuständig, den Staat selber zu kontrollieren, als für die konkrete Umsetzung von Maßnahmen und Projekten.

Auf diese Art und Weise reguliert und fördert sich der Staat selbst in die Handlungsunfähigkeit. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Die SPD steht für einen eingreifenden und starken Staat mit dem Ziel, dass nicht die Macht des Stärkeren entscheidend ist, sondern Gerechtigkeit und Solidarität oberste Prämisse sind.

Dafür braucht es jedoch einen neuen Blick auf den „starken und handlungsfähigen Staat.“ Dieser zeichnet sich künftig nicht mehr durch seine Regelungstiefe und eine hohe Anzahl von Regelungen und Programmen aus, sondern durch Freiräume für die staatlichen Ebenen, aber ebenso die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. Förderprogramme und Regulierungen müssen unkomplizierter und offener ausgestaltet werden.

Dieses Mehr an Freiräumen geht zudem keineswegs mit einem Kontrollverlust einher. Vielmehr wird die Demokratie gestärkt. Denn wenn beispielsweise Kommunen vorhandene Freiheiten nicht ausreichend nutzen und gesellschaftliche Ziele nicht verfolgen, so wird dies bei den Wahlen der Kommunalparlamente oder der BürgermeisterInnen sicherlich eine Rolle spielen. Die demokratische Kontrolle ist der administrativen Kontrolle vorzuziehen.

Anstatt eines übertriebenen und aufwändigen Controllings und zu eng gefassten Programmen sollten vielmehr allgemeine Ziele vorgegeben und dabei auf Stichproben und harte Sanktionen bei Betrug und Missbrauch gesetzt werden. Wegen wenigen potentiellen Betrügern dürfen nicht die vielen ehrlichen Verwaltungen, Behörden, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen durch zu starre Regelungen mit zu geringen Freiräumen behindert werden.

## Antrag IR 10: Wahlordnung im Digitalzeitalter - Gleiche Chancen für Alle

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 **Wahlordnung im Digitalzeitalter - Gleiche Chancen für Alle**

- 2 Wir fordern die Ergänzung des §24 BetrVG Schriftliche Stimmabgabe im  
3 Digitalzeitalter:
- 4 Wahlberechtigte Beschäftigte sollen, wenn ihr Arbeitsplatz ständig oder überwiegend  
5 außerhalb der Betriebsstätte befindet, die Briefwahlunterlagen automatisch per Post  
6 oder moderner Telekommunikation, wie z.B. per Firmen internem Mail, oder einer  
7 Privatmail zugesendet bekommen. Da im Betrieb vielleicht nicht bekannt ist, welchen  
8 Kommunikationsweg die jeweiligen Beschäftigten besitzen oder wünschen, sollen diese  
9 mindestens 4 Wochen vorab am Arbeitsplatz oder per interner Mail befragt werden,  
10 welcher Weg der Information für sie machbar ist.

### **Begründung**

24 BetrVG, Abs.2 ist hierfür juristisch und auch faktisch nicht ausreichend, um dies zu gewährleisten.

In vielen Betrieben z.B. in der Branche der Lieferdienste, Bauarbeiter oder ..., befinden sich der Teil der Belegschaft regelmäßig oder überwiegend nicht im Hauptbetriebsgebäude und bekommt im Regelfall nichts von den Aushängen des vorhandenen Betriebsrats mit. Insbesondere fehlt diesen Mitarbeiter\*innen so, sich adäquat zu informieren. Im Falle einer BR-Wahl führt dies dazu, dass ihnen Wahlausschreiben nicht bekannt sind und sie somit auch nicht die Information erhalten, dass und bis wann, sie Briefwahlunterlagen eigeninitiativ „beantragen“ müssen. Dadurch gehen viele Wähler\*innenstimmen „verloren“ bzw. können sich diese Beschäftigten nicht ausreichend an der Wahl beteiligen. Wir wollen, dass alle Beschäftigten im Betrieb die gleiche Chance erhalten, an der Briefwahl teilnehmen zu können.

## Antrag IR 11: Kommunen in Baden-Württemberg digitalisieren

Antragsteller*in:	KV Sigmaringen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 Kommunen in Baden-Württemberg digitalisieren

#### 2 Problem:

3 Unser Staat kann schneller und praktischer für uns alle werden. Und unser Staat muss  
4 konkurrenzfähig werden mit zunehmend modernen Verwaltungen im Ausland, die attraktiv  
5 sind für junge Talente, Unternehmen und Investitionen. Dazu muss Deutschland  
6 digitaler werden und seine Verwaltung digitalisieren. Gerade für kleine Verwaltungen  
7 auf dem Land bietet die Digitalisierung eine riesige Chance, selbst mit kleinen  
8 Mitarbeiterstäben mit Hilfe von Automatisierungen noch ihre Aufgaben zu erfüllen.

9 Ein großer Teil unserer Verwaltung und die meisten Berührungspunkte zwischen  
10 Bürgerinnen, Bürgern und dem Staat sind auf kommunaler Ebene. Das heißt: Jede  
11 Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland kann nur gelingen, wenn sie in unseren  
12 Kommunen – ob Dorf oder Großstadt – funktioniert. Ein zentrales Gesetz für die  
13 Verwaltungsdigitalisierung ist das Onlinezugangsgesetz (OZG). Es schreibt Bund,  
14 Ländern und Kommunen vor: Rund 600 Verwaltungsleistungen sollen bis Ende 2022 digital  
15 verfügbar sein. Doch längst ist klar: Das wird nichts mehr. Ein Teil des Problems ist  
16 es, die Kommunen nicht genug mitzudenken, einzubeziehen und zu unterstützen.

17 Unsere Kommunen in Deutschland sind Teil der Bundesländer. Darum fordern wir: Die  
18 Landesregierung in Baden-Württemberg muss den Kommunen endlich dabei helfen, digital  
19 zu werden. Zwar liegen mit den sogenannten Standard- und Universalprozessen Konzepte  
20 vor. Aber in der Praxis sind diese Prozesse zu langsam, zu schwer anzubinden oder  
21 teils gänzlich unnütz. Bis heute ist vielen Kommunen z.B. unklar, wie sie die  
22 Verwaltungsleistungen anderer Kommunen nachnutzen können. Aus der Not heraus haben  
23 sich in Baden-Württemberg 140 kommunale Akteure zu einer OZG-Taskforce  
24 zusammengeschlossen. Sie eint die Kritik, von der Landesregierung vernachlässigt zu  
25 werden.

26 90% unseres E-Governments findet auf kommunaler Ebene statt, rund 350 Leistungen sind  
27 kommunal zu digitalisieren. Als wäre das nicht genug, ist in den letzten Jahren die  
28 Belastung von Kommunen gestiegen: Glasfaser verlegen, Mobilfunk ausbauen, die e-Akte  
29 einführen, Corona bekämpfen und Geflüchtete aufnehmen. Außerdem besteht gerade Baden-  
30 Württemberg aus vielen kleinen Gemeinden mit nur wenig Personal, die sich unmöglich  
31 alleine digitalisieren können. Darum brauchen unsere Kommunen unbedingt und dringend  
32 die Unterstützung vom Land. Am Ende sind es die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen



33 die darunter leiden.

34 **Lösung:**

35 Wir fordern: Das Land Baden-Württemberg muss seine Kommunen bei der Digitalisierung  
36 unterstützen, gerade auch finanziell.

- 37 1. Land und Bund müssen den Kommunen einige Kosten ersparen. Wo  
38 Verwaltungsleistungen bereits digital verfügbar sind, muss es für andere  
39 Kommunen einfach und kostenlos sein, sie zu übernehmen.
- 40 2. Die Landesregierung muss unsere Kommunen finanziell dabei unterstützen,  
41 Schnittstellen aufzubauen, die eine schnelle, einfache Nachnutzung von  
42 digitalisierten Verwaltungsleistungen technisch ermöglichen.
- 43 3. Nicht jede Kommune braucht ein eigenes teures Rechenzentrum, das die meisten  
44 erst noch aufbauen müssten. Das Land Baden-Württemberg sollte seine eigenen  
45 Rechenzentren ausbauen und den Kommunen zur Verfügung stellen.
- 46 4. Die Landesregierung muss unsere Kommunen besser informieren. Änderungen und  
47 Vorgaben zur Umsetzung der digitalen Verwaltung haben in der Vergangenheit zu  
48 wenige Kommunen in Baden Württemberg erreicht. Sie muss den Kommunen transparent  
49 erklären, was ihre Aufgabe in Bundes- und Landesgesetzen ist und wie sie darin  
50 vom Land Unterstützung bekommen können. Zwar gibt es bereits vereinzelte  
51 Weiterbildungsangebote, aber sie reichen für über 1.000 Kommunen in Baden-  
52 Württemberg bei weitem nicht aus. Wir fordern Anleitungen (per Video), Best-  
53 Practice-Beispiele, zentrale Handreichungen und Schulungen für  
54 Verwaltungsfachkräfte, die unseren Kommunen bei der Umsetzung helfen.

## Antrag IR 12: Rückkehr zum Doppelbestrafungsverbot

Antragsteller*in:	KV Neckar-Odenwald
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 Rückkehr zum Doppelbestrafungsverbot

2 Wir fordern die Regierung und Regierungskoalition im Bund, insbesondere die  
3 sozialdemokratischen Abgeordneten, auf, schnellstmöglich einen Gesetzesentwurf  
4 vorzulegen und zu verabschieden, um das Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung –  
5 Erweiterung der Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten des Verurteilten gemäß § 362  
6 StPO und zur Änderung der zivilrechtlichen Verjährung (Gesetz zur Herstellung  
7 materieller Gerechtigkeit) vom 21. Dezember 2021 vollständig wieder aufzuheben. Eine  
8 derartige Einschränkung des Doppelbestrafungsverbots („Ne bis in idem“) halten wir  
9 unter keinen Umständen für hinnehmbar. Diese Forderung ist unabhängig vom anhängigen  
10 verfassungsgerichtlichen Verfahren.

11 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen wir uns zu den Grundrechten  
12 eines jeden Menschen und den rechtsstaatlichen Prinzipien, auf denen unsere  
13 Staatsordnung begründet ist. Die sozialdemokratische Bewegung war in der deutschen  
14 Geschichte maßgeblich daran beteiligt, Grundrechte zu formulieren, durchzusetzen und  
15 zu verteidigen. Eine übermäßige Einschränkung von Grundrechten verkennt deren Wesen  
16 und ihre Bedeutung für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.  
17 Insbesondere Prozessgrundrechte stellen einen wichtigen Bestandteil unserer  
18 Grundrechtsordnung dar und dürfen niemals als Ballast bei der Verfolgung mutmaßlicher  
19 Krimineller verstanden werden. Vielmehr sind diese für den Erhalt und die  
20 Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates von fundamentaler Bedeutung und dürfen nicht  
21 fahrlässig aufgegeben werden. Wir wollen den Stellenwert der Grundrechte,  
22 einschließlich und insbesondere der Prozessgrundrechte, in der Gesellschaft, der  
23 politischen Bildung und in politischen Debatten daher stärken.

### Begründung

Zu einer der wichtigsten Stärken in der Politik gehört es, Fehlentscheidungen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Die Erweiterung der Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten des Angeklagten durch die Große Koalition ist eine solche Fehlentscheidung. Dies müssen wir öffentlich eingestehen und die Folgen zeitnah beseitigen.

Art. 103 Abs. 3 GG bestimmt, dass niemand wegen derselben Tat mehrmals bestraft werden darf und umfasst seit Alters her auch das Verbot, einen rechtskräftig Freigesprochenen wegen derselben Tat erneut anzuklagen. Art. 50 der EU-Grundrechtecharta bringt dies auch explizit zum

Ausdruck. Ausnahmen davon gab es rechtsgeschichtlich sehr selten, insbesondere jedoch zur Zeit der Inquisitionsprozesse und in der NS-Zeit. Seit einigen Jahren gibt es nun Forderungen, die erneute Anklage bei schwersten Verbrechen zuzulassen, wenn nach einem Freispruch neue Beweise auftauchen, die für die Schuld des mutmaßlichen Täters sprechen. Diese Forderungen wurden über mehrere Legislaturperioden wegen schwerer verfassungsrechtlicher Bedenken vom Bundesjustizministerium abgelehnt. Noch in der letzten Legislaturperiode ist das SPD-geführte zuständige Bundesjustizministerium den Wünschen, einen Gesetzesentwurf hierzu vorzulegen, nicht nachgekommen und hat öffentlich erklärt, entsprechende Änderungen seien nicht möglich. Die Abgeordneten der GroKo haben daraufhin entgegen der Expertise des eigenen Justizministeriums und über diese hinweg einen Gesetzesentwurf eingebracht (BT-Drs. 19/30399) und beschlossen, das Doppelbestrafungsverbot einzuschränken und die Wiederaufnahme eines Strafverfahrens zuungunsten des Angeklagten bei neu vorgebrachten Beweisen zuzulassen. Dieser Entwurf wurde sodann vom Deutschen Anwaltsverein, der Bundesrechtsanwaltskammer und zahlreichen namhaften Verfassungs- und Strafrechtlern scharf kritisiert. Auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) hat sich deutlich gegen die Änderung ausgesprochen. Im Bundesrat gab es Bedenken auch mehrerer SPD-geführter Länder. Unsere jetzigen Koalitionspartner FDP und Grüne haben die Reform ebenso abgelehnt. Der Bundespräsident hat das Gesetz schlussendlich erst nach monatelanger Prüfung und nur unter öffentlicher Bekanntgabe erheblicher Bedenken ausgefertigt und eine erneute Überprüfung durch den Gesetzgeber angemahnt. Diesen Auftrag unseres Staatsoberhauptes sollten wir ernst nehmen und die Chance nutzen, das Doppelbestrafungsverbot wieder herzustellen. Dem Vernehmen nach wünschen auch zahlreiche Rechtspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion diese Rückkehr.

Die Einschränkung des Doppelbestrafungsverbots und die die Wiederaufnahme des Strafverfahrens zuungunsten des Angeklagten sind aus vielen politischen und juristischen Gründen abzulehnen. Zu kritisieren ist besonders, dass sowohl die politischen als auch juristischen Auseinandersetzungen allzu oft um die falsche Frage kreisen. Dabei wird gefragt, ob sich jemand, der ein Mord begangen hat, wirklich darauf berufen kann, durch Rechtssicherheit, Rückwirkungsverbot usw. von einem neuen Verfahren geschützt zu sein oder wegen der Schwere seiner Tat nicht die Abwägung zugunsten der ‚materiellen Gerechtigkeit‘ ausfallen muss und ein neues Verfahren zulässig sein soll. Kurzgefasst: Ist auch ein Mörder durch einen einmaligen Freispruch geschützt? Diese Frage – mag sie juristisch auch interessant sein – geht am eigentlichen Kern des Problems vorbei und offenbart selbst eine höchst problematische Denkweise. Ein Strafverfahren ist überhaupt erst dafür da, um gerichtlich festzustellen, ob ein Beschuldigter wirklich auch der Täter ist. Falls er die Tat nach einem Freispruch glaubhaft öffentlich gesteht, ist bereits bisher eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens zulässig. Falsche und fehlerhafte Anklagen und sogar Verurteilungen sind aber - selbst in einem rechtsstaatlichen Verfahren wie bei uns in Deutschland - möglich und kommen leider öfter vor, als man es sich gemeinhin vorstellt. Bereits ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren, erst recht aber eine Anklageerhebung kommt in der Gesellschaft häufig einer Vorverurteilung gleich und verursacht immensen sozialen Schaden – von einem Fehlurteil (mit anschließender Haft) ganz zu schweigen. Zugleich entspricht es aber unserem modernen Staats- und Grundrechtsverständnis, dass ein Unschuldiger sich nicht von staatlichen Ermittlungsverfahren, Anklagen oder gar Strafen behelligen lassen muss. Da das Strafverfahren dazu dient, die eventuelle Schuld festzustellen, ist

auch ein Unschuldiger, der verdächtigt wird, gezwungen, ein Opfer für die Funktionsfähigkeit des rechtsstaatlichen Strafverfahrens zu bringen und die Last eines solchen Verfahrens über sich ergehen zu lassen. Diese Pflicht kann ihn aber nicht beliebig oft treffen, sondern genau einmal. So sind die Strafverfolgungsbehörden gezwungen, sorgfältig und gründlich zu arbeiten und niemanden vorschnell oder unter Zurückhaltung von Beweisen anzuklagen, weil sie genau eine(!) Möglichkeit haben, eine Tat zu verfolgen. ‚Ne bis in idem‘ schützt also die unschuldig Verfolgten – und damit potentiell jeden von uns. Jedermann(!) kann zu Unrecht angeschwärzt oder aufgrund falscher Schlüsse verdächtigt und angeklagt werden. Es ist den Betroffenen fehlerhafter Anklagen vollkommen unzumutbar, nach einem Freispruch nicht mit der Angelegenheit abschließen zu können und lebenslang damit rechnen zu müssen, in dieser Sache noch einmal verfolgt zu werden. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass Strafverfolgungsbehörden zukünftig einem Sachverhalt nicht mehr mit der gleichen Sorgfalt nachgehen müssen wie bisher. Stattdessen steht es einer Staatsanwaltschaft nun frei, einen unschuldig Verfolgten mit vermeintlich neuen Beweisen erneut anzuklagen, in der Hoffnung, dass es in irgendeinem der Verfahren schon zu einer Verurteilung kommen wird. Die Neuerung bei der Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten rüttelt damit an den Grundfesten eines menschlichen und rechtsstaatlichen Strafverfahrens.

Auch international steht Deutschland mit so einer Regelung allein da. Dass einige Verbrechen noch Jahrzehnte nach dem Tatzeitpunkt überhaupt verfolgt werden können, stellt bereits eine Eigenheit des deutschen Rechtssystems dar. Die Verjährung für Mord wurde in Deutschland bekanntermaßen aufgehoben, um NS-Verbrechen auch über die drohende Verjährungsfrist hinaus zu verfolgen – in den meisten (Nachbar-)Staaten besteht sie allerdings fort. Grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken, um einige wenige Taten zu verfolgen, die auf der anderen Seite des Rheins ohnehin schon längst verjährt wären, ist in einem Europa der offenen Grenzen ein nicht zu haltender Widerspruch und widerstrebt unseren Bestrebungen nach einer stärkeren rechtspolitischen Annäherung mit unseren europäischen Freunden.

Auf der anderen Seite ist der Nutzen der Gesetzesneuerung denkbar gering. Dem Gesetzgeber schwebten wenige und (vermeintlich) eindeutige Fälle vor, in denen Täter vor mehreren Jahrzehnten freigesprochen wurden und in jüngerer Zeit mittels neuerer DNA-Analysen doch (vermeintliche) Beweise für deren Schuld gefunden wurden. Für die Angehörigen der Opfer ist der Wunsch nach einer erneuten Strafverfolgung verständlich. Dieser steht aber im Konflikt mit den rechtsstaatlichen Grundprinzipien, an die Justiz und Strafverfolgungsbehörden gebunden sind. Es ist auch Aufgabe der Rechtspolitik, solche Konflikte zu ertragen, so schwer es auch sein mag, und den Bürgern verständlich zu kommunizieren, dass auch ein Strafprozess leider niemals absolute Gerechtigkeit oder gar Genugtuung bringen kann. Um diesem Ziel wenigstens ein Stückchen näher zu kommen, ist es unerlässlich, an den wichtigen und bewährten Werten festzuhalten, auf die unser Rechtsstaat gründet.

Lasst uns also gemeinsam dafür Sorge tragen, unseren Rechtsstaat wieder zu stärken und der Herstellung materieller Gerechtigkeit tatsächlich ein Stück näher zu kommen.

## Antrag Son 01: Fußballweltmeisterschaft 2022

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Empfehlung erfolgt mündlich
Sachgebiet:	Son - Sonstiges

- 1 **Fußballweltmeisterschaft 2022**
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Kein Mandatsträger, keine Mandatsträgerin der SPD soll in seiner oder ihrer
- 4 offiziellen Funktion, die Fußball-WM 2022 in Katar besuchen.

### Begründung

Die Fußball-WM in Katar ist seit der Entscheidung der FIFA umstritten. Es werden dort Menschenrechte verletzt, Frauen diskriminiert, die LGBTIQ+-Gemeinschaft unterdrückt und nicht zuletzt gibt es erhebliche Mängel besonders bei Arbeitsrechten. Es wird davon ausgegangen, dass seit 2010 über 6000 Arbeitende, die für die Umsetzung der Fußball-WM gearbeitet haben, bei dieser Arbeit verunglückt sind.

Laut dem Menschenrechtsreport 2021 zu Katar von AMNESTY International gibt es in Katar erhebliche Mängel bezüglich der Menschenrechte.

Trotz staatlicher Reformen waren Arbeitsmigrant:innen 2021 weiterhin von Ausbeutung betroffen und hatten Schwierigkeiten, ihren Arbeitsplatz frei zu wechseln. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 schränkten die Behörden das Recht auf Meinungsfreiheit noch stärker ein. Frauen sowie lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+) wurden sowohl durch Gesetze als auch im täglichen Leben weiterhin diskriminiert.

Die FIFA begründet gerne die Vergabe der WM damit, dass sich dadurch der Fokus auf Katar legt und somit die Situation der Menschen verbessert wird, dies ist aber nicht passiert. Im Gegenteil, das Recht auf Meinungsfreiheit wurde noch mehr eingeschränkt.

Die WM findet vom 21. November bis 18. Dezember diesen Jahres in Katar statt.

Wir als sollten als SPD ein klares Zeichen für die Arbeitenden, für die Frauen, für die LGBTIQ+ Gemeinschaft und für alle Menschen, die dort leben setzen und diese WM nicht unterstützen.

Als SPD stehen wir zu unseren Werten und solidarisch mit Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit. Wir müssen dies nach außen vertreten und klare Kante zeigen, das geht nur mit einem öffentlichen Boykott der Spiele, besonders von unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern.

### Quellen:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/katar-2021>

<https://www.spiegel.de/kultur/wm-in-katar-wer-fussball-liebt-darf-ueber-die-toten-nicht-schweigen-a-dc3d98b6-40b3-4dc7-9d82-69a6b07f6600>

## Antrag UV 01: Seniorenticket für Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	60 plus Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch Beschlusslage
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

- 1 **Seniorenticket für Baden-Württemberg**
- 2 Die SPD Landesdelegiertenkonferenz 2022 Baden-Württemberg möge beschließen:
- 3 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert im Landtag den Antrag zu stellen, ein
- 4 günstiges ÖPNV-Ticket für Seniorinnen und Senioren einzurichten. Für 365 Euro im Jahr
- 5 soll Männern und Frauen ab 63 Jahren ein Jahresticket angeboten werden, das im
- 6 öffentlichen Nahverkehr in ganz BW gilt.

### Begründung

Um die steigenden Energiekosten zu stemmen, bekommen Menschen, die steuerpflichtig erwerbstätig sind 300 Euro Zuschuss. Leer ausgegangen sind beim Entlastungspaket der Bundesregierung die Rentner. Deshalb sollten sie neben der dreimonatigen Entlastung durch das 9 Euro-Ticket, danach dauerhaft entlastet werden. Als Beispiel dient das hessenweite Seniorenticket. Seit dem 1. Januar 2020 fahren Senioren mit Bus und Bahn durch ganz Hessen - und das für einen Euro am Tag.

Viele Menschen wollen im Verkehr umdenken. Das belegen neue repräsentative Umfragen. Vom Umdenken zum Handeln, das Auto öfter stehen zu lassen, ist es aber noch einmal ein großer Schritt, sich von Gewohnheiten zu trennen. Diesen Schritt kann man nur durch attraktive Fahrpläne und Fahrpreise erleichtern.

Weil so wenig Ältere mit Bussen und Bahnen fahren, dürfte es den Verkehrsverbänden durchaus gelingen, mit ihrem Flatrate-Angebot einen brachliegenden Markt besser zu erschließen und ihre Züge und Busse stärker zu füllen. Die Einnahmeeinbußen bei Bestandskunden dürften sie durch die Mehreinnahmen, die sie über neue Kunden erzielen, kompensieren. Die Landesregierung sollte bereit sein, eventuelle Einnahmeausfälle auszugleichen. Die Verbände gehen also kein Risiko ein.

**Beispiel Österreich/Tirol:** Ab 63 Jahren zahlen Senioren pro Jahr **254,80 Euro**; ab 75 Jahren **127,40 Euro** inkl. Parkberechtigung für alle Park+Ride Anlagen

Fläche: 12.640 km<sup>2</sup>

Bevölkerung: 746.153

**Beispiel Rhein-Neckar-Kreis:** Die Karte ab 60 VRN (Rhein Neckar) gilt im gesamten VRN-Verbundgebiet in allen Bussen und Bahnen (DB: RE, RB und S-Bahn) jeweils 2. Klasse - **Pro Jahr 532,80 Euro**

Fläche: 5.637,78 km<sup>2</sup>  
Bevölkerung: 544.000



## Antrag UV 02: Öffentlichen Personennahverkehr stärken - 9 €-Ticket zu einem 365 Euro-Ticket weiterentwickeln

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	erledigt durch Beschlusslage
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

### 1 Öffentlichen Personennahverkehr stärken - 9 €-Ticket zu einem 365 Euro-Ticket 2 weiterentwickeln

3 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

4 Das von der Bundesregierung befristet eingeführte 9 €-Ticket war ein voller Erfolg.  
5 Rund 52 Millionen Tickets wurden verkauft. Die Nutzung der ÖPNV konnte um 17%  
6 gesteigert werden, es gab spürbar weniger Staus auf den Straßen. Schätzungen zufolge  
7 konnte man mit dem 9 €-Ticket 1,8 Millionen Tonnen an CO2 eingespart werden.

8 Die Nutzung war breit aufgestellt. Ob für den Arbeitsweg oder für  
9 Freizeitaktivitäten. Viele Menschen sind vom Auto zur Bahn gewechselt. Es fand eine  
10 breite Zustimmung in der Bevölkerung, welche es nutzen konnten.

11 Familien konnten endlich mal wieder Verwandte die weiter entfernt wohnen besuchen u.  
12 Beschäftigte kamen günstiger zur Arbeit. Schüler\*innen und Studierende kamen  
13 günstiger an Schulen und Unis. Menschen mit geringen Einkommen konnten nachweislich  
14 an Mobilität und Lebensqualität gewinnen.

15 Dieses Ticket konnte leider nur von einem Teil der Menschen genutzt werden.

16 Ein Ausbau des ÖPNV muss beschleunigt und Schritt für Schritt umgesetzt werden.

17 Die derzeitige Debatte zur Nachfolgeregelung wird ausdrücklich begrüßt. Vermisst wird  
18 jedoch die Debatte um eine (Re-)Verstaatlichung des ÖPNV.

19 Wir haben damit erkannt, dass mit einem günstigen Angebot die Menschen den ÖPNV  
20 nutzen. Diesen Weg müssen wir weiter gehen, wenn wir es wirklich ernst meinen mit der  
21 Verkehrswende als Teil des Klimaschutzes.

22 Wir fordern die Weiterentwicklung des 9 €-Ticket hin zu einem 365 Euro-Ticket, dass  
23 bundesweit von jedem genutzt werden kann.

### Begründung

Fehlende Verkehrsanbindung und übervolle Züge müssen der Vergangenheit angehören.

Ein gut ausgebautes ÖPNV-Netz, mit guter Verkehrsanbindung und funktionierenden Zügen, die auch pünktlich fahren, ist ein guter Schritt um die Klimakatastrophe zu begegnen.

Ein günstiger ÖPNV entlastet die Menschen finanziell und führt dazu, dass die Menschen den ÖPNV öfters, wenn nicht sogar immer nutzen. Dies hat das 9 €-Ticket nachweislich bewiesen.

## Antrag UV 03: Antrag zum Erhalt und Ausbau der Gleisanschlüsse in Baden- Württemberg

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 19 - 20: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 **Antrag zum Erhalt und Ausbau der Gleisanschlüsse in Baden-Württemberg**
- 2 Der Schienenverkehr wird in Zukunft durch die weitere Verlagerung von Güterverkehr  
3 auf die Schiene weiter zunehmen. Dadurch gewinnen die Gleisanschlüsse, die nicht zu  
4 regionalen Servicestellen gehören, weiter an Bedeutung. Dazu kommt der Rückbau des  
5 Service Stellennetzes in den letzten 20 Jahren in Baden-Württemberg, wodurch die  
6 Dichte der Umschlagstellen deutlich abgenommen hat. In der Zwischenzeit sind Bereiche  
7 in Baden-Württemberg und den Anrainerländern im Umkreis von 50km keine Servicestelle  
8 mehr vorzufinden. Der Schienenanschluss muss als Teil der öffentlichen Infrastruktur  
9 gesehen werden, die ähnlich wie Straßenanschlüsse kostenfrei zur Verfügung gestellt  
10 werden.
- 11 Um die Zukunftsfähigkeit des Güterverkehrs auf der Schiene aufrecht zu erhalten  
12 fordern wir:
- 13 – kein weiterer Rückbau von öffentlichen Gleisanschlüssen. Erhalt dieser Anschlüsse  
14 und weiterer Ausbau der Anzahl an Gleisanschlüssen.
- 15 – Bereitstellung von Fördermitteln um vorhandene ältere Gleisanschlüsse auf den  
16 aktuellen technischen Stand um- und auszubauen.
- 17 – Förderung des Erhalts und den Neubau der vorhanden privaten Gleisanschlüssen.
- 18 - Verbot der Entwidmung von Eisenbahnstrecken und Eisenbahngeländen.
- 19 - Erhöhung der Förderquote ~~auf 100% der~~für Anlagen für einen Anschluss an das  
20 öffentliche Schienennetz auf 100%.
- 21 – Ausbau multifunktionaler Anlagen (z.B.Containerterminals) für den Umschlag von  
22 Schiene/Straße.
- 23 – Jedes neue Gewerbegebiet in der Nähe von Gleisanlagen in Baden-Württemberg muss auf  
24 die wirtschaftliche und technische Realisierung eines Gleisanschlusses geprüft  
25 werden.
- 26 – Reduzierung des bürokratischen Aufwands von Reaktivierung, Neubeantragung oder  
27 Prüfung eines Gleisanschlusses.

## Antrag UV 04: Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes in Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt, KV Lörrach, KV Schwäbisch Hall, KV Sigmaringen
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

### 1 Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes in Baden-Württemberg

2 Wir begrüßen die Gigabit-Strategie der Bundesregierung und halten diese für wichtig  
3 für das Ziel, in Deutschland einen digitalen Aufbruch zu erreichen. Die großen und  
4 vor allem auch die vielen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk in Baden-  
5 Württemberg brauchen eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur und schnelle Netze,  
6 um im internationalen Wettbewerb weiter mithalten zu können.

7 Nach dem neuen Telekommunikationsgesetz haben alle Bürger\*innen Anspruch auf  
8 Versorgung mit einer Basisversorgung an Telekommunikationsdiensten. Dies kann aber  
9 nur ein erster Schritt sein. Nach unserer Überzeugung braucht es in Baden-  
10 Württemberg für die Wirtschaft, den medizinischen Bereich, Bildung und Wissenschaft  
11 sowie für den Mobilfunk und vieles mehr ein flächendeckendes Glasfasernetz. Ein  
12 schneller Internetzugang muss auch als ein elementarer Bestandteil der kommunalen  
13 Daseinsvorsorge definiert sein. Die hierfür benötigten Netze (Backbone Infrastruktur)  
14 sowie „die letzte Meile“ sollten idealerweise in öffentlicher Hand sein und die  
15 Dienstleistungen privatwirtschaftlich angeboten werden. Dieses Ziel kann aber  
16 aufgrund der bereits vorhandenen ausgebauten Breitbandnetze mehrerer  
17 Telekommunikationsfirmen und unterschiedlicher Breitbandtechnologien nicht kurz- oder  
18 mittelfristig realisiert werden.

19 Der Glasfaserausbau muss möglichst schnell vorangetrieben werden und deshalb brauchen  
20 wir eine Förderung ohne Aufgreifschwelle. Dazu ist eine grundlegende Beschleunigung  
21 der Planungsverfahren und des Bauens notwendig, die u.a. eine Digitalisierung von  
22 Baurechtsverfahren sowie durch einen Abbau bürokratischer und legislativer Hürden  
23 erreicht werden können. Auch müssen alternative Verlegemethoden ermöglicht bzw.  
24 weiter erprobt werden. Wir brauchen zudem eine Anschlusspflicht beim Glasfaserausbau,  
25 damit jedes Haus an das Glasfasernetz angeschlossen wird und die Zukunftsfähigkeit  
26 garantiert ist. Zum Schluss ist der Glasfaserausbau auch von Fördermittel abhängig,  
27 die vom Bund weiter ausreichend und verlässlich zur Verfügung gestellt werden müssen.

### Begründung

Die Versorgung mit schnellem Internet ist sowohl für die Wirtschaft wie auch für die Bürger\*innen

ein entscheidender Faktor, um mit der rasanten technischen Entwicklung Schritt zu halten und die Wettbewerbsfähigkeit von großen, KMUs und Selbständigen in Baden-Württemberg zu sichern. Hierfür ist auch langfristig nur eine Glasfaserinfrastruktur in der Lage. Zudem ist diese Versorgung auch wichtig, um die digitale Teilhabe von allen Bürger\*innen an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen sicherzustellen und ist auch ein wichtiger Baustein einer integrativen Gesellschaft. Eine Anschlusspflicht hilft nicht nur sicherzustellen, dass alle Immobilien zukunftssicher sind, sondern erhöht auch die Effektivität des Ausbaus. Diese darf aber nicht mit einer Nutzungspflicht verwechselt werden.

## Antrag UV 05: Oberschwaben – Biosphärenland

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2 - 4: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 **Oberschwaben – Biosphärenland**
- 2 ~~Wir fordern die Kreis- und Landes-~~Die SPD auf, Baden-Württemberg setzt sich in der aktuellen
- 3 Entscheidungsdiskussion für die Einrichtung eines Biosphärengebietes Oberschwaben
- 4 einzusetzen.

### Begründung

Durch die Einrichtung eines Biosphärengebietes Oberschwaben wird unsere Region ökologisch und touristisch aufgewertet.

Biosphärengebiete dienen der Erhaltung wertvoller ursprünglicher Landschaften, hier als Relikt der Eiszeiten. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Riede zur Moorgewinnung für die oberschwäbischen Bäder ist weitgehend abgeschlossen.

Die Erhaltung der charakteristischen Flora und Fauna ist nicht nur für die großen (Wurzacher Ried, Pfrungener Ried), sondern auch für die zahlreichen kleineren Riede erstrebenswert. Allerdings sind Waldbesitzer und Landwirte noch nicht aufgeschlossen und befürchten wirtschaftliche Einbußen, die ggf. auszugleichen sind.

Die guten Erfahrungen in den bisher eingerichteten Biosphärengebieten auf der Alb und im Schwarzwald ermutigen zur Einrichtung eines Biosphärengebiets Oberschwaben mit Schwerpunkt der Riederhaltung.

## Antrag UV 06: Barrierefreiheit vor Denkmalschutz

Antragsteller*in:	Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die Landtagsfraktion
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

### 1 **Barrierefreiheit vor Denkmalschutz**

2 Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, müssen so um- und ausgebaut werden, dass  
3 alle Menschen gleichwertig Zugang haben.

4 Zustand Ist:

5 Die historischen Gebäude in der BRD werden zurecht unter Denkmalschutz gestellt, da  
6 die Nachwelt sich nicht nur an den Gebäuden erfreut, sondern sie auch an manche  
7 unschönen Dinge in der Geschichte erinnern soll.

8 Allerdings können diese Gebäude von Rollstuhlfahrer/innen und Menschen mit  
9 Gehbehinderung oftmals nicht genutzt bzw. besucht werden, da ein barrierefreier  
10 Zugang fehlt. Begründung: Kein barrierefreier Zugang wegen Denkmalschutz!

11 Das heißt: Die jeweiligen Gebäude würden angeblich verunstaltet werden, die Menschen  
12 würden die herkömmliche Architektur nicht mehr erkennen und der geschichtliche Wert  
13 würde verloren gehen.

14 Zustand Soll:

15 Alle denkmalgeschützten Gebäude müssen für Rollstuhlfahrer/innen und Menschen mit  
16 Gehbehinderung zugänglich werden.

17 Schon im Mittelalter wurden Schlösser, Burgen und große Kirchen von ihren Herrschern  
18 immer wieder um- und/oder angebaut, um diese für ihre damaligen Bedürfnisse  
19 anzupassen.

20 Ich denke, dass es in unserem Land genügend Architekten/innen gibt, die ein  
21 historisches Gebäude so gestalten können, dass ein barrierefreier Zugang  
22 dementsprechend gestaltet werden kann und somit das Altertum mit der Moderne  
23 verbunden wird, sodass der Charme des Gebäudes erhalten bleibt.

24 Zugänge für Menschen mit Behinderung gehören dort hingebaut, wo alle anderen Menschen  
25 auch hineinspazieren. Denn vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, und keiner darf  
26 diskriminiert werden.

## Antrag UV 07: Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln

Antragsteller*in:	Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission (Z. 18-26: Annahme, Rest: Begründung)
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

### 1 **Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln**

- 2 Unter dem Titel „Teilhabe und Inklusion“ schreibt das Bundesministerium für Arbeit  
3 und Soziales (BMAS): „Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf umfassende  
4 Teilhabe. Das bedeutet Barrierefreiheit auf allen Gebieten des Lebens.“
- 5 Eigentlich sollte der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bis Anfang 2022 gemäß § 8  
6 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vollständig barrierefrei sein. Tatsächlich  
7 ist Deutschland insbesondere im ÖPNV von Barrierefreiheit weit entfernt.
- 8 Aufzüge existieren längst nicht an allen Bahnhöfen, oder wenn es sie gibt, fallen sie  
9 immer wieder aus – meist nicht nur kurzzeitig. Unterschiedliche Bahnsteighöhen und  
10 verschiedene Zugtypen erschweren nicht nur Menschen im Rollstuhl oder mit Rollatoren  
11 den Ein- und Ausstieg. Kurzfristige Gleisänderungen lassen viele ihre Züge verpassen  
12 – z.B. Menschen mit vermindertem Hör- oder Sehvermögen bekommen solche Änderungen  
13 oftmals gar nicht mit, weil Durchsagen nicht oder unverständlich erfolgen oder  
14 visuelle Anzeigen fehlen oder schlecht zu lesen sind.
- 15 Man könnte diese Liste noch erheblich erweitern. Fakt ist, dass Menschen mit  
16 Behinderung die Nutzung des ÖPNV so unnötig erschwert, wenn nicht sogar verunmöglicht  
17 wird.
- 18 Laut der Behindertenrechtskonvention der UN hat sich nicht der Mensch mit Behinderung  
19 zur Wahrung seiner Rechte anzupassen, sondern das gesellschaftliche Leben Aller muss  
20 von vornherein für alle Menschen (inklusive der Menschen mit Behinderungen)  
21 ermöglicht werden.
- 22 Daher muss die flächendeckende Barrierefreiheit – auch und insbesondere im ÖPNV –  
23 ganz oben auf der Agenda stehen und kurzfristig hergestellt und garantiert werden.
- 24 Dazu muss u.a. sichergestellt werden, dass Aufzüge kurzfristig repariert werden. Die  
25 für die Unterhaltung solcher Anlagen Verantwortlichen müssen ggf. sanktioniert  
26 werden, wenn sie ihre Aufgaben nicht erfüllen (bisher nicht vorgesehen).